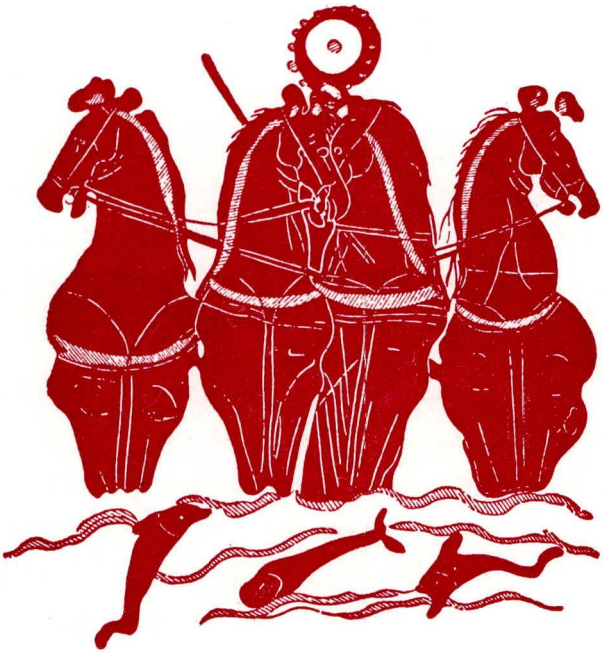
1 S 20587 F



FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 60/61 JULI 1967

Über die Würde des Menschen

Gott hat am Ende der Schöpfungstage den Menschen geschaffen, damit derselbe die Gesetze des Weltalls erkenne, dessen Schönheit liebe, dessen Größe bewundere. Er band denselben an keinen festen Sitz, an kein bestimmtes Tun, an keine Notwendigkeiten, sondern er gab ihm Beweglichkeit und freien Willen.

„Mitten in die Welt", spricht der Schöpfer zu Adam, „habe ich dich gestellt, damit du umso leichter um dich schauest und sehest alles, was darinnen ist. Ich schuf dich als ein Wesen, weder himmlisch noch irdisch, weder sterblich noch unsterblich allein, damit du dein eigner freier Bildner und Überwinder seiest; du kannst zum Tier entarten und zum gottähnlichen Wesen dich wiedergebären. Die Tiere bringen aus dem Mutterleibe mit, was sie haben sollen, die höheren Geister sind von Anfang an oder doch bald hernach, was sie in Ewigkeit bleiben werden. Du allein hast eine Entwicklung, ein Wachsen nach freiem Willen, du hast Keime eines allartigen Willens in dir."

Giovanni Pico della Mirandola (1463 - 1494)
(Rede, 1486, „de dignitate hominis")
(Übersetzung von Jacob Burckhardt)

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 60/61

Juli 1967

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

Inhaltsübersicht

Seite

Lothar Vogel
50 Jahre Soziale Dreigliederung 3

Friedrich Wilhelm von Schelling
. . . auf Goethe 9

Fritz Penserot
Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft . 10

Fritz Penserot
Christlicher Pluralismus —? 18

Werner Zimmermann
Gedanken zum nahöstlichen Konflikt 31

J. N. Eberhard
Die keynesianische Revolution 34
(Fortsetzung und Schluß von Folge 59)

Programm . . . . . 36—37
21. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. Juli bis 8. August 1967 in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee

Diederich Römheld
Zahlen aus der Volkswirtschaft 63

Werner Zimmermann
Symposion auf Schloß Elmau 64

Alois Dorfner
Seminar in Linz/Donau vom 29. April bis 1. Mai 1967 . . 66

Buchbesprechung
Joachim Schacht: „Die Totenmaske Gottes" 68

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit" seither behandelten Themen 69

50 Jahre Soziale Dreigliederung

In diesem Jahre jährt sich die erste Mitteilung des universellen Gesetzes der Dreigliederung im Jahre 1917 durch Rudolf Steiner zum fünfzigsten Male.

Das Jahr 1917 war ein menschheitliches Schicksalsjahr erster Ordnung und leitete eine neue Phase weltgeschichtlicher Entwicklung ein.

Was der französische Schriftsteller und Politiker Alèxis de Tocqueville schon in der Mitte der Dreißigerjahre des IXX. Jahrhunderts wie prophetisch vorausschaute, daß die Menschheit in Zukunft zwei gewaltigen weltpolitischen Mächten ausgesetzt sei, nämlich erstens einer östlichen: Rußland — und zweitens einer westlichen: Amerika —.

Tocqueville schrieb in seinem Buch „Die Demokratie in Amerika":

„Zwei Völker gibt es heute auf der Welt, die, von verschiedenen Ursprüngen her, sich dem selben Ziel zu nähern scheinen: Es sind die Russen und die Amerikaner. Beide haben sich sozusagen im verborgenen entwickelt, und während die Aufmerksamkeit der Völker auf andere Gegenstände gerichtet war, haben sie sich plötzlich auf die ersten Ränge unter den Völkern gesetzt, die Welt hat fast zur selben Zeit ihre Entstehung wie ihre Größe zur Kenntnis genommen. Alle anderen Völker scheinen ungefähr die ihnen von der Natur vorgezeichneten Grenzen erreicht zu haben, sie müssen sich nur mehr dem Erhalten widmen; sie aber stehen noch im Wachstum; alle anderen haben innegehalten und schreiten nur unter tausend Schwierigkeiten fort, jene allein gehen leichten und raschen Schrittes einen Weg, dessen Ende das Auge noch nicht zu erkennen vermag. Der Amerikaner kämpft mit den Hindernissen, die die Natur ihm entgegengesetzt, der Russe hat mit den Menschen zu schaffen. Der eine bekämpft Wüste und Barbarei, der andere die Zivilisation mit all ihren Waffen. So erobert der Amerikaner mit der Pflugschar des Pflanzers, der Russe mit dem Säbel des Soldaten. Um sein Ziel zu erreichen, stützt sich der eine auf das persönliche Interesse, läßt Kraft und Verstand schalten, ohne ihnen Vorschriften zu machen. Der zweite konzentriert sozusagen in einem einzigen Menschen die gesamte Macht des Staates. Der eine hat als Mittel des Handelns die Freiheit, der andere die Knechtschaft. Ihr Ursprung ist verschieden wie ihre Wege, und doch scheint jeder von ihnen nach einem geheimen Plan der Vorsehung berufen, eines Tages in seinen Händen die Geschicke der halben Welt zu halten."

Das begann im Jahre 1917 Wirklichkeit zu werden, indem Amerika in den ersten Weltkrieg eintrat und indem Lenin den kommunistisch-bolschewistischen Staat begründete.

Im Westen bildete sich seither ein gewaltiges kapitalistisches Wirtschaftssystem aus, im Osten dagegen eine Autokratie, gleichsam eine „Theokratie", die an Stelle Gottes sich die materialistische Naturwissenschaft zum Dogma erwählt hat. Beide Machtsysteme, die sich seither die Weltherrschaft gegenseitig streitig machen, gründen ihren Herrschaftsanspruch auf Kräfte, die ihr Zentrum außerhalb des Menschenwesens haben.

Die kapitalistische Wirtschaftsmacht des Westens entsteht dadurch, daß die Aktivität und das Bewußtsein des Menschen sich einseitig der Naturgesetzlichkeit und der Ausbeutung der Naturgesetze zuwenden und zugleich durch die altüberkommenen Monopole des Bodeneigentums und des Geldes sich riesenhafte Kapitalien ansammeln, die als Werkzeuge der Macht dienen. Ein einseitig materialistisches Bewußtsein und ein mechanistisches Vorstellungsleben führt schließlich zu einem roboterartigen Scheindasein, das wirkliche Menschentum aufzehrend und verschlingend. Der isolierte, subjektivistische, egoistisch wirkende Intellekt zersetzt durch die einseitige technische Zivilisation die Natur und zerstört die Erde. In letzter Konsequenz stellt er vom Bewußtsein, sozusagen von innen her die geistige und die physische Existenz des Menschen in Frage.

Die Autokratie, oder besser Diktatur des Ostens treibt Götzendienst mit der Ideologie der materialistischen Wissenschaft, der sie die Willenskräfte der unterworfenen Völker und die Persönlichkeit des Einzelmenschen aufopfert.

Beide Machtkomplexe und ihr weltweiter ideologischer und politischer Gegensatz bedrängen und bedrohen seither die nach Freiheit strebende Menschheit. Der Westen droht durch seine materialistische Wissenschaft und Technik das Leben zu zerstören, der Osten durch seine kollektivistische Ideologie die menschliche Individualität.

Der Bolschewismus ist die größere Gefahr, weil er mit seinem persönlichkeitsfeindlichen System, welches sich konsequent äußerer Zwangsmittel bedient, den Menschen rascher und unerbittlicher seinen Zwecken unterwirft, während der scheindemokratische Kapitalismus des Westens sich der freien Initiative des Einzelmenschen bedient, dessen Freiheit, was den Zeitgenossen noch keineswegs genügend zum Bewußtsein gekommen ist, durch die wirtschaftlichen Monopole, besonders das Geld- und Bodenmonopol und die materialistische technische Zivilisation wieder aufgehoben wird. Hier ist die Gefährdung der Menschennatur eine Nebenwirkung des Systems. Bolschewismus ist vom Willenspol her übersteigerte Machtentfaltung, der das Menschenwesen zum Opfer fällt. Die Anwendung äußerer Gewalt zerstört hier das Recht und damit die Würde des Menschen. Die oktroyierte

materialistische Wissenschaft ist *Schein*wahrheit, das diktierte Recht ist *Schein*recht und die reglementierte und kontrollierte Wirtschaft erbringt bei höchstem Arbeitsaufwand nicht die wirtschaftlichen Werte, die die materielle Grundlage für ein menschengemäßes Leben gewährleisten.

Im Westen: Durch die elementaren Monopole steht die technische Naturbeherrschung im Dienste der Kapitalakkumulation. Im menschlichen Bereich wirkt dieses System scheinbar freilassend, raubt aber dem menschlichen Leben seine Eigengesetzlichkeit und unterwirft die menschliche Natur mittelbar der Gewalt der wissenschaftlichen Rasterphantome.

Im Jahre 1917 begann diese weltpolitische Dualität von außermenschlichem Willen als kollektivistischer Zwangsapparat und von außermenschlicher vom Intellekt als „objektiv deklarierter Sachgesetzlichkeit" die Menschheit zu unterwerfen. Seither stoßen in der Welt nur außermenschliche Gewalten aufeinander, drohen das geistige Menschenwesen zu vernichten und stellen die physische Existenz der ganzen Menschheit in Frage. Eine Rechtinstitution — wirkliches Völkerrecht —, die geeignet wäre, sie zu schlichten, gibt es noch nicht.

Die menschlich-göttliche Wesensentwicklung geht ganz andere Wege. Sie erscheint im gleichen Jahr in der umfassenden Darstellung der menschlichen Wesensdynamik als eines dreigliedrigen, das heißt die göttliche Wesensgestalt offenbarenden Seins.

Die Verantwortung, die aus der Dreigliederungserkenntnis der menschlichen Natur entspringt, ist für den Menschen eine totale und hat grundsätzliche Folgen für die Welt. Denn in dieser Dreigliederung des Menschen ist die Welt als Geistwelt und die Welt als Naturwelt enthalten, aber im Menschen — in der menschlichen Mitte — in Harmonie gesetzt. Auf diese Mitte kommt alles an. Nur von hier aus kann die Gefahr überwunden werden, daß der Lebensbereich des Menschen in Willensmachtbereiche und in tote naturgesetzliche Ordnungen zerfallen, die sich über das Individuum stellen. Jedes Menschenbild, daß nur eine Seite des Weltzusammenhangs der Menschnatur ergreift, wirkt zerstörend — nicht nur am Menschen, sondern am Ganzen der Natur- und Geistesordnung, löst Krankheit, Krieg und Vernichtung aus.

Von der Dreigliederungserkenntnis aus ist es möglich, das Menschsein als wahre Ganzheit, Natur- und Geistwelt umfassend, aus seinem individuellen Kern heraus zu verstehen und zur Geltung zu bringen. Von der Mitte des Menschen her, aus seinem Ich, begründet sich sein geistig-seelisch-physisches Wesen, die polaren Kräfte Geist und Physis zur Ganzheit umfassen.

Diesem dreigliedrigen Menschenwesen entspricht im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens der dreigegliederte soziale Organismus. Hier fordert die Autonomie der einzelmenschlichen Persönlichkeit die unbedingte Gleichheit vor dem Recht.

Im geistigen Bereich (der Kultur) metamorphosiert sich diese Gleichheit der Rechte aller zur gleichen unbegrenzten Freiheit des Erkennens. Hier verbindet sich der Mensch mit dem Sein der Welt und es besteht für ihn als Subjekt nur die Pflicht, das in den Dingen inkarnierte Wahrheitswesen in Freiheit anzuerkennen. Pflicht ist wesenhafter Bestandteil von Freiheit, so wie Goethe diesen Begriff versteht: „Pflicht, wo man liebt, was man sich selbst befiehlt!"

Die Wirtschaft wird zur dienenden Grundlage des menschlichen Lebens. Die früher einander gegensätzlich gegenüberstehenden wirtschaftlichen „Kontrahenten" wie z. B. die Produzenten und Konsumenten, Unternehmer und Arbeiter oder Gläubiger und Schuldner werden zu „Partnern", ihr Verhältnis zueinander wird ein assoziatives, wenn die überkommenen Ungerechtigkeiten des Boden- und des Geldmonopols überwunden werden. Die Bodenrente muß „unschädlich" gemacht, und das Geld muß zum „reellen Konkurrenten" der Ware werden, fordert Rudolf Steiner in seinem „Nationalökonomischen Kurs".

* * *

Wie stets im Augenblick des Werdens und Entstehens das Wesen, das in die Erscheinung drängt, sich am Reinsten offenbart, so wird die Dreigliederungserkenntnis im Jahre 1917 in ihrer Totalität und umfassenden Bedeutung an die Zeitgenossen herangetragen. Rudolf Steiner stellt ihre inneren, gesetzmäßigen Zusammenhänge im organischen und im geistig-seelischen Bereich dar. („Von Seelenrätseln"). Gleichzeitig greift er in unerschrockener Weise aus der Wahrheit der Dreigliederungsidee heraus in die weltpolitische Entwicklung ein. („Memorandum an das deutsche Volk und an die Kulturwelt"). Daß diesem Eingreifen damals kein Erfolg beschieden war, sagt nichts gegen die Richtigkeit der ihm zugrunde liegenden Erkenntnisse. Der Fortgang der Geschichte im Sinne der alten traditionsgebundenen Vorstellungen hat im Gegenteil in der unheilvollsten Weise deren Unhaltbarkeit bis auf den heutigen Tag bestätigt.

Schon vierhundert Jahre zuvor kündigte sich die Notwendigkeit zukunftsträchtiger Sozialgestaltung im Sinne der Dreigliederung an mit dem Kulminationsjahr im Kampf um die Geistesfreiheit dem Jahre 1517, mit dem Beginn der Reformation, mit Ulrich von Huttens und Franz von Sickingens Wirken um das Recht und mit dem großen deutschen Bauern-

krieg im Kampf um die Neugestaltung der Wirtschaft. „Merkwürdig", schreibt Lasalle in dem Vorwort zu seinem Drama „Franz von Sickingen", „wie damals in Deutschland alle Elemente zusammentrafen, um es zur vollen politischen Wiedergeburt zu führen und doch wieder auseinander zu fallen!" Erkenntnisleben, Recht und Wirtschaft fanden damals noch nicht ihre Interdependenz, die Dreigliederung wurde noch nicht erkannt und so begann damals der Zusammenbruch des naturgegebenen Volksorganismus.

Wenn auch bis heute der Einschlag der geistigen Mitte der Menschheitsentwicklung, wenn die Dreigliederungserkenntnis noch immer Keim geblieben ist, während die Ost- und Westgewalten die Menschheit zu vernichten drohen, so bleibt doch mit der Idee der Mitte, mit dieser zentralen Kulturidee Europas, die Idee der Menschheit als solcher bewahrt. Nur aus dieser Idee kann nach dem Zerfall der instinktiven Lebensordnung die menschliche Lebensordnung der Freiheit in der Zukunft erwachsen.

Zum methodischen Verständnis der Dreigliederung ist Rudolf Steiners Hinweis über die Entwicklung seiner Erfahrung, die wir nur mit der Entdeckung etwa des Kopernikanischen Weltsystems vergleichen können, wesentlich. „Ich darf wohl sagen, daß ich damit das Ergebnis einer dreißig Jahre währenden geisteswissenschaftlichen Forschung verzeichne. Erst in den letzten Jahren ist es mir möglich geworden, das in Frage kommende so in durch Worte ausdrückbare Gedanken zu fassen, daß ich das Erstrebte zu einer Art vorläufigen Abschlusses bringen konnte". — Diese dreißigjährige Periode führt uns, wenn wir zu dem Quell zurückgehen, in jene Arbeitsjahre, in denen Rudolf Steiner durch seine Goetheschriften den bisher vollkommen unbeachteten und verkannten Wesenskeim des Goethe'schen Werkes für die Zukunft erschloss. Ihren vorläufigen Abschluß fand diese Periode der Goethestudien mit der Darstellung von Goethes „Märchen" in der Schrift „Goethes geheime Offenbarung", in der wir zurückblickend die erste Keimstufe der großen morphologischen Entdeckung von der Dreigliedrigkeit der Seinskräfte („ . . . drei sind, die da herrschen auf Erden . . .") finden.

Die geistige Erfahrung und Beobachtung der Dreigliederung birgt den Schlüssel für das Verständnis aller Beziehungen des Menschen zur Welt und zum eigenen Wesen. Es folgen daher bei Rudolf Steiner der Darstellung der reinen organischen Dreigliederung im Jahre 1917 die grandiosen Ausführungen der Dreigliederung des sozialen Organismus und bald darauf die „Allgemeine Menschenkunde als Grundlage der Pädagogik" (Stuttgart 1919), in der er die leiblich-seelisch-geistige Entwicklungsgesetzlichkeit des Menschen erkennbar machte. Ebenso legte er aus der Dreigliederungserkenntnis heraus die Grundlagen zur Erweiterung der Heilkunst.

Um die soziale und geistesgeschichtliche Bedeutung der Dreigliederung in ihrem historischen Zusamenhang richtig zu sehen, müssen wir sie als ideelle Wirklichkeit innerhalb der heutigen dualistischen — west-östlichen — Dissoziation des Menschheitsorganismus verstehen. In diesem Sinne ist sie durchaus keine nur mitteleuropäische, sondern Welt-Angelegenheit. Mitte ist überall, wo sich Menschheit menschengemäß zu entfalten vermag, Mitte ist das Ich-Prinzip als gesundende menschheitliche Ordnungsinstanz.

Aus diesem Quell hat die fruchtbar werdende soziale Bewegung, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, schon immer ihre Kräfte geschöpft, wenn sie die menschliche Freiheit suchte, wenn sie sich bemühte Herrschaft, Macht und Gewalt zu überwinden, wenn sie in der Gesellschaftsordnung einen Organismus im höheren Sinne zu gestalten strebte.

Scheitern mußte das soziale Streben immer bei Versuchen, isolierte Teilbereiche des sozialen Ganzen zu „reformieren" oder sein Heil in speziellen technischen Systemen zu suchen — vor allem aber bei dem Versuch, durch das Ergreifen der Macht, die noch jedes Mal Selbstzweck würde, das Recht herzustellen. Kulturleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben können nur als Einheit gesunden wenn jeder Bereich als eigengesetzliches Organon zur Entfaltung gelangt ohne von irgendeiner Seite her beherrscht und beengt zu werden. Denn es ist in jedem Sozialbereich die Menschennatur, die sich wesenhaft frei entfalten muß, indem sie in jedem dieser Bereiche *ein* Wesensglied der Dreieinheit betont.

Der dreigliedrige soziale Organismus ist die harmonikale Seinsordnung, die Ich-Organisation eines höheren Menschentums.

Dr. Lothar Vogel

Schelling auf Goethe

(vorgetragen im Anschluß an eine Rede in einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu München, 1832, nachdem ihm der Tod Goethes kurz zuvor bekannt geworden war)

Den Deutschen im allgemeinen kann, je nachdem man gesinnt ist, zum Lob oder Tadel nachgesagt werden, daß sie immer weit eher von Seiten des Verstandes und der Beurteilungskraft als von Seiten des Willens und der Gesinnung fehlen. Und so dürfte man behaupten, daß, in Bezug wenigstens auf Deutschland, das wahre Unheil der Zeit weit weniger in einer tiefen sittlichen Verkehrtheit, wie man gerne voraussetzt, als in einer weit verbreiteten, leider von vielen Seiten begünstigten Phantasterei zu suchen sei, die alles ansteckt, alles verfälscht, und indem sie nichts Zuverlässiges, Festes, übrig läßt, notwendig ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit verbreitet.

Unter solchen Umständen wirken Männer von großartiger Erfahrung, unerschütterlich gesunder Vernunft und einer über allen Zweifel erhabenen Reinheit des Willens schon durch ihr bloßes Dasein befestigend und erhaltend. In einer solchen Zeit erleidet — nicht die deutsche Literatur bloß, Deutschland selbst den schmerzlichsten Verlust, den es erleiden konnte. Der Mann entzieht sich ihm, der in allen inneren und äußeren Verwirrungen wie eine mächtige Säule hervorragte, an der viele sich aufrichteten, wie ein Pharus, der alle Wege des Geistes beleuchtete; der, aller Anarchie und Gesetzlosigkeit durch seine Natur feind, die Herrschaft, welche er über die Geister ausübte, stets nur der Wahrheit und dem in sich selbst gefundenen Maß verdanken wollte; in dessen Geist und, wie ich hinzusetzen darf, in dessen Herzen, Deutschland für alles, wovon es in Kunst oder Wissenschaft, in der Poesie oder im Leben bewegt wurde, das Urteil väterlicher Weisheit, eine letzte versöhnende Entscheidung zu finden sicher war. Deutschland war nicht verwaist, nicht verarmt, es war in aller Schwäche und inneren Zerrüttung groß, reich und mächtig von Geist, solange — Goethe lebte.

Liegt, wie wohl niemand bezweifelt, dem Einsicht und Erfahrung zur Seite stehen, in echter Wissenschaft das einzig Wiederherstellende: so verdienen umso größeren Dank die weiseren Herrscher, die einer maß- und schrankenlosen Zeit das innere Maß, das sicherer als jede äußere Schranke schützt, wiederzugeben bedacht sind und, das wahre Übel erkennend, insbesondere es als heilige Pflicht gegen ihr Volk, gegen das jetzige und zukünftige Geschlecht, ansehen, dem leeren Phantastischen entgegen, ernste und starke Wissenschaft zu fördern.

Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft

Was ist Freiheit?

Der Mensch ist um so freier und am meisten mit sich einig, je mehr er Gott liebt. Daher lehrt die Vernunft, Frömmigkeit zu üben und ruhigen und guten Sinnes zu leben.

Die politische Freiheit hat den Sinn, der Freiheit der Vernunft Daseinsraum zu verschaffen. An sich ist die Vernunft des Menschen schon seine Freiheit und seine größte Macht.

Unser Freiheitsbewußtsein liegt im Streben zum Guten. Freiheit ist das Beste, und das Beste muß von uns selbst ausgehen. Es ist unsere Natur.

Freiheit ist eins mit Notwendigkeit. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Notwendigkeit durch äußeren Zwang vermöge der Verursachung durch ein anderes und der Notwendigkeit als dem Geschehen durch die innere Folge der eigenen Natur. Wo die Wirkung allein und rein aus den Folgen des eigenen Wesens stattfindet, da ist diese Notwendigkeit zugleich die vollkommene Freiheit.

Karl Jaspers
(aus „Jüdische Illustrierte", März 1967)

Seit sich der Mensch aus dem paradiesischen Zustand des Eingebettetseins in die göttliche Ordnung der Dinge herausgelöst hat; seit er ein Bewußtsein von sich selbst erlangt hat und sich als Subjekt, als Ich erlebt, die Welt drumherum hingegen als Nicht-Ich, als Objekt, ist die Geschichte der Menschheit eine ununterbrochene Kette von Kämpfen um die Wiederherstellung der Verbindung dieser getrennten Bereiche, von Ich und Welt, von Subjekt und Objekt; von Kämpfen um die Wahrheit — in der einzelnen Brust wie zwischen den Menschen und den Völkern — und um die Herstellung eines Rechtszustandes — zwischen den einzelnen Menschen, zwischen Menschengruppen und zwischen den Völkern. Seit die Menschheit in die Versonderung von Ich und Welt gefallen ist und soweit sich Menschen nicht mehr um die Überwindung dieser Versonderung durch Religion, Wissen-

schaft und Kunst bemühen, sondern nur sich selbst und ihrem subjektiven Sonderwillen leben, seit sie also, biblisch gesprochen, in der Sünde leben, gibt es keinen Frieden mehr für den Menschen, kann es keinen Frieden geben. Erst wenn die Menschheit als ganzes wieder, auf der neuen, höheren Ebene des Bewußtseins zur Wahrheit hingefunden hat und der Wahrheit, dem „Rechten" gemäß handeln wird, wird es wieder Frieden unter den Menschen und für den Menschen geben können. Alle anderen Nicht-Kriegszustände sind bis dahin allenfalls „friedliche Koexistenz" zwischen Menschen, Menschengruppen, Völkern und Völkergruppen, um — zumal seit es die Atombombe gibt — der baren physischen Vernichtung zu entgehen, Frieden im eigentlichen Sinne sind sie jedoch nicht. Der Streit wird also vorerst weitergehen.

Das Schlimmste dabei ist, daß es bis zum heutigen Tage noch nicht einmal auch nur eine Andeutung von einer Vorstellung von einer Gesellschaftsordnung gibt, die allgemein verbindlich werden könnte. Auch unter ganz und gar integeren Wissenschaftlern gibt es noch keinerlei Einigkeit darüber, welche Ordnung dem Wesen des Menschen am ehesten gerecht werden und den Frieden herbeiführen könnte. Ja, es gibt unter Wissenschaftlern nicht einmal Einigkeit darüber, ob der Mensch überhaupt Wahrheit erkennen und demzufolge eine der Natur und dem Wesen des Menschen, also eine wahrheitsgemäße Ordnung konzipieren kann. Hier liegt die tiefste, die eigentliche Ursache für das Dilemma, in dem sich die Welt befindet.

Wenn wir uns die Welt als Ganzes vor Augen halten, so sehen wir:

Im *Westen* steht der *einzelne Mensch* im Vordergrund des Interesses und der gesellschaftlichen Bemühungen, im *Osten* hingegen die *Gesellschaft* und ihre Organisation im Staat. Im Westen herrscht Willkür-Kapitalismus, im Osten herrscht Staats-Sozialismus. Im Westen wird die Gesellschaft von den Menschen ausgebeutet, im Osten wird der Mensch von der Gesellschaft unterdrückt. Im Westen ist der robuste Einzelne der Held, im Osten der, der ganz im Dienste des Kollektivs aufgeht. Im Westen wird die Gesellschaft weitgehend zum Raub gewissenloser Einzelner, im Osten wird der Mensch — und gerade der „menschlichste" Einzelne — dem Kollektiv geopfert.

Die *Mitte* aber, die die Balance zwischen westlichem Individualismus und östlichem Kollektivismus halten sollte, diese Mitte hat sich selbst vernichtet, indem sie ihre Mission der Bildung des Reiches der Gerechtigkeit verfehlt hat. Und sie hat noch immer nicht auf diesen einzigen ihr gemäßen Pfad des Rechtes und der Gerechtigkeit zurückgefunden. Sie wird hin- und hergerissen von „westlichem" Subjektivismus, der zur Anarchie führt, und von

„östlichem" Objektivismus, der zur Staatsallmacht und zum Tode der Freiheit der Persönlichkeit — und damit des Menschen überhaupt — führt.

Die Mitte ist gespalten

in Unabhängigkeit-liebende und in Ordnung-liebende;

in Liberale und Konservative

bzw. in Liberale und Sozialisten;

in fortschrittliche, skeptische Intellektuelle und autoritätsgebundene Gläubige bzw. in Skeptiker und ganz linke Dogmatiker;

in weltaufgeschlossene Internationalisten und in engstirnige Nationalisten bzw. Internationalisten und dogmatische Kommunisten.

Die Synthese jedoch von westlichem Freiheitsstreben und östlichem Gemeinsinn und die Fortentwicklung von überkommener Gläubigkeit und Religiosität zu neuem Erkenntnisstreben und Erkenntnis von Wahrheit und Recht, diese Synthese und diese Weiterentwicklung fehlen noch fast vollkommen.

Lediglich über einen Punkt besteht Einigkeit: alle sehnen sich nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit; nach Autonomie und Ordnung; nach Selbstverantwortung und Wahrheit. *Wie* aber diese Sehnsucht erfüllt werden kann — das vermag bislang niemand verbindlich für alle und zugleich anerkannt von allen zu sagen. Warum aber? Weil offenbar das Denken der Menschen, ihr Erkenntnisorgan, noch nicht so entwickelt und geschärft ist, daß es bestimmend für das Leben der Menschen und das soziale Verhalten *und zugleich* von allen in seinem wahren Wesen als allumfassend, also erkenntnisbegründend anerkannt werden könnte.

Was also in allererster Linie fehlt, das ist Schulung und Entwicklung des Denkens im allgemeinen und die Sicherung und weitere Verbreitung einer echten, allumfassenden *Erkenntnistheorie* im besonderen. Erst eine solche — und nur eine solche (!) — Erkenntnistheorie schafft die sichere Grundlage, von der aus alle Erscheinungen des sozialen Lebens beurteilt werden können. Ohne Denksicherheit und Erkenntnistheorie hinge buchstäblich alles, was an „Gedanken" gebildet wird, völlig in der Luft und könnte angezweifelt werden. Erst die Verankerung der Erkenntnis im Absoluten (alle möglichen Irrtümer vermieden) vermag allen Bemühungen um die Errichtung des sozialen Baus ein Fundament zu geben, ohne das er keinen Bestand haben könnte. Deshalb: *Erkenntnistheorie* zuerst!

Der nächste Schritt bei unseren Bemühungen um den Sozialen Organismus muß uns notwendigerweise zur Erkundung des Wesens und der Natur des

Menschen führen. Soll die soziale Ordnung menschengemäß sein, so muß sie auch dem Wesen des Menschen „gemäß" sein; muß sie gewissermaßen dem Wesen des Menschen abgesehen sein; muß sie ihm entsprechen. Das heißt aber: wir müssen gründliche *Anthropologie* treiben, wenn wir zu echter sozialer Ordnung gelangen wollen.

Professor Bochenski hat diese beiden Grundvoraussetzungen aller Bemühungen um die Herbeiführung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in der Welt, die er im Prinzip bei allen Menschen und Völkern im Keim veranlagt sieht und auf die sich daher auch alle Menschen und Völker einmal einigen könnten, folgendermaßen skizziert: Er nennt sie

1. „Der wissenschaftliche Gedanke. Wenn es sich um die Feststellung und Erklärung der innerweltlichen Tatsachen handelt, anerkennen wir nur eine menschliche Autorität, jene der echten Wissenschaft."

2. „Der humanistische Gedanke. Die volle autonome Entwicklung des wirklichen, heutigen Einzelmenschen ist der höchste irdische Wert und damit das höchste Ziel jeder Politik."

Erkenntnistheorie und Anthropologie führen uns zu dem Begriff des *menschenwürdigen Daseins* als dem Ziel aller Bemühungen der Politik, wie sie sein sollte. Eine erste Konkretisierung dieses Zieles findet sich in Artikel I des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Mit dieser Postulierung ist freilich, wie die Geschichte der Verfassung der Bundesrepublik zeigt, noch nicht alles gewonnen, da für die weit überwiegende Mehrzahl unserer Juristen dieser Begriff noch weitgehend unjustitiabel ist. Es fehlt ihm einfach in der Öffentlichkeit noch der Inhalt, weil die offizielle Philosophie uns hier, wie oben angedeutet, vollkommen im Stich gelassen hat.

Was heißt *Menschenwürde?* Diese Frage muß also ganz im besonderen von unserer Anthropologie behandelt und beantwortet werden. Für diesen kurzen Aufriß mag es genügen, wenn hier die These aufgestellt wird: der Inhalt der „Menschenwürde" ist die Freiheit, und zwar ganz ausdrücklich die Freiheit der menschlichen Person. *Freiheit* aber heißt *Wahrheitserkenntnis* unter der Voraussetzung der Entscheidungsfreiheit (für das Wahre oder Unwahre, Richtige oder Falsche, Rechte oder Unrechte, Gute oder Böse) und *handeln gemäß dem erkannten Wahren* (trotz aller Versuchungen und Anfechtungen jeglicher Art — wie der Macht, des Geltungsstrebens, des Ehrgeizes, des Neides, der Mißgunst, des Erwerbsstrebens usw.). Freiheit heißt also gerade *nicht* Willkür, wie es in zahllosen Lehrbüchern, Verfas-

sungsurkunden, Reden der Politiker usw. immer wieder behauptet wird, sondern wahre Freiheit ist nur da gegeben, wo Übereinstimmung mit der Wahrheit, mit dem Recht, mit der wahren Seinswirklichkeit herrscht. Weshalb denn die Voraussetzung der Freiheit die Übung der uralten Tugenden der Klugheit, der Gerechtigkeit, der Tapferkeit und der Zucht und des Maßes ist. Eine unbequeme Sache, wie man zugeben wird! Wir werden aber nicht umhin können, diese Tugenden zu üben, wenn wir Wahrheitserkenntnis und damit die Voraussetzung zur gerechten *Ordnung* des sozialen Lebens erlangen wollen.

In einem dialektischen Schema würde sich unser Problem nun etwa folgendermaßen darstellen:

These:	Antithese:
Willkür	*Gesetz*
Subjektivität	Objektivismus
„Kapitalismus“	„Kommunismus“
Partikularismus	Zentralismus („Preußen“)
Volk	Staat
Liberalismus	Jakobinertum
Demokratie	Hierarchie (Theokratie)
Neigung	Pflicht
Wärme	Dienstethos
Liebe	Hingabe fürs Ganze
Eigenwilligkeit	Gehorsam
Autonomie	Unpersönlichkeit
Selbstherrlichkeit	Obrigkeit
Unordnung	Subalternität
Anarchie	Diktatur
Chaos	Unterdrückung der Person
	Herrschaft der Regierenden
	Entwürdigung des Einzelnen
Rousseau	Hegel
Folge: Ruf nach Ordnung und Gesetz.	Folge: Ruf nach Freiheit und Menschenwürde.

Synthese:
Goethe
Ordnung — Freiheit — Freiheitliche Ordnung
Das „Reich“

1. Autonomie des Einzelnen (äußere Freiheit) als Voraussetzung aller Erkenntnisbemühungen. Nur bei voller Entscheidungsfreiheit kann der

Mensch zu wahrer Mündigkeit — Wahrheitserkenntnis und mithin wirklicher Freiheit — gelangen.

2. Wahrheitserkenntnis macht frei, läßt den Menschen Recht, Ordnung, Gesetz erkennen.

3. Freiheit der Person und Ordnung des Sozialen Organismus fallen damit gewissermaßen zusammen. Insofern der Einzelne bei voller Entscheidungsfreiheit die objektiven Gesetzmäßigkeiten für die Ordnung des Sozialen Organismus erkennt, erlangt er damit die innere — die eigentliche — *Freiheit,* das soziale Leben aus Einsicht so zu ordnen, daß Freiheit und Menschenwürde einerseits und Ordnung und Recht andererseits zu vollem Einklang miteinander gelangen. Die Gedanken, die das Subjekt ergreift, sind dieselben, die in den Dingen, deren Wesen ausmachend, vorhanden sind.

4. Insofern der Einzelne innerlich nicht frei werden kann, veranlaßt die aus dem „objektiven", dem überpositiven Recht entspringende Ordnung ihn zu ordnungsgemäßem Verhalten, ohne daß dadurch bereits seine Entscheidungsfreiheit in der weitaus größten Zahl aller denkbaren Entscheidungen des täglichen Lebens beeinträchtigt wird. Weshalb denn auch diese „Gebote" auf eine möglichst geringe Anzahl gebracht sein und nur ganz grundlegende Fragen behandeln sollen (Zehn Gebote, Verfassung).

5. Der berühmte Satz des Aristoteles, „Gesetze sollen herrschen, nicht Menschen", bedarf einer Ergänzung: a) die Gesetze müssen in jeder Hinsicht menschengemäß sein, b) die Gesamtordnung muß so eingerichtet sein, daß der Mensch praktisch Entscheidungsfreiheit besitzt. Er muß prinzipiell die Möglichkeit haben, zu irren und zu fehlen (so wie der Schwimmer der Gefahr ausgesetzt ist, zu ertrinken), nur dann ist „freiheitliche" Ordnung gegeben.

Von *freiheitlicher Ordnung* kann also nur dann die Rede sein, wenn in jeder einzelnen Maßnahme des Staates — der Regierung, des Parlaments, der Gerichte — wenn in jeder Verfügung, in jedem Gesetz, in jedem Beschluß jeweils *beiden Polen,* dem Menschen wie der Ordnung, der Persönlichkeit wie der Gemeinschaft, Rechnung getragen wird; wenn die Exekutive, wenn der Gesetzgeber und wenn die Gerichte gemäß dem der Verfassung zugrunde liegenden überpositiven Recht niemals einen Pol einseitig hervorheben oder betonen, den andern aber vernachlässigen.

Da es sich bei der *Ordnung* des menschlichen Zusammenlebens ausschließlich um die Frage der Ordnung der menschlichen *Beziehungen* zueinander handelt, können wir das Wahrheits- und Freiheitsproblem nunmehr einschränken

auf eben diese Frage der Ordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Freiheit der Person im Hinblick auf diese Beziehungen.

Das Problem ist in diesen Blättern schon viele Male behandelt worden, es mag daher hier folgender Überblick genügen:

Wirtschaftsordnung

Hier handelt es sich vornehmlich um Beziehungen des einzelnen Menschen zum anderen einzelnen Menschen.

Der Mensch „schuldet" dem anderen Menschen *„Tauschgerechtigkeit"*, *„Gegenseitigkeit"*.

Damit sind vor allem die Beziehungen im Wirtschaftsleben charakterisiert, damit „Brüderlichkeit" unter den Menschen herrsche.

Die „Tauschgerechtigkeit" ist dann in der Wirtschaft gewährleistet, wenn *Vollbeschäftigung* herrscht.

Die Sicherung der Vollbeschäftigung ist aber nicht Sache des Einzelnen (das würde ihn überfordern), sondern Sache des rechtlichen, des Staatsbereiches.

Der Staat muß für die Umlaufsicherung des Geldes und für die Wegsteuerung der Grundrente sorgen. Gelingt dem Staat die

Staatsordnung

Es handelt sich hier um die Ordnung der Beziehungen der Gesamtheit, des Ganzen, zum Einzelmenschen. Die Gesamtheit „schuldet" dem Einzelnen *„Zuteilende Gerechtigkeit"* unter der Bedingung der *Gleichheit* aller Menschen vor Staat, Gesetz und vor den Gerichten.

Aufgabe des Staates und seiner drei Organbereiche ist es also vor allem, dafür zu sorgen, daß in der Wirtschaft „Tauschgerechtigkeit" und in der Kultur „Allgemeine Gerechtigkeit" und Freiheit herrschen können, *ohne* aber seinerseits *direkt* in diese beiden Sphären *einzugreifen.*

Insbesondere hat der Staat für eine tauschneutrale, funktionsfähige Geldordnung, sowie für eine, eine Monopolausnutzung ausschließende Bodenordnung zu sorgen.

Erst dann ist die *Dauervollbeschäftigung*

Kulturordnung

Im Bereiche des kulturellen Lebens ist es umgekehrt wie beim Staate: nicht das Verhältnis des Ganzen zum Einzelnen ist zu ordnen, sondern das Verhältnis des Einzelnen zum Ganzen. Der Einzelne „schuldet" dem Ganzen den Einsatz seiner besten Kräfte, damit Erkenntnis auf die Erde herunter geholt und in die Gesellschaft hineingetragen werde, damit *Kultur* daraus erwachse.

Dazu bedarf der Einzelne einerseits der *Freiheit* von jeder Bevormundung, andererseits bedarf die Gesamtheit dieser *„Algemeinen Gerechtigkeit"* durch den Einzelnen.

Es ist nicht Sache des Staates, den Kindern Schulunterricht zu erteilen. Das kann er nicht in pädagogisch befriedigender Weise, wie hunderttausendfach erwiesen ist. Die Eltern müssen selbst für die Schulen ihrer Kinder sorgen in Gestalt eines zwar allgemeinen,

Lösung dieser beiden Probleme, gelingt ihm somit die Herbeiführung der Vollbeschäftigung bei Freiheit des Einzelnen und freier Verfügbarkeit über Kapitaleinsatz und Bodenverwendung durch den Einzelnen, dann darf man hoffen, daß einmal die „Tauschgerechtigkeit" in der Wirtschaft zu einer die Menschheit befreienden Tatsache werden wird.

und damit dauernde „Tauschgerechtigkeit" gesichert, wenn der Geldumlauf stetig vonstatten geht, wenn vom Geldwesen als solchem keine Wirtschaftskreislauf-Beschleunigungen oder-Verlangsamungen bewirkt werden; und wenn der Bodeneigentümer keine Grundrente für sich behalten und damit alle Wirtschaftsgüter, Mieten, Pächte, Wohnungen usw. belasten kann.

offenen, aber von der staatlichen Bürokratie freien Schulunterrichts. Dazu brauchen sie aus *eigenen* Quellen die erforderlichen Geldmittel. Diese stehen ihnen dann zur Verfügung, wenn *Vollbeschäftigung* in der Wirtschaft herrscht. Dann allein sind sie frei von Not, Angst und Bedrückung. Außerdem befreit die Vollbeschäftigung von dem demütigenden und jegliche Pädagogik vereitelnden staatlichen Berechtigungswesen (Abitur), das obendrein Sklavenseelen, „Konformisten", nicht aber freie Menschen erzieht.

Es erweist sich somit, daß es vornehmlich die *Vollbeschäftigung* ist, die den Schlüssel darstellt sowohl zur sozialen Gerechtigkeit in der Wirtschaft; wie zur Herbeiführung der Freiheit und ‚Allgemeinen Gerechtigkeit' im kulturellen Bereiche; wie schließlich zur Auflockerung unseres vom Staate beherrschten Sozialen Organismus als Ganzem. Die Vollbeschäftigung macht den Einzelnen in der Wirtschaft frei. Die Vollbeschäftigung vermittelt dem Einzelnen im kulturellen Leben die äußere Freiheit und gibt ihm damit die Möglichkeit, mehr als bisher etwas für das Allgemeine zu tun, „Allgemeine Gerechtigkeit" zu üben. Die Vollbeschäftigung erübrigt direkte Eingriffe des Staates zum Schutze der Kleinen, der Alten, der Kranken; wie zum Schutze der tatsächlich oder vermeintlich in Bedrängnis geratenen Unternehmen in der Wirtschaft. Denn die Vollbeschäftigung ermöglicht immer neue, den Umständen entsprechende Anpassungen und Wandlungen in der Wirtschaft als Gesamtheit. Die Vollbeschäftigung verringert damit auch die Bedeutung des widerlichen Lobbyismus in Parlament und Regierung und somit letztlich die Gefahr der Korruption. Die *Vollbeschäftigung* ist so in der Tat heute die Voraussetzung und der Garant der Gerechtigkeit *und* der Freiheit im Sozialen Organismus.

Fritz Penserot

Christlicher Pluralismus – ?

In hohem Maße symptomatisch für die heillose geistige Verwirrung, in der wir uns heute befinden, erscheint uns ein Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 9. Mai 1967 aus der Feder ihres Mitherausgebers Karl Korn. Wir möchten diesen Aufsatz daher zum Ausgangspunkt für eine Betrachtung der darin sichtbar werdenden Symptome und der diesen zugrundeliegenden Geisteshaltung nehmen.

Unter dem Titel „Katholiken drängen zur Mündigkeit" schreibt Karl Korn: „Es wird wohl kaum möglich sein, den Vertretern des sogenannten Integralismus in der katholischen Kirche Einverständnis zu der Auffassung abzugewinnen, daß die Schule eine Institution der Gesellschaft und ihres Pluralismus sei. Es hat auch keinen Zweck, etwa in der katholischen Bevölkerung Meinungsumfragen anzustellen, wie man die Schule sehe. Wenn erst Meinung, das ist mündige Meinung, allgemein da ist, wird es den Streit nicht mehr geben. — So bitter es für Katholiken sein mag, die Kirche in innere Kämpfe verwickelt zu sehen — das Konzil steht dem deutschen Katholizismus noch bevor. . . . Auch der katholische Christ drängt zur säkularen Wahrheit der Welt, die man Aufklärung nennt. Er kann und will davon nicht ausgeschlossen sein. Das ist der tiefere Sinn des Kampfes um die Schule. Die Schule wird zum Prüfstein werden, ob die kirchlichen Autoritäten mit der Mündigkeit der Gläubigen Ernst machen wollen oder nicht. Wann endlich wird ein Bischof dieser Kirche das Wort nehmen und die christliche Gemeinschaftsschule als das, was sie sein könnte, als Schule der Gemeinschaft der Christen gutheißen? — Im Grunde geht der Kampf um die sogenannten Gesinnungsfächer Deutsch und Geschichte. Der mündige Mensch erhebt den Anspruch, daß gerade in diesen Fächern der Unterricht so erteilt wird, wie es die moderne Welt will: nicht als Vermittlung von fertigen Werturteilen über Geschichte und Leben, sondern als Appell an die heranzubildende eigene Urteilskraft des jungen Menschen. Das mag manchen Leuten schlimm in die Ohren klingen. Mit dem Hinweis auf die Kräfte des Chaos ist man da schnell bei der Hand. Wir meinen, daß gewisse in der Tat erschreckende Auflösungserscheinungen auch darum an Boden gewinnen, weil enger Konfessionalismus keine wirksame Gegenkraft ist. Wenn man mit der vielgepriesenen Öffnung der Kirche zur Welt nicht da Ernst macht, wo es unumgänglich ist, in der Erziehung, dann wird man

noch mehr Verluste einstecken müssen. Die Kirche kann sich, wie das Konzil bewiesen hat, erheblich mehr Modernität leisten, als es nach manchen aktuellen Erscheinungen, zumal in unserem Lande, aussieht."

Soweit Karl Korn in der FAZ. Das alles klingt scheinbar recht vernünftig. Wieso gerade dieser Leitartikel symptomatisch für die geistige Verwirrung sein soll, in der wir leben, ist folglich nicht ohne weiteres einzusehen. Leben wir denn etwa nicht in einer „pluralistischen Gesellschaft", in einer Gesellschaft, in der die allerverschiedensten Ansichten, Meinungen, Überzeugungen Anspruch auf Achtung erheben und ein Recht auf gleiche Berücksichtigung haben? Soll denn der katholische Christ noch immer weiter der Autorität seiner kirchlichen Oberen unterworfen bleiben? Soll der Katholik denn nicht auch allmählich selbst und selbständig Wahrheitserkenntnis erlangen, eigene Urteilskraft heranbilden, mündig werden dürfen? Und soll er nicht demzufolge, ja gerade deshalb dann auch mit anderen Christen, mit allen anderen Menschen in die gleiche Schule gehen, zumal man im späteren Leben ja ohnehin stets und ständig zusammenarbeiten muß? Und obendrein gibt es denn nun wirklich keine katholische Mathematik, kein evangelisches Französisch, und kommt es nicht selbst in den „Gesinnungsfächern" Deutsch und Geschichte tatsächlich allein auf die Heranbildung der eigenen Urteilskraft an? Und schließlich, stimmt es denn etwa nicht, daß enger Konfessionalismus keine wirksame Gegenkraft gegen die wachsenden Kräfte des Chaos mehr bildet und daß demzufolge die Öffnung der Kirche zur Welt unumgänglich ist? Kurzum, das alles scheint doch nun wirklich sehr einleuchtend und vernünftig! Und dennoch soll es grundfalsch sein? Wo stecken also die Fehler?

Man wird sich der Fragwürdigkeit der in Karl Korns Leitartikel zum Ausdruck gekommenen Behauptungen und Forderungen vielleicht eher bewußt, wenn man sich diese einmal in einer etwas anderen Reihenfolge, als es in dem Leitartikel geschieht, vergegenwärtigt. Kann es das zum Beispiel überhaupt geben:

Urteilskraft — ohne Ur-teil, das heißt ohne eigenen Zugang zur Wahrheit,
ohne Wahrheitserkenntnis?
ohne die Autorität der Wahrheit also?
ohne festen Maßstab?

Mündigkeit — bei Verzicht auf Wahrheitserkenntnis?
bei Simultaneität der Meinungen?
bei Wertfreiheit?
bei Verzicht auf die Autorität der Wahrheit?
bei Pluralismus also?

Feste Maßstäbe — ohne Wahrheitserkenntnis?
ohne Werturteil auf Grund von Wahrheitserkenntnis?
ohne die Autorität der Wahrheit?

Christliches Bekenntnis — bei Simultaneität der Meinungen?
bei Wertfreiheit?
bei Verzicht auf Wahrheitserkenntnis?
bei Pluralismus also?

Wahrheitserkenntnis — als bloße Aufklärung?
als bloßes Bezogensein auf die „säkulare Wahrheit der Welt"?

Kann — wie Karl Korn es sich vorstellt — eine Schule überhaupt „eine Institution der Gesellschaft und ihres Pluralismus" und *zugleich* eine solche der „Gemeinschaft der Christen" sein? Hierauf hat bereits Dr. John Hennig, Basel, in einer beachtenswerten Leserzuschrift aufmerksam gemacht: „Die Lage wird falsch eingeschätzt, wenn man glaubt, die Auffassung der Schule als ‚Institution der Gesellschaft und ihres Pluralismus' ließe sich heute mit der als ‚Schule der Gemeinschaft der Christen' auf einen Nenner bringen. ‚Der tiefere Sinn des Kampfes' ist die Frage nach der Rangordnung der Werte."

Ist es nicht einfach ausgeschlossen,

- daß eine Institution, in der völlig wertneutral Meinung neben Meinung steht, zugleich eine christliche Institution ist? (denn das ist doch nun einmal der Fall in der staatlichen christlichen Gemeinschaftsschule! Man stelle sich dagegen doch nur einmal vor — eine katholische Konviktschule, ein evangelisches Internat, eine Waldorfschule — was für ein Geist da jeweils herrscht.)

- daß die Grundhaltung des „Ignoramus" zugleich mit der des festen Glaubens und der des sicheren Wissens gelebt und gelehrt werden kann — ohne daß die Kinder irre, schizophren werden?

- daß eine Beurteilung aller Erscheinungen dieser Welt aus der Pilatus-Haltung des „Was ist Wahrheit?" heraus *zugleich* eine Beurteilung dieser Erscheinungen aus der Haltung des Evangeliums heraus ist?

- daß also Erkenntnis-Skepsis Erkenntnis-Sicherheit vermitteln kann?

- daß Nichtengagement Engagement wird?

- daß Nichtchristentum zugleich christlich ist?

Muß einem hier nicht bereits die Logik sagen, daß Pluralismus und Christentum unvereinbar miteinander sein müssen?

Doch gehen wir noch einen Schritt weiter; versuchen wir, die von dem Leitartikel berührten Probleme noch etwas deutlicher herauszuschälen. Wir finden dann, daß es sich im wesentlichen um folgende Fragenkreise handelt:

erstens um das Mündigkeits- und Autoritätsproblem — was heißt Mündigkeit?, wodurch begründet sich Autorität?, was versteht man unter „eigener Urteilskraft"?

zweitens um ein mitmenschliches, um das Toleranzproblem — was heißt Toleranz?, was heißt Nächstenliebe?, was heißt Pluralismus?

drittens um das Erkenntnisproblem — was heißt Erkenntnis?

Im Grunde genommen sind die beiden ersten Probleme nichts anderes als Teilprobleme des dritten. Und bei allen drei Problemen stellt sich zugleich die Frage nach dem Wesen der Freiheit. Ist das Erkenntnisproblem erst einmal ins volle Bewußtsein unserer Zeit gedrungen und hat es eine wirklich befriedigende Lösung gefunden, so ergeben sich die Lösungen der anderen Probleme nahezu von selbst. Wenden wir uns ihm daher einmal zu.

Karl Korn ist offenbar der Meinung, daß der „Pluralismus" unserer Gesellschaft nicht nur eine Erscheinung unserer Zeit ist, mit der wir nun einmal leben müssen, sondern auch sozusagen die Normalanschauung für moderne Menschen, die wir voll bewußt als richtig anerkennen sollten. Karl Korns ganzer Leitartikel ziel ja auf nichts anderes ab als darauf, daß es für die Weiterentwicklung der Katholiken notwendig sei, sich zur Welt hin zu öffnen, die „säkulare Wahrheit der Welt" in sich aufzunehmen, um dadurch „mündig" zu werden. Im „Pluralismus" unserer Gesellschaft, in der „säkularen Wahrheit der Welt" sieht er also die Voraussetzung für unsere menschliche Weiterentwicklung.

Was aber heißt „Pluralismus"? Pluralismus heißt letztlich nichts anderes als: jede Meinung, auch noch die verrückteste subjektive Meinung hat ihre Daseinsberechtigung und steht — und das ist dabei das Entscheidende! — gleichberechtigt neben jeder anderen Meinung. Pluralismus heißt: jeder hat Recht; verbindliche Wahrheit gibt es nicht. Pluralismus heißt: sehe jeder zu, wie er zu seiner eigenen Meinung gelange. *Wie* dies geschehe, ist jedermanns eigene Sache. Einen allgemein verbindlichen Weg kann keiner dem anderen zeigen. Wahrheitserkenntnis — was ist das?

Das aber ist, wie schon angedeutet, exakt die Pilatus-Haltung, die vor zweitausend Jahren zur Kreuzigung Christi führte: „was ist Wahrheit?" Aus

Karl Korns Leitartikel spricht also die ganze Erkenntnis-Skepsis, die für unsere Zeit so kennzeichnend ist, und spricht der ganze Subjektivismus, der seine tollsten, seine unverständlichsten Blüten in der modernen Bildenden Kunst treibt.

Arnold Gehlen hat diese Haltung kürzlich etwa wie folgt charakterisiert: während die Kunst früher einen Abglanz der Gott-begründeten Wahrheitswelt zu geben versuchte, und während sie noch nach der Meinung moderner Künstler selbst einen Zeitausdruck geben soll, ist sie tatsächlich nichts anderes mehr als Ausdruck des jeweiligen einzelnen Künstlers und der in diesem rumorenden, zumeist unbewußt wirkenden Kräfte und Dämonen. Die Kunst hat also die Verbindung mit der Wahrheit, den Weg zur Wahrheit vollkommen verloren, sie ist ganz und gar subjektivistisch geworden, ja — durch das Selbständigwerden der Kunst*mittel* — untermenschlich. Maß und Mitte sind keine Kategorien der Kunst mehr, das Außermenschliche ist in die „Kunst" eingedrungen und beginnt den Menschen mehr und mehr zu deformieren. Die moderne Bildende Kunst ist in der Tat „eine breite Straße zur Vorschau auf die Hölle".

Wilhelm Seeberger sagt in seiner Schrift „Wahrheit in der Politik" hierzu: „Das geisteswissenschaftlich auffälligste Charakteristikum der pragmatischen Doktrin ist die völlige Indifferenz der Wahrheit gegenüber, eine Indifferenz, die dort, wo Wahrheit mit dem Anspruch auf Autorität auftritt, zur eindeutigen Ablehnung wird. Wahrheit gibt es nach pragmatischer Auffassung nicht; sie wird vielmehr *gemacht*, wobei nach William James eine Vorstellung insolange als wahr gelten kann, als sie eine subjektiv gesetzte Funktion erfüllt und subjektive Bedürfnisse befriedigt. Da Wahrheiten in der Sicht des Pragmatismus bloße Regeln für das Handeln sind, kann nach ihm jede Hypothese, die eine in sie gesetzte Erwartung erfüllt, als Wahrheit ausgegeben werden. Durchaus folgerichtig sagt Wiliam James denn auch: 'Truth is what works', eine Feststellung, die in der Diktion John Deweys zur Formel ‚Wahrheit ist Erfolg' wird. Und von da zum cash-value ist es nur noch ein kleiner Schritt. Daß diese Wahrheitskonzeption in ihrer praktischen Auswirkung zwangsläufig zum Relativismus führt, liegt auf der Hand, und so darf denn der Pragmatismus, der eine schlechterdings nicht mehr zu überbietende Verständnislosigkeit für den wesentlich metaphysischen Charakter des Seins an den Tag legt, wiewohl er unbewußt sich dauernd übernommener metaphysischer Kategorien bedient, füglich als die unmetaphysischste Geisteshaltung unserer Zeit bezeichnet werden."

Was Wilhelm Seeberger hier über den Pragmatismus sagt, gilt absolut genau auch für den Pluralismus. Denn der Pragmatismus ist ja nichts anderes als die praktische Konsequenz des Pluralismus für das Handeln. Das heißt aber:

wer dem Menschen „Öffnung zur Welt hin", zur „säkularen Wahrheit der Welt" empfiehlt, wer ihn dem Pluralismus überantworten will, der empfiehlt ihm damit zugleich den Subjektivismus, die völlige Abtrennung des Menschen von seiner Wahrheits- und das heißt von seiner Existenzgrundlage als eines geistigen Wesens; das heißt weiter: er empfiehlt ihm den Pragmatismus, wie er oben skizziert ist; und es heißt damit: er empfiehlt ihm den Nihilismus, der zwangsläufig am Ende aller Relativierung steht. Wer den „Pluralismus" empfiehlt, empfiehlt damit letzlich also den Weg ins Inferno! Über dessen Eingangstor aber steht: ‚Laßt alle Hoffnung fahren!'

Was nottut, kann also gerade *nicht* die Öffnung zum Pluralismus sein, sondern die Öffnung zur Wahrheit. Freilich, hier beginnen erst recht eigentlich die Schwierigkeiten: unsere Welt kennt nämlich keine allgemein verbindliche, anerkannte, sozusagen offizielle Erkenntnistheorie. Unsere Welt kennt (noch), überkommen aus der Zeit der ersten Christen und immer wieder neu vermittelt durch die Kirche, den Glauben an die Wahrheitsoffenbarungen Christi, den Glauben an das Wort Christi, den Glauben an die Offenbarungen der Bibel, den Glauben an Jesus Christus selbst. Einen eigenen, direkten und zugleich allgemein verbindlichen Weg zur Wahrheit kennt sie jedoch nicht. Unsere offizielle Philosophie läßt uns hier vollkommen im Stich. Von Kant, der die Möglichkeit der Wesenserkenntnis, der Erkenntnis des „Dinges an sich" prinzipiell verneint, bis zu Jaspers' „Kein gewußtes Sein ist das Sein" werden die *Grenzen* der menschlichen Vernunft abgesteckt und betont, wird das Subjekt auf sich selbst verwiesen, ja in die absolute Isolierung getrieben. Das Äußerste, was die Philosophie uns an Erkenntnismöglichkeit noch zugesteht, ist das Wahrnehmen von „Erscheinungen", von „Chiffren", die auf eine irgendwie metaphysische Wahrheitswelt schließen lassen sollen. Dabei benutzt sie aber fröhlich das zur Erkenntnisgewinnung von ihr selbst als untauglich angesehene Denken, um eben diese Urteile zu fällen. Sie hat sich offensichtlich immer noch nicht genügend Gedanken über das Wesen des Denkens gemacht.

Wenn „denken" heißt, Gedanken hervorbringen, Gedanken ins (subjektive) Bewußtsein heben, so heißt das doch, das (denkende) Subjekt mit einem Objekt (in dem sich Gedanken manifestieren, „inkarnieren", oder das selbst reiner Gedanke ist) mittels eines Mediums verbinden, das gleichermaßen dem Subjekt wie dem Objekt immanent ist: und dieses Medium ist eben dieser Gedanke selbst. „Denken" ist demnach die Anstrengung des Subjektes, des Ich, Gedanken zu ergreifen. Das Ich holt sich die Gedanken ins Bewußtsein, und damit sind sie dann zugleich im Subjekt wie im Objekt. Das heißt aber: das Ich „erkennt", erlangt „Erkenntnis" von dem wahren Wesen des Objektes, lebt mit und in ihm; daß wir uns dabei immer wieder irren; daß uns unsere subjektiven Interessen aller Art dabei einen Streich spielen können

usw., hat nichts damit zu tun, daß wir prinzipiell zum Denken veranlagt, zum Erkennen berufen sind und — wie die Geschichte lehrt — auch Erkenntnisse erlangen können. „Die Geisterwelt ist nicht verschlossen; / Dein Sinn ist zu, dein Herz ist tot! / Auf! bade, Schüler, unverdrossen / Die irdsche Brust im Morgenrot! . . ."

Wenn wir aber denken können, d. h. wenn wir *selbst* das Wesen einer Sache erkennen können, dann können wir auch *ur*teilen. (Natürlich: nur *insoweit* wir denken können, können wir urteilen.) Und wir können alsdann Werturteile fällen, für uns selbst wie für die Allgemeinheit verbindliche Werturteile. Damit aber hört jeder Pluralismus auf.

Romano Guardini hat sich in einem Vortrage anläßlich des deutschen Volkshochschultages 1961, der unter dem Thema „Pluralismus und Entscheidung" stand, hierzu u. a. wie folgt geäußert: „Lassen Sie mich mit der kurzen Zeichnung einer Epoche antworten, die in manchem eine Parallele zu unserer Situation bildet. . . . Und zwar handelt es sich um jene Epoche, mit welcher die Blütezeit Athens zu Ende ging: die Zeit des peloponnesischen Krieges, der fast dreißig Jahre, von 431 bis 404 gewährt und eine bis auf den Grund gehende Zerstörung angerichtet hat. . . . Die Besten waren gefallen, das Land verwüstet, die Bevölkerung zusammengeschmolzen, die alten Vermögen zugrunde gegangen. Noch tiefer gingen die religiösen Zerstörungen. Die alte mythische Religion, in der alles wurzelte, was Tradition hieß: Ehrfurchtsbeziehungen, Maßstäbe des Rechten und Würdigen, Ordnungen des individuellen und sozialen Lebens, waren in einer allgemeinen Skepsis, ja Gleichgültigkeit zerfallen.

„Was aber das geistige Leben angeht, so lag es in der Hand von Leuten, deren Name zur Bezeichnung für ein substanzloses Wesen geworden ist, der Sophisten. Für sie waren die geistigen Werte durch die materiellen verdrängt. Wahrheit, Sittlichkeit, Recht hatten kein Gewicht mehr; was galt, war Genuß, Reichtum, Macht. Das intellektuelle Leben löste sich in einem endlosen Diskutieren und Analysieren auf. Worum es ging, war die Technik, in einer so stark auf dem Wort aufgebauten Kulturgemeinschaft, wie der athenischen, mit der Kunst der Rede politisch voranzukommen. Eine schlimme Zeit, durch Namen wie Gorgias, Kallikles, Prodikos, Protagoras gekennzeichnet. Da geschah etwas Großes — geheimnisvoll, wie immer, wenn ein genialer Mensch erscheint und die Zeit wendet: Sokrates begann zu wirken. Er war ein tapferer Mann, liebte seine Stadt und ihre Menschen, die Jugend vor allem, und begann zu fragen. Er war von unersättlichem Erkenntnisdurst getrieben; den Sophisten ähnlich in der Lust am Gespräch, an der blitzenden Diskussion. Darunter lebte aber bei ihm etwas anderes als bei ihnen: ein Urerlebnis; die tiefe Gewißheit, daß es Wahrheit gebe, vom

Menschen, vom Staat, vom Dasein, und man sie erkennen könne; daß es das Gute gebe, der Mensch es finden und darin den Sinn seines Daseins erreichen könne.

„Das wirkte sich bei ihm nicht in Lehrgängen und Büchern aus, sondern in einem unablässigen Gespräch mit den Menschen, im Hause, auf der Straße, in den Gymnastikschulen; mit Jungen und Alten, Einfachen und Gebildeten; gelenkt von einem unbeirrbaren Willen, keine Scheinlösung, nichts Oberflächliches noch Falsches durchgehen zu lassen. Dieser Mann hat, wie gesagt, nichts geschrieben; er hatte aber das Glück, daß ein Schüler zu ihm kam, der mächtiger war als er. Es war Platon; Dichter, Philosoph, Aristokrat von höchster Kultur. Er hat fast zehn Jahre in des Sokrates Kreis gelebt und dann, in seinen Büchern, den seltsamen Mann zum Repräsentanten alles Suchens und Erkennens, zur Verkörperung des Wahrheitsgewissens selbst gemacht . . .

„Die Gestalt des Sokrates und die des Platon sind für uns derart ineinandergewachsen; das platonische ist mit dem sokratischen Element eine derartige Legierung eingegangen, daß wir es nur auf gewisse Strecken hin überhaupt trennen können.

„Worin besteht nun ihre Botschaft? Das, was sie unter allen Unterschieden hin verbindet?

„Vor allem die große Erfahrung, daß es ein Unbedingtes gibt, ein Allgemeingültiges und man es erkennen kann. Dieses Absolute, auf nichts hin Relativierbare, ist ‚das Gute', das agathòn. Das Wort meint keinen abstrakten Begriff, sondern Wirklichkeit. Richtiger: Über-Wirklichkeit; das, was alle Wirklichkeit und allen Sinn begründet: das Göttliche. In einer wunderbaren Stelle in Platons größtem Werk, der ‚Politeia', führt Sokrates den jungen Glaukon auf diesen Gipfel, zeigt ihm unter dem Symbol der Sonne — der gewaltigen griechischen Sonne —, wie das höchste Gute und das Wahre und das Göttliche identisch sind, und der junge Hörer staunt: Apollon, welche Über-Herrlichkeit zeigst Du da, o Sokrates!' Das ist das Höchste. Nicht Geld, nicht Macht, nicht Genuß, sondern das, was in sich selbst gilt und um seiner selbst willen gewollt werden soll. Und dem Hörer wird eingeprägt: Dieses Höchste kann erkannt, kann erreicht werden, wenn der Mensch seinen ganzen Ernst daran setzt. Der Dialog ‚Phaidon', der über die Gespräche an dem Tag berichtet, an dessen Abend Sokrates den Giftbecher trinken mußte, ist eine einzige Versicherung dafür.

„Dazu kommt ein Zweites, das aber mit dem ersten unlöslich zusammenhängt. Es gibt eine Erkenntnis der Dinge; des Menschen und des menschlichen Lebens; seiner Normen und seiner Werte. Nicht nur Meinungen darüber,

nicht nur Ansichten, von denen eine die andere aufhebt, sondern Wahrheit. Jedes Seiende, jeder Lebensbezug trägt eine Sinngestalt in sich: sein Wesen, seine Idee, die es in Beziehung zum Absoluten, zum Höchsten-Guten setzt. So kann und darf man nicht beliebig über die Dinge reden. Das ist Schwäche des Geistes, Verwilderung, im Letzten Verrat. Die Dinge haben ihre Wahrheit. Geistiges Leben bedeutet, den Ruf dieser Wahrheit zu vernehmen, in den Gehorsam gegen sie einzutreten und nach ihr zu suchen. Wer, kierkegaardisch zu sprechen, in der Leidenschaft des Ernstes sucht, erfährt jenen Sinnstoß, in welchem nicht er mit seiner Subjektivität es ist, der entscheidet, was gelten soll, sondern das Seiende selbst ihn anruft und seinen Geist in Gehorsam nimmt: die Wahrheit.

„Das ist es, was die sokratisch-platonische Geistestat unvergänglich macht. Unzählige neue philosophische Probleme sind seitdem hinzugekommen; die Art des Fragens und Antwortens hat sich gewandelt; manche Kritik hat sich erhoben. Ein Grundlegendes aber bleibt für immer: daß es das Absolute, das Wahre und Gute gibt, man es erkennen und erfahren kann, nein soll. Daß in jedem Ding seine Wahrheit liegt, über die wir nicht verfügen, sondern die uns in den Gehorsam gegen ihre Sinnforderung nimmt; daß auch das erkannt werden kann und soll.

„. . . Zwei Feinde haben wir: auf der einen Seite den sich selbst aus der Hand gleitenden Freiheitswillen, der zum Subjektivismus wird und alle Gültigkeit zerfallen macht — auf der anderen Seite einen Ordnungswillen, der an der Freiheit verzweifelt und sich in die Gewalt wirft. Nicht die Freiheit ist Feind; sie ist uns anvertraut; nie zu verlierender Ertrag von Willen und Schicksal zugleich. Ebensowenig die Notwendigkeit verpflichtender und verbindender Normen; den Bezug zu ihr müssen wir wiederfinden, wenn nicht alles zerfließen soll."

Den Worten Romano Guardinis ist wohl kaum noch etwas hinzuzufügen. Wenn unsere Gesellschaft sich nicht über kurz oder lang selbst vernichten will, so muß sie als allererstes den Pluralismus überwinden und den Weg zur Wahrheit suchen. Da kann es überhaupt keine Kompromisse geben. „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich."

Das heißt nun freilich nicht, daß wir die *Menschen*, die anderer Meinung sind, bekämpfen müssen. Hier ist ein immer wieder zu beobachtendes Mißverständnis auszuräumen: die Verwechslung von Toleranz und Meinungsfreiheit mit Pluralismus. Christus sagte seinen Jüngern: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Liebe die, die dir fremd sind!" Gerade weil der Christ durch den Glauben an Christus und dessen Offenbarungen der göttlichen Wahrheitswelt Zugang zu eben diesem Seinsgrund der Welt bekommen hat und weil

der, der erkennt, ebenfalls Zugang zu dieser Welt des Seins erlangt, gerade deshalb muß er die lieben — wie ein Vater seine Kinder —, die Gott ferne stehen, die nicht glauben, die die Wahrheit nicht erkennen. Christus sagte aber nicht: liebet die Meinungen derer, die euch fremd sind. Gerade das meinte er nicht! Paulus sagt hierzu vielmehr: „Wir haben nicht mit Fleisch und Blut" (also nicht mit konkreten Menschen) „zu kämpfen, sondern mit den Dämonen unter dem Himmel" (das heißt mit den Irrtümern, Illusionen, Ideologien der Menschen). Diesen aber kann keinerlei Pardon gegeben werden; wir müssen sie überwinden, wenn wir nicht von ihnen überwunden und um unser Menschsein gebracht werden wollen. Über das, was Wahrheit ist, was Recht, was richtig, was vernünftig, was gut usw., darüber können nur die miteinander reden und daraus können nur die verbindliche Konsequenzen ziehen, die denken können und die die Schlüssigkeit des Denkens nicht in Zweifel ziehen. Das heißt aber: der Pluralismus — die Haltung, die alle Irrtümer, Illusionen, Ideologien, Meinungen usw. ohne jede Wertung unter Verzicht auf jegliche ernsthafte Erkenntnisbemühung gleichberechtigt neben wahren Erkenntnissen stehen lassen und die daraus sogar Konsequenzen (wie im Schulwesen) auch für alle anderen Menschen ziehen möchte und in der Tat heute sogar zieht — dieser Pluralismus ist die gefährlichste, menschenfeindlichste, weil das menschliche Dasein an seiner tiefsten Wurzel untergrabende, und mithin böseste Anschauung, die wir unter gar keinen Umständen zur Herrschaft gelangen lassen dürfen. Der Pluralismus hat nicht das geringste mit Toleranz und Nächstenliebe zu tun. Der Pluralismus läßt in der Tat die „Dämonen unter dem Himmel" in unsere Welt herein, ja verschafft ihnen — wenn auch meist aus blanker Ahnungslosigkeit — ganz ausdrücklich Zugang und Gleichberechtigung zu unserer ohnehin schon so gefährdeten Welt. Es gilt daher die Grundregel: Freiheit der Meinungsäußerung, Lehrfreiheit unter allen Umständen, Toleranz und Nächstenliebe in jedem Falle dem konkreten Einzelmenschen gegenüber! — bedingungsloser Kampf mit allen Kräften des Geistes aber ihren „Meinungen", Irrtümern, Illusionen, Ideologien; den „Dämonen unter dem Himmel"!

Wenden wir uns nun dem eigentlichen, zentralen Anliegen von Karl Korn zu: der Überwindung der „Autorität der Kirche" und der Einsetzung des Menschen in seine „Mündigkeit". Auf Karl Korn scheint allein schon die Vorstellung „kirchlicher Autoritäten" wie das rote Tuch auf den Stier zu wirken. Es ist die typische Haltung des Liberalismus der Kirche gegenüber. Insoweit die „kirchliche Autorität" in der Institution der Kirche als einem Instrument geistiger *Macht* und in den kirchlichen Würdenträgern als *Gehorsam* verlangenden mächtigen Persönlichkeiten ihren Ausdruck findet, kann ich Karl Korn zwar ausdrücklich beipflichten: der moderne Mensch will nicht mehr von irgendwelchen „Autoritäten" abhängig sein und bevormundet werden, der moderne Mensch will *selbst* aus eigener Einsicht, in eigener

Verantwortung, in voller Freiheit handeln. Aber hier beginnt denn auch zugleich die Schwierigkeit: die Voraussetzungen zur Erlangung eigener Einsicht in die Wahrheit der Dinge und damit zur vollen Selbstverantwortung und wirklichen Freiheit fehlen ihm — wie oben dargestellt — vollkommen, soweit er bei der landläufigen Philosophie und beim „Pluralismus" stehen bleibt. Damit, daß sich der moderne Mensch von den „kirchlichen Autoritäten" und in aller Regel dann auch von der Kirche selbst abwendet, schüttet er das Kind mit dem Bade aus. Mit der Abwendung von den „kirchlichen Autoritäten" und der Hinwendung zum „Pluralismus" gibt er zugleich auch seine durch den Glauben an Christi Botschaft gesicherte Verankerung im Boden der Wahrheit auf, verzichtet er auf die einzig mögliche wahre Autorität, auf die Autorität der Wahrheit, um — solange er beim „Pluralismus" bleibt — weniger als nichts dafür einzuhandeln. Das heroisch-verzweifelte „Trotzdem" der „ins Nichts geworfenen" Existentialisten ist der beredteste Ausdruck hierfür. Solange die von Karl Korn mit Recht so sehr gepriesene Mündigkeit des modernen Menschen nicht — durch eine echte Geisteswissenschaft — in dem einzig tragfähigen Grunde der Wahrheit, des Seins Wurzel schlagen kann, solange ist der Weg ins Nichts oder — aus lauter Verzweiflung — in die Pseudo-Religion des Kommunismus nicht aufzuhalten.

Gewiß, die Kirche hat selbst den Grund dafür geliefert, daß sich gerade die wachen, modernen Menschen von ihr abwenden: indem sie nämlich an Augustins Lehre festgehalten hat, daß nicht die Wahrheit selbst schon, sondern erst die durch die „Autorität" der Kirche sanktionierte Wahrheit die eigentliche Wahrheit sei, hat sie dem Menschen die unmittelbare Verbindung zur Wahrheit versperrt. Daran hat sich auch durch Luthers Reformation nichts geändert. Genau wie Augustinus verurteilte er das Erkennen (er spricht bekanntlich von der „Hure Vernunft") und forderte den unbedingten Glauben an die überlieferte Offenbarung, das „Wort". Aus der Konsequenz dieser Haltung ergab sich dann seine Einstellung gegenüber den äußeren „Autoritäten", die in der Forderung gipfelte: „Seid untertan der Obrigkeit." Die Kirche hat durch ein Jahrtausend — von bedeutenden Ausnahmen abgesehen — nicht das Denken und damit die direkte Verbindung des Einzelnen mit der Wahrheit gefördert, sondern den Glauben an die von den „kirchlichen Autoritäten" überlieferten Wahrheiten. Sie hat damit die Menschen daran gehindert, *selbst* zu dem durch das Denken zu gewinnenden Erlebnis der Wahrheit zu gelangen, zu diesem Evidenzerlebnis, das allein die Denksicherheit bedingt. Sie hat dadurch mit dazu beigetragen, daß gerade auch wir Deutschen so autoritätsgläubig geworden sind. Autoritätsgläubig nicht in dem einzig richtigen Sinne, daß wir auf Grund der Erkenntnis allein der Wahrheit Autorität zusprechen, sondern in dem gewissermaßen pervertierten Sinne, daß die Verkünder der Wahrheit und ihrer

Autorität (gleich ob Priester, Fürsten, Gelehrte oder Beamte) für uns selbst zu „Autoritäten" geworden sind. Die Anmaßungen der Polizei und aller Obrigkeit in Deutschland, die so typisch für unser Land sind, einerseits und die Anerkennung der staatlichen und kirchlichen „Autoritäten" durch die untertänigen Bürger, die ebenfalls für Deutschland so typisch ist, andererseits sind weitgehend die Folgen der Erziehung zum Gehorsam, die Folgen des bei uns unterentwickelten Denkvermögens, die Folgen unserer mangelnden Urteilsfähigkeit. Der Streit zwischen Studenten und Polizei in Berlin ist ein einziger eklatanter Beweis hierfür. Die Arroganz der Dummheit der Polizei und der staatlichen „Autoritäten" auf der einen Seite und das lautere, integere moralische Engagement der weit überwiegenden Mehrheit der Studenten, gegen Obrigkeitsstaat und satte kleinbürgerliche Restauration und Verlogenheit, gepaart jedoch mit völliger Zielblindheit, auf der anderen Seite können die Lage, in der wir uns heute befinden, schlechterdings überhaupt nicht mehr deutlicher zutage treten lassen.

Aber damit, daß wir nun unentwegt der Kirche die Schuld daran geben, ist noch gar nichts gewonnen. Dies umso weniger, als gerade unser religionsfernes, staatliches Schulwesen, zumal das der höheren Schulen, die „Autoritätsgläubigkeit" in einer Weise fördert, die einfach fatal ist. In unseren Schulen wird nicht das in der Muße besinnlicher Stunden, im vergleichenden Betrachten, im Sinnieren, im Abwägen, im Forschen zu gewinnende Denken gefördert, sondern das ohne sonderliches Abwägen rasch angebüffelte, von „Autoritäten" mundgerecht dargereichte, abfragbare „Wissen". Tausendmal ist dieses Elend unserer höheren Schulen schon geschildert und angeprangert worden*) — nichts aber ist daraufhin geschehen. Weil nichts geschehen kann! Weil der überkommene Staat seiner ganzen Natur nach Herrschaft bedeutet, „Autorität", die ihrerseits wiederum nur „Autorität" weitervermitteln kann und als einzigen Maßstab dafür das Gleichheitsprinzip besitzt. Gerade hier sitzt der Wurm in unserer gesamten Zivilisation. Unser heutiges Gesellschaftsproblem ist primär ein Bildungsproblem — dessen Kern trotz aller zahllosen Aufsätze und Schriften darüber in der Öffentlichkeit aber überhaupt noch nicht erkannt worden ist. Dessen Kern, der da heißt: Verbindung, Wiederverbindung mit der Seinswelt, mit der Wahrheit. Unser heutiges sogenanntes Bildungswesen vermittelt uns in seiner Masse kaum mehr als ein Konglomerat völlig wertfrei aneinandergereihter unverdauter Wissensbrocken, es gibt uns aber keine Wahrheitserkenntnis. Es gibt uns „Pluralismus", aber es verbindet uns nicht mit dem Sein. Es trennt uns immer mehr von der „Autorität" der Kirche, es trennt uns damit aber auch immer mehr von der in der Bibel enthaltenen Autorität der Wahrheit. Es befreit

*) vergleiche z. B. Horst Rumpf „Die Misere der höheren Schule" Reihe: Aktuelle Pädagogik, Luchterhand-Verlag 1966

uns von der Bevormundung durch die „Autorität" der Kirche, es gibt uns aber nicht den leisesten Hinweis, wie wir auf andere Weise zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen, zur Wahrheit der Dinge, zum Sein vordringen können. Ohne diesen Bezug zum Seinsgrund der Welt sind wir jedoch verloren.

Karl Korns Aufruf zum Drängen nach Mündigkeit mag imponierend, sein Freiheitswille heroisch sein — zur wahren Freiheit können sie jedoch nicht führen, solange er nichts anderes als „Pluralismus" anzubieten hat. Denn nur da kann von Freiheit die Rede sein, wo Wahrheitserkenntnis errungen ist; wo die Autorität der Wahrheit allein herrscht.

Fritz Penserot

Gedanken zum nahöstlichen Konflikt

Im Frühsommer 1967 hat die ganze Welt ein gewaltiges Stück Geschichte miterlebt. Nasser und alle arabischen Staaten hatten offen erklärt, sie wollten das kleine Volk Israel vernichten, ihm die neu geschaffene Heimat entreißen. Der Golf von Akaba, die Lebensader israelischer Schiffe nach Süden und Osten, wurde von Ägypten gesperrt. Auf allen Seiten ringsum lauerten sprungbereite Armeen mit modernsten Waffen.

Israel stand allein. Rußland, Rotchina, alle kommunistischen Staaten unterstützten die Araber ohne Vorbehalt. Sogar die Regierungen von Indien, der Türkei, von Italien, Frankreich sprachen sich zugunsten der Angreifer aus. Waren ihnen Geschäfte mit reichen Oelfürsten und Großgrundbesitzern wichtiger als das Lebensrecht eines arbeitsamen, wackeren Volkes? Sie wollten sich rechtzeitig auf die Seite jener schlagen, denen sie den Sieg zutrauten, mochten diese denken und handeln wie sie wollten. Die große UNO versagte zuerst. Amerika und Großbritannien hielten sich zurück, um nicht in einen Weltkrieg gerissen zu werden.

Der kleine David stand allein. Er wußte, was seiner wartete, wenn er nicht handelte. So rief er Mosche Dajan, und dieser schlug am Montagmorgen, dem 5. Juni 1967, zu. Innerhalb einer halben Stunde vernichtete seine Luftwaffe die meisten feindlichen Flugplätze und Flugzeuge ringsum, die stolzen Heere Aegyptens und Jordaniens wurden geschlagen, eingekesselt, und schon am dritten Kampftag mußten Jordanien, am vierten auch Aegypten und Syrien in einen Waffenstillstand einwilligen. Israel stand am Suez-Kanal und überall am Jordan, in Jerusalem an der Klagemauer. Goliath lag zerknirscht am Boden. —

Am Freitag, 23. Juni haben sich in Glassboro in New Jersey Johnson und Kossygin zu einem Gespräch von fünf Stunden getroffen und wollen es fortsetzen. Das ist eine unerwartete Wendung und läßt auf teilweise Verständigung hoffen. Es ist klar, daß wesentliche Entscheidungen vor allem von Amerika und Rußland getroffen werden, in Israel wie in Vietnam. Anbahnung eines echten Friedens kann man sich heute nach all den Hassausbrüchen der Araber und Russen, die unvermindert anhalten, allerdings nicht vorstellen — doch es haben ernsthafte Gespräche in der UNO-Voll-

versammlung begonnen — da wird auch Israel deutlich reden und vernünftige Vorschläge machen können, vor allem darauf beharren, daß mit den Arabern direkt über Frieden verhandelt werden soll — gehen diese darauf ein, so wäre schon viel gewonnen. Daß die Araber militärisch jetzt und auch sehr lange Zeit nichts erreichen können, wird ihnen klar sein — ebenso daß sie wirtschaftlich und sozial dicht am Nullpunkt liegen — daß die Palästina-Flüchtlinge nach bald zwanzig Jahren Verschleppung endlich angesiedelt werden sollten — gemeinsamer Aufbau mit Israel — neue Bewässerungen mit Jordanwasser — da würden auch die USA kräftig mitwirken können. —

Über eine viertel Million Araber leben seit 1948 friedlich in Israel, und es geht ihnen wirtschaftlich und sozial viel besser als den Volksmassen in arabischen Staaten. Diese Israel-Araber haben auch in diesen stürmischen Kampftagen treu zur Regierung gehalten trotz eifriger Versuche von ringsum, sie aufzuhetzen. Das ist eine wichtige Erfahrung. Auch in den neu besetzten Gebieten arbeiten arabische Behörden gutwillig mit den Israeli zusammen, trotz heftiger Drohungen von ringsum, das sei Verrat und werde furchtbar gerächt werden.

So ist zu hoffen, daß die arabischen Völker selber ihre Kriegshetzer als solche erkennen und nach und nach kaltstellen werden. Möge auch Moskau einsichtig sein und in diesem Sinne mäßigend auf seine Schützlinge einwirken!

Viele Idealisten und Pazifisten sind für Gewaltlosigkeit. Mit der Bergpredigt rufen sie Menschen und Völkern zu: Liebet eure Feinde! Was sagen sie zu dem Geschehen um Israel? Hätte dieses Volk sich kampflos hinmorden lassen sollen?

Leben ist ewige Gegenwart. Seine Sicherung erfordert stete Wachsamkeit und Leistung. Das gilt für Pflanze, Tier und Mensch. Gesundes Leben ist wehrhafte Kraft. Für Mensch und Volk gibt es Wehr auf mancherlei Stufen und von verschiedener Auswirkung. Da läßt sich von Mahatma Gandhi in Indien vieles lernen. Er war im sozialen und politischen Bereich ein Meister klaren Erkennens, tapferen Vollbringens und erfolgreichen Gelingens.

Gandhi gilt als der bekannteste Führer gewaltloser Kampfesweise, wird jedoch von vielen Freunden und Feinden mißverstanden. Er fordert innere Kraft, Opfer und Leistung, Überwindung des triebhaften kleinen „ego". Er weiß, daß nichts geschenkt wird, daß alles Große redlich verdient und erkämpft sein will. Nur verbindet er sein Ringen stets mit Wahrheit und verstehender Güte. Geist überwindet bloße Naturhaftigkeit durch das Wagnis der Tat aus Einsicht.

Kraft ist immer wehrhaft. Wir kennen von Gandhi auch ein wichtiges Wort zur Frage der Gewalt. Er erklärte einmal:

„Lieber mit Gewalt sich gegen ein Unrecht wehren, als aus Feigheit es dulden!"

Es gibt da drei wesentliche Stufen des Verhaltens:

1. Aus Gleichgültigkeit oder Bequemlichkeit, aus Feigheit oder Schwäche ein Unrecht schweigend dulden und sich dadurch mitschuldig machen.
2. Sich gewaltsam aufbäumen gegen ein Unrecht, unter Einsatz von eigenem Gut und Blut, von Freiheit und Leben, um es zu beseitigen.
3. Durch innere Kraft und gütige Klarheit einen Gegner zur eigenen Auflösung des Unrechtes bringen und den bisherigen Feind durch Großmut und Leistung sich zum Freunde machen. —

David hat zu Goliath in der Sprache geredet, die er allein verstehen konnte. Es gab dort praktisch keinen andern Weg. In Notwehr müssen oft auch Verbrecher hart angefaßt werden. Nun wird Israel auch zu einer echten Versöhnung der dritten Stufe, zum Frieden bereit sein. Das bringt ein Soldatenlied von Jossi Gamzu zum Ausdruck, das junge israelische Fallschirmspringer an einer Feier gesungen haben:

O daß alle Liebenden
Zu den Sternen der Nacht
Ihren Blick wenden!
O daß alle Legionen
Zu den Füßen ihrer Liebsten
Die Bajonette senken!

O daß alle Mütter
Mit ihren Tränen schmelzen
Die Batterien der Geschütze!
O daß in allen Gräben
Nichts als Blumen sprießen!

O daß doch alle Schrecken
Zusammenbrechen
Vor unseres Herzens Erinnerung!
O daß der Schlachtgesang
Weicht einem anderen Lied!

Die Kraft, die das Böse wollte, wird in ihren Auswirkungen das Gute schaffen helfen, wie Mephisto in Goethes Faust es ausspricht. Das ist unsere Hoffnung.

Frieden erfordert eine Umwandlung unserer Sozialordnung durch dienendes Geld und soziales Bodenrecht, durch Synthese von Freiheit und Brüderlichkeit.*) In solcher Bitte können West und Ost sich begegnen und vollenden. Hier findet die dritte Stufe ihre Erfüllung. Mutige Wahrheit, furchtlose Güte und tapfere Tat! Sie bringen unserer Erde den Frieden.

Professor Dr. Werner Zimmermann, Bern

*) Siehe auch „Geld und Boden" in Humata-Verlag, Bern – Freiburg – Salzburg 1966

Die keynesianische Revolution

Fortsetzung und Schluß von Folge 59 „Fragen der Freiheit" Seite 13

Die Methode also, welche Keynes als die beste bezeichnet und empfiehlt, um Vollbeschäftigung zu erreichen und dauernd zu erhalten, ist:

Das Senken des Zinsfußes

Der Staat soll eingreifen, das Nötige vorkehren, damit der Zinsfuß immer dem Druck der sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nachgebe, nie ihr Sinken verhindere. Wie soll der Staat dies bewirken? Da die Ursache des Geldzinses, was sein Sinken immer wieder verhindert, die Liquiditätsvorliebe (der Hang zum Geldhorten) ist, so ist das Nächstliegende: der Liquiditätsvorliebe zu Leibe zu rücken, das Geldhorten zu verhindern. Keynes schreibt Kap. 17, 3:

„Jene Reformer, die ein Heilmittel gesucht haben, indem sie das Geld mit künstlichen Durchhaltekosten belegten, z. B. durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen zu vorgeschriebener Gebühr, damit es seine Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel behält, jene Reformer sind *auf der richtigen Spur* gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, betrachtet zu werden."

Das Prinzip, das Geldhorten sei irgendwie zu verhindern, damit alles Einkommen laufend wirksame Nachfrage werde, dieses Prinzip ist richtig, sagt Keynes, damit ist man auf der richtigen Spur. Indessen sind die Vorschläge unbefriedigend, welche bisher Reformer von ihm abgeleitet haben, meint Keynes. So befaßt er sich im Kap. 23, 5 mit demjenigen unter diesen Vorschlägen, der ihm als der bisher beste bekannt ist, dem Stempelgeld von Silvio Gesell, und nachdem er 5 Seiten der Würdigung und Kritik Gesells gewidmet hat, legt er wie folgt die Gründe dar, warum er sein Stempelgeld ablehnt:

„Der dem Stempelgeld zugrunde liegende Gedanke ist richtig (gesund). Es könnte in der Tat gelingen, ihn in bescheidenem Maße in der Praxis anzuwenden. Aber es bestehen viele Schwierigkeiten, denen Gesell nicht entgegentrat. Insbesondere war er sich nicht bewußt, daß nicht allein das Geld mit einer Liquiditätsprämie von Natur aus bevorzugt ist, sondern daß es sich diesbezüglich nur im Grad von vielen anderen Waren unterscheidet, indem seine Bedeutung daher kommt, daß es eine größere Liquiditätsprämie hat als irgendeine andere Ware. Wenn somit den Banknoten durch das Stempel-System die Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten: Bankgeld, Sichtdarlehen (täglich

abrufbare), ausländisches Geld, Edelsteine, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen, und so weiter."

Wenn Keynes hier sagt, daß das Geld seine Bedeutung daher hat, daß es eine größere Liquiditätsprämie hat als irgendein anderer Artikel, so identifiziert er hier den Eigenzins, den der Kap. 17 für die verschiedenen Kategorien Aktiven analysiert, mit der Liquiditätsprämie — aus welcher beim hortbaren Geld der Zins praktisch besteht —, und er wiederholt hier eigentlich den Gedanken, mit welchem er am Schluß von Kap. 17, 2 seine Zinstheorie erweitert. Er schreibt dort:

„Es wird nun deutlich, daß unsere frühere Feststellung, daß es der Geldzinsfuß ist, welcher der Produktionsrate (besser: der Realersparnis — Ed) eine Grenze setzt, nicht ganz richtig ist. Wir hätten sagen sollen: Es ist der Zinsfuß desjenigen Aktivums, der bei einer allgemeinen Zunahme des Bestandes an Aktiven (d. h. der Realersparnis — Ed) am langsamsten sinkt oder nicht sinkt, der letzten Endes die gewinnbringende Erzeugung aller anderen Vermögensbestände unmöglich macht" (und damit ihre Weitervermehrung und das Weitersinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals verhindert — Ed).

Es ist nicht notwendigerweise der Geldzinsfuß, der *die Störung* verursacht. Vielmehr stellen sich *die gleichen Schwierigkeiten* ein, wenn irgendein Aktivum weiter existiert, dessen Eigenzinsfuß bei Zunahme der Produktion (besser: der Realersparnis — Ed) nicht mitsinkt. Es ist z. B. möglich, daß in einem Land mit nicht konvertierbarem (und unhortbarem — Ed) Papiergeld, Gold diese Rolle übernehmen würde."

Bevor wir auf den Fehler in dieser Aussage Keynes' eingehen, wollen wir feststellen, inwieweit sie zutrifft, indem wir sie am genannten Beispiel des Goldes prüfen. Wir nehmen also an, es werde in einem Land mit unhortbarem und in keiner Weise goldgebundenem Geld das Spargeld statt zur Vermehrung des Sachkapitalbestandes zum Kauf und Ansammeln von Gold verwendet, weil die Sparer dies vorteilhafter finden: sie rechnen mit einem steigenden Goldpreis, während die Rendite der Sachkapitalien unter dem Goldzinsfuß (dessen Hauptbestandteil die erwartete Wertzunahme des Goldes ist) bleibt. Der Eigenzins des Goldes verhindert also tatsächlich das Weitersinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter sein Niveau und damit auch die Weitervermehrung des Sachkapitalbestandes.

Dies dauert an, solange die Gewinnung des Goldes hinter der Nachfrage zurückbleibt, so daß sein Preis steigt. Es hört auf, wenn Gold seine Hausseprämie verliert (und dadurch sein Eigenzins unter Null sinkt), weil z. B. seine Gewinnung billiger geworden ist. Dann wird es wieder vorteilhafter,

Sachkapitalien zu erzeugen, und deren Vermehrung dauert an, bis das Sinken ihrer Grenzleistungsfähigkeit durch das Spargut mit dem jetzt höchsten Eigenzins aufgehalten wird. Das Gleiche tritt ein, wenn die Goldgewinnung so stark hinter der Nachfrage zurückbleibt, daß sie zur Deckung derselben trotz überhöhtem Goldpreis nicht mehr genügt, oder wenn sie ganz aufhört. Es ist indessen anzunehmen, daß die Goldgewinnung immer unergiebiger und kostspieliger würde. Ihre Rendite würde nicht unter den Goldzinsfuß fallen können, denn die steigenden Gewinnkosten könnten und würden laufend auf den Goldpreis abgewälzt werden — bis der Goldpreis nur mehr ganz Wenigen erschwinglich ist. Dann aber hätte der Goldzinsfuß seine Wirksamkeit verloren, d. h. könnte die Sachkapitalvermehrung immer weniger verhindern.

Die Betrachtung dieses Beispiels zeigt, daß tatsächlich der höchste Spartgutteigenzinsfuß der Vermehrung der Sachkapitalien und damit dem Sinken ihrer Grenzleistungsfähigkeit eine Grenze setzt, wenn das Geld verhindert wird, diese Rolle zu spielen. Aber es trifft nicht zu, daß er auch gleichzeitig die Vollbeschäftigung drosselt, wie Keynes im soeben zitierten Zusatz zu seiner Zinstheorie meint. Denn das Horten des Spargutes mit dem höchsten Eigenzins bewirkt keine Sörung des Geldkreislaufes, keine Absatzschwierigkeit, weil das Volkseinkommen wirksame Nachfrage bleibt. Das Horten des Spargeldes hingegen reduziert die wirksame Nachfrage, bewirkt, daß weder Sachkapitalien noch Spargüter (Schatzmittel) produziert und gekauft werden. Dadurch verhindert es nicht nur das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sondern auch die Vollbeschäftigung.

Dieser grundlegende Unterschied scheint Keynes entgangen zu sein, denn er schreibt, daß in beiden Fällen „die gleichen Schwierigkeiten sich einstellen", womit offensichtlich Absatzstockung, Depression und Arbeitslosigkeit gemeint sind.

Im zitierten Kap. 23, 5 lehnt Keynes Gesells Vorschlag des Stempelgeldes und „den ihm zugrunde liegenden richtigen Gedanken" mit der Begründung ab, es nütze nichts, „dem Geld die Liquiditätsprämie zu nehmen", um es unhortbar zu machen, weil andere Artikel, wie die von ihm genannten, eine Liquiditätsprämie (Eigenzins) haben, die an deren Stelle treten und die gleichen Störungen und Schwierigkeiten bereiten würden. Bei dem einen dieser Artikel: Gold, haben wir bereits gesehen, daß dies in einem wesentlichen Punkt nicht der Fall ist. Versuchen wir nun festzustellen, ob bei den anderen von Keynes genannten Artikeln die diesen Artikeln „von Natur anhaftende Liquiditätsprämie", wenn die des Geldes beseitigt ist, die gleichen Schwierigkeiten hervorriefe, wie vorher die des Geldes.

An der Spitze seiner Liste nennt Keynes: das Bankgeld. Eine halbe Seite vorher präzisiert er aber: „es ist klar, daß zumindest einige Formen des Bankgeldes gleich behandelt werden müßten wie die Banknoten." Warum? Weil man sonst sein Geld auf Checkkonto legen kann und dabei die Gebühr zum guten Teil umgeht. Es genügt nämlich den Banken, nur einen Bruchteil der bar erhaltenen Sichteinlagen in ihrer Kasse zu behalten. Den größten Teil leihen sie aus („Kreditschöpfung"). Wenn also ihre Kasse z. B. 1/4 ihrer Sichtverpflichtungen (= Checkguthaben ihrer Kunden) beträgt und die Hortungsgebühr 6 % ist, genügt es ihnen, die Checkguthaben ihrer Kunden mit 1½ % Gebühr zu belasten, um die ganze Gebühr, die sie selber auf ihrer Kasse zahlen müssen, abzuwälzen. Die Präzisierung Keynes' ist also richtig, daß für Checkguthaben die Behandlung gleich, d. h. die Gebühr gleich hoch sein müßte, wie für die Banknoten.

Wenn man nun vom Bankgeld die Checkguthaben ausschließt, verbleiben die Spartguthaben.

1. Die Sparguthaben bei den Banken. Um die Hortungsgebühr zu umgehen, der Bargeld und Buchgeld unterliegen, würde man also erspartes Einkommen auf Sparkonto legen, d. h. der Bank ausleihen. Es ist klar, daß wenn ihrerseits die Banken dieses Geld laufend weiter ausleihen, der Zweck der Hortungsgebühr erreicht ist. Nun: Man nimmt als selbstverständlich an, daß die Banken bestrebt sind und im Fall der Gebühr noch mehr bestrebt sein werden, das erhaltene Geld so rasch als möglich wieder auszuleihen, um die Gebühr möglichst zu vermeiden. Diese allgemeine Annahme wird aber durch die Erfahrung widerlegt. Wenn Banken viel Geld haben, könnten sie immer Borger dafür finden, wenn sie ihnen nur den Zins genügend senken. Das tun sie aber nicht mehr, wenn der Zins das ihnen kritisch erscheinende Niveau erreicht hat, sondern vereinbaren unter sich den Geldstreik. Statt den Unternehmern den Zins zu senken, (damit sie wieder borgen und investieren können) und den Einlegern auch den Zins entsprechend zu senken, ziehen sie es vor, wenn keine andere Möglichkeit wie z. B. Auslandsdarlehen etc. mehr besteht, eine Zeit lang einen Zinsverlust auf gehortetem Geld zu tragen, eben bis infolge ihres Geld- und Kreditstreiks die Marktlage so ist, daß die Unternehmer wieder in der Lage sind oder glauben, höhere Zinsen zahlen zu können. Offensichtlich standen und stehen die maßgebenden Banken unter dem Einfluß von Kreisen, die daran interessiert sind, das Sinken des Zinsfußes und der Kapitalrendite zu verhindern.

Die Frage ist nun, ob die Banken auch im Fall der Hortungsgebühr das Geld horten könnten. Sie könnten es, wenn sie erwarten dürfen, daß sie lange genug durchhalten können und daß ihr Geldstreik nicht durch die Konkurrenz der Zentralbank gebrochen wird. Bei einer Hortungsgebühr von 6 % jährlich, wie sie Gesell vorschlug, wäre es denkbar, daß sie glauben durchhalten zu können und es darauf ankommen lassen. In diesem Fall müßte also die Notenbank z. B. entweder die Gebühr drastisch erhöhen, vorübergehend, oder eine energische Zinssenkungspolitik einleiten, welche durch Konkurrenzieren der Banken, auch mit langfristigen Darlehen, deren Geldhortung brechen würde. Wenn durch Inaussichtstellen solcher oder anderer wirksamer Maßnahmen die Banken überzeugt werden, daß der Zinsfuß nicht mehr steigen wird, dann werden sie sich nicht länger einem Weitersinken widersetzen.

Es ist also möglich, daß im Fall der Hortungsgebühr Spareinlagen bei den Banken gehortet werden, aber nicht durch die Einleger sondern durch die Banken, so daß es sich nicht um ein Horten von Spareinlagen sondern von Geld handelt. Nur scheinbar haben da die Spareinlagen die Stelle des Geldes übernommen. Sie sind also keine Geldersatzmittel, deren Horten für die Wirtschaft die schädlichen Folgen des Geldhortens hätte, vorausgesetzt, daß verhindert wird, daß diese Gelder von den Banken gehortet werden.

2. Die Sicht- und kurzfristigen Darlehen (an Nichtbanken). Um die Hortungsgebühr zu umgehen, würde man sein Geld auf Sicht oder kurzfristig ausleihen, direkt an Unternehmer und sonstige Interessenten. Wird sich das lohnen? Erstens ist der Zins auf Sichtgeld viel niedriger als auf Darlehen mit längerer Laufzeit (und ein vermehrtes Angebot solchen Geldes würde diesen niedrigen Zinsfuß noch mehr drücken). Zweitens, je kürzer die Kündigungsfrist, um so größer ist für den Borger die Gefahr, daß er die Gebühr zahlen muß. (Der Leiher würde natürlich erst nach Gebührenerhebung künden.) Er wird auf das Geschäft nur eingehen, wenn der Ausleiher einen um so größeren Anteil der Gebühr übernimmt. Mit Rücksicht auf diese beiden Punkte wird der Ausleiher kaum auf seine Rechnung kommen und bald erkennen, daß solche kurzfristigen Darlehen keine Ausweichmöglichkeit sind.

3. Das ausländische Geld. Wenn ich mein Geld gegen ausländisches wechsle, um es zu horten, dann muß der ausländische Käufer meines Geldes die Hortungsgebühr tragen. Es ist klar, daß er sie bald im Kurs einrechnen wird. Ich werde sie also selber im höheren Kurs des fremden Geldes zahlen, und dann lohnt sich die Operation für mich als gewöhnlich Sterblichen nicht, und ich werde davon absehen. Anders kann es für Banken sein, wenn für sie die vorhin erwähnte Überlegung in Frage kommt. Könnte dann ein Kaufen und Horten ausländischer Devisen durch die Banken die Wirtschaft in eine Depression stürzen?

Es könnte das, wenn das Ausland das von uns gekaufte Geld horten würde. Mit Rücksicht auf die Hortungsgebühr ist kaum anzunehmen, daß es dies tun wird, und je länger (d. h. mit sinkendem Zinsfuß) um so weniger. Wenn wir aber feste, am Gold gebundene Wechselkurse haben und das Ausland mit unserem Geld nichts Besseres anzufangen weiß, als es bei unserer Zentralbank in Gold einzulösen, so nehmen unsere Währungsreserven ab und das zwingt wegen der Golddeckungsvorschriften die Zentralbank zur Einschränkung ihrer Geldemission d. h. zur Deflationspolitik (mit oder ohne Stützungsanleihe beim IWF, wie das Beispiel England zeigt).

Vor allem aber braucht der Kapitalist (privater oder Bank) ausländische Devisen nicht zu Hortungszwecken zu kaufen; er kann sie zwecks Kapitalanlage kaufen, und tut es meistens aus diesem Grund. Es ist nun gleichgültig, ob die massiven Käufe ausländischen Geldes zwecks Hortung oder zwecks Kapitalanlage erfolgen. Bei festen Wechselkursen wird das Ausland unser Geld bei unserer Zentralbank in Gold einlösen und die Folge wird die Depression bei uns sein. Nur bei freien oder flexiblen Wechselkursen wird dies nicht der Fall sein, denn dann führt diese „Kapitalflucht" zu einem Sinken des Kurses unseres Geldes und damit zur Stimulierung unseres Exportes. Das Ausland kauft bei uns Waren oder Investitionen mit dem von unseren Kapitalisten erworbenen Geld. Das von diesen gewechselte, d. h. ans Ausland verkaufte Geld ist durch den freien Wechselkurs unserer Wirtschaft als wirksame Nachfrage erhalten geblieben.

Der Einwand des ausländischen Geldes trifft also nur im Falle fester, goldgebundener Wechselkurse zu. Da Keynes aber von jeher der große Gegner der Bindung des Geldes an das Gold gewesen ist, und er die Aufhebung dieser Bindung voraussetzen muß (bzw. ihre Möglichkeit), fällt dieser Einwand dahin.

Bei den drei bis hierher betrachteten Artikeln (Sparguthaben bei Banken, Sicht- und kurzfristige Darlehen an Nichtbanken, und ausländisches Geld) kann also kaum davon die Rede sein, daß ihre Liquiditätsprämie (genauer gesagt: ihre Eigenzinssätze) die Rolle derjenigen des Geldes übernimmt, wenn diese ausfällt. Denn sie vermögen weder die Sachkapitalvermehrung, noch die Vollbeschäftigung zu verhindern.

4. Die Edelsteine und die Edelmetalle. Hier ist es etwas anders. Wir haben bereits am Beispiel Gold (Kap. 17, 2) festgestellt, daß der Eigenzinsfuß solcher Artikel zwar die Vollbeschäftigung nicht antasten kann wenn das Geld unhortbar und in keiner Weise an einen solchen Stoff gebunden ist, daß er aber die Vermehrung der Sachkapitalien und das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals verhindert, sobald letztere sein Niveau erreicht. Diese kann nur dann weitersinken, wenn die Produktion dieser Artikel nicht mehr hinter der Nachfrage zurückbleibt oder wenn sie praktisch aufhört.

5. Der Boden. Dies ist das letzte Beispiel, das Keynes im gleichen Kap. 23, 6 nennt, und das er bereits in Kap. 17, 5 wie folgt anführt:

„Es ist denkbar, daß es Zeiten in der Geschichte gegeben hat, in denen das Verlangen nach dem Besitz von Land, ohne Rücksicht auf sein Erträgnis, die gleiche Rolle zur Haltung des Zinsfußes auf einem zu hohen Niveau gespielt hat, wie das Geld in neueren Zeiten."

Fragen wir zuerst: Vermag das Horten von Boden die Vollbeschäftigung zu verhindern? Wir müssen antworten: Nein. Es könnte zwar dazu führen, wenn das Spargeld, womit der Boden gekauft wird, gehortet würde; aber dann wäre nicht die Bodenhortung, sondern die Geldhortung daran schuld. Auch wenn das Spargeld zur Gewinnung neuen Bodens investiert wird, kann das die Vollbeschäftigung nicht gefährden.

Fragen wir weiter: Kann das Horten von Boden die Vermehrung des Sachkapitals und damit das Sinken seiner Grenzleistungsfähigkeit verhindern? — Damit es das kann, müßte alles Spargeld praktisch in die Gewinnung neuen Bodens investiert werden. Bevor aber dieser Fall eintritt, wird man gezwungen worden sein, Bodenhortung zu verunmöglichen. Keynes meint nun, die vermehrte Nachfrage nach Boden treibe den Geldzins hoch. Wie soll sie das können? Sie treibt die Bodenpreise in die Höhe, und damit die Grundrente, aber dabei wird der Geldzinsfuß nicht berührt! Der Einwand des Bodens dürfte also hinfällig sein.

Soweit Keynes' Liste der sich einer Liquiditätsprämie (Eigenzins) erfreuenden Artikel (Schatzmittel), die angeblich „in die Fußstapfen des Geldes treten würden, wenn diesem seine Liquiditätsprämie genommen würde." Was hat die Prüfung dieser Liste gezeigt? Zusammenfassend folgendes:

1. Keiner dieser Artikel hat eine Liquiditätsprämie (Eigenzins), welche — wenn sie diejenige des Geldes (den Geldzins) ablöst — die Vollbeschäftigung verhindern kann.

2. Nur Artikel wie die Edelmetalle haben, solange die Wertsteigerung, die sie versprechen (a) höher ist als ihre Haltekosten (c), oder solange sie erschwinglich sind, einen Eigenzins, dessen Höhe der Vermehrung der Sachkapitalien und dem Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die Grenze setzt, wenn der Geldzins ausfällt.

Die 1. Feststellung dürfte genügen, um den Schluß zu gestatten, daß der Einwand Keynes' gegen Gesells Vorschlag, das Geld unhortbar zu machen, unberechtigt und unhaltbar ist. Denn wenn, indem man das Geld unhortbar macht, verhindert wird, daß die Vollbeschäftigung zyklisch oder chronisch durch das Geld unterbunden wird, so kann man wahrlich nicht sagen, es nütze nichts.

Es bleibt aber die 2. Feststellung übrig, welche das Zutreffende am Einwand Keynes' (bzw. an seiner Folgerung am Ende von Kap. 17. 2) darstellt, nämlich die Tatsache, daß wenn das Geld unhortbar gemacht wird, die Spargelder verwendet werden zum Produzieren und Horten von Gold und dergleichen Artikeln mit positivem Eigenzins, wodurch die Vermehrung des Sachkapitals und das Sinken seiner Grenzleistungsfähigkeit auf praktisch Null verhindert wird. Welche Bedeutung kommt dieser Tatsache zu?

Keynes selber scheint ihr keine große Bedeutung beigemessen, sondern angenommen zu haben, daß der Eigenzinsfuß dieses Schatzmittels entweder sehr tief ist, oder verhältnismäßig rasch von selbst verschwinden, oder leicht zu neutralisieren sein würde, denn er schreibt Kap. 16. 4:

„Nehmen wir an, daß Schritte zur Sicherung der Vereinbarkeit des Zinsfußes mit derjenigen Rate der Investition unternommen werden, die der Vollbeschäftigung entspricht (d. h. daß dafür gesorgt wird, daß der Zinsfuß das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nie verhindere — Ed) . . . so schätze ich, daß ein mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen . . . in der Lage sein sollte, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf *ungefähr Null* herunter zu bringen . . ." (siehe auch die Fortsetzung dieser Stelle und diejenige aus Kap. 24. 2, die wir weiter oben zitiert haben).

Nach diesen Äußerungen zu schließen, scheint Keynes die Gefahr, daß bei Verhindern der Geldhortung das Horten von Artikeln mit positivem Eigenzins das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf fast Null verhindern würde, als unbedeutend eingeschätzt zu haben. Aber trotzdem: der Umstand, daß Gesells Methode der Zinssenkung mittels Verhinderung der Geldhortung (Stempelgeld) nicht vermag, den Eigenzins der Schatzmittel zu neutralisieren und die Sachkapitalvermehrung bis zur Sättigung

zu ermöglichen, dieser Umstand könnte doch der eigentliche Grund gewesen sein, warum Keynes diese Methode Gesells ablehnte. Denn aus diesem Umstand folgerte er irrtümlich, wie wir gesehen haben, daß sie auch die Vollbeschäftigung nicht erhalten kann, bzw. die „Schwierigkeiten" nicht beseitigen kann.

III. Keynes' praktisches Rezept: ein problematischer Kompromiß

Kurz bevor er seine Ablehnung der Gesellschen Methode begründet, sagt Keynes:

„Gesell hatte seine Theorie, obschon unvollständig, doch weit genug entwickelt, um eine praktische Empfehlung aus ihr ableiten zu können, die das Wesen dessen, was notwendig ist, in sich tragen dürfte, wenngleich sie in der von ihm vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist."

Wie wir oben gesehen haben, ist nach Keynes „das Wesen dessen, was notwendig ist," eine Methode, die den Geldzins zwingt, immer dem Druck der sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nachzugeben (bis auf fast 0 %). Als eine solche Methode schlägt Keynes nun vor, an Stelle jener Gesells *die unwiderrufliche Zinssenkungs- (oder Billiggeld-) Politik* der Notenbank durch Unterbieten des Spargeldes bis auf den langfristigen Kapitalmarkt.

Wenn die Notenbank, durch Vermittlung des Bankensystems oder direkt (falls dieses ablehnt) laufend den Unternehmern kurz- und vor allem langfristige Darlehen bzw. Kredite gewährt, zu einem ihnen annehmbaren Zinsfuß, d. h. immer etwas niedriger als die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (sie senkt einfach ihre Zinsskala immer soviel als nötig, um Vollbeschäftigung zu erhalten), dann ist ihre Konkurrenz absolut. Wenn sie verkündet hat, daß diese Politik unwiderruflich ist und daß sie dem Zinsfuß nie mehr zu steigen gestatten werde, so wird die Liquiditätsvorliebe aus Spekulations- oder Furchtmotiv verschwinden und Geldhortung unterbleiben. Das Spargeld wird gezwungen, sich mit dem von der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals via Notenbank anerbotenen Zins zu begnügen. Diese Methode tut also nichts anderes, als „dem Geld die Liquiditätsprämie zu nehmen", schrittweise. Man kann sie also ebensogut nennen: eine Methode, um dem Geld die Liquiditätsprämie zu nehmen, und Gesells Methode des Stempelgeldes (von der Keynes sagt, sie nehme dem Geld die Liquiditätsprämie): eine Zinssenkungsmethode.

Ist nun Keynes' Zinssenkungspolitik wirklich so viel besser als die Methode Gesells (direkte Verhinderung der Geldhortung), führt sie so viel näher zum Ziel, daß sie unbedingt dieser Methode vorzuziehen ist?

Die Wirkung und Wirksamkeit beider Methoden ist die gleiche bis zu dem Zeitpunkte, da sie den Geldzins auf das Niveau des Grenzschatzmittel-Zinses gesenkt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt mag Keynes' Methode tatsächlich die elegantere sein. (Die Gefahr, daß sie eine Inflation verursachen könnte, ist bis da gering, vorausgesetzt, daß sie richtig eingeleitet und konsequent durchgeführt wird.) Von diesem Zeitpunkt an wird es aber anders. Da beginnt das Spargeld zum Kauf und Horten des Grenzschatzmittels verwendet zu werden, und dieses Ablenken des Spargeldstromes von der genügenden Investition (= Sachkapitalvermehrung) verhindert das Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Dagegen ist Gesells Methode machtlos. Nicht so Keynes' Zinssenkungspolitik: sie vermag die Weitervermehrung des Sachkapitals und damit das Weitersinken seiner Grenzleistungsfähigkeit zu ermöglichen, aber um den Preis der Inflation, denn diese Sachkapitalvermehrung wird mit neu von der Notenbank emittiertem billigem Geld (statt mit Spargeld) finanziert. Man könnte zwar dieser Inflation das Odium der Ungerechtigkeit nehmen, indem der Staat für alle Verträge die Indexklausel vorschreibt. Aber trotzdem: es bleiben andere Nachteile der Inflation übrig, die nicht zu beseitigen wären.

Sobald also der Geldzins das Niveau des Eigenzinses des Grenzschatzmittels unterschreitet, stellt die laufende Verwendung des Spargeldes zum Kauf und Horten dieses Schatzmittels die Notenbank vor die Alternative:

entweder auf das Senken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter das Niveau des Schatzmittelzinses zu verzichten,

oder die Inflation in Kauf nehmen (mit Kaufkraftsicherung durch gesetzlich obligatorische Indexklausel), um der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals durch Zinssenkungspolitik das Weitersinken zu ermöglichen.

Da ist das Nächstliegende, zu versuchen, dem Grenzschatzmittel den Eigenzins zu nehmen, wie vorher dem Geld die Liquiditätsprämie. Wir haben schon gesehen, daß dieser Eigenzins sinkt, wenn man damit rechnen muß, daß das Angebot dieses Schatzmittels in Zukunft die Nachfrage laufend wird voll decken können (z. B. weil ergiebigere Produktionsmethoden dafür gefunden wurden), so daß es seine Hausse-Prämie verliert, oder wenn im Gegenteil seine Produktion aufhört und es unverkäuflich geworden ist. Wenn aber weder das eine noch das andere zu erwarten ist, so könnte der Staat, z. B. durch entsprechende Besteuerung des übermäßigen Besitzes an solchem Schatzmittel dessen Eigenzins auf oder unter Null senken und damit dessen Horten verhindern.

Nachdem das Hindernis des Grenschatzmittelzinses auf eine dieser Arten beseitigt wäre, würde der Geldzins weiter sinken, bis er gerade noch Risiko-

Prämie + Bequemlichkeitsprämie (und für die Kreditnehmer: + Vermittlungsspesen) deckt. Zu diesem Zeitpunkt würde dann die vorherige Alternative sich wieder stellen: entweder auf das Weitersinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals verzichten, oder die Inflation (indexgesichert) in Kauf nehmen. Aber diesmal würde sie sich nur der Zinssenkungspolitik stellen; denn mit einer Methode, welche wie diejenige Gesells das Geldhorten direkt verhindert, kann die Senkung des Geldzinses bis auf 0 % (und sogar darunter) fortgesetzt werden, und damit auch diejenige der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals.

Soweit gehen Keynes' Überlegungen in seiner „Allgemeinen Theorie" allerdings nicht. Er sieht nur, daß Gesells Methode nicht vermag, das Grenzschatzmittel daran zu hindern, die Sachkapitalvermehrung aufzuhalten, und glaubt sogar zu Unrecht, daß die Vollbeschäftigung dadurch unterbunden werde. Weil die Zinssenkungspolitik das Hindernis, welches das Grenzschatzmittel der Vermehrung des Sachkapitalbestandes (und wie er meint: auch der Vollbeschäftigung) entgegenstellt, überrennt, zieht er sie vor und verwirft Gesells Methode. Sie befriedigt ihn aber nicht ganz. Er sagt (Kapitel 24, 3):

„Es scheint unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß für sich allein genüge, um eine optimale Investitionsrate zu bestimmen." (Die Gründe hat er vorher in Kap. 15, 3 und 16, 3 genannt.)

Und weil ihm diese Zinssenkungspolitik für sich allein ungenügend erscheint, sieht er sich gezwungen, sie durch andere Mittel zu ergänzen. Er zieht dabei alle anderen aus seiner Theorie sich ergebenden Mittel in Erwägung, ausgenommen die antisozialen Ausgaben und Investitionen und die staatliche Investition in den Produktionssektor.

Zusammengefaßt ergibt das folgendes Rezept:

1. radikale und konsequente Zinssenkungs- (Billiggeld-) Politik, ergänzt durch
2. Sozialisierung der Investition und
3. Stimulierung des Konsums.

Die Sozialisierung der Investition (Kap. 24, 3)

Keynes versteht darunter, daß der Staat denjenigen Teilbetrag des Volkseinkommens bestimmen soll, der insgesamt investiert, d. h. zur Sachkapitalvermehrung eingesetzt werden soll, und daß er die öffentliche und private Investition organisieren soll, jedoch ohne Überführung der Erzeugungsmittel in seinen Besitz. Denjenigen Teil der zu investierenden Mittel, der für

öffentliche Investition und Ausgaben eingesetzt werden soll (für öffentliche Arbeiten, öffentliche Unternehmungen, sozialen Wohnungsbau etc.), bestimmt der Staat durch kurz- und langfristige Planung, je nach Bedarf und Umständen, und er kann sich diese Mittel auf folgende Arten beschaffen:

a) mittels vermehrter Besteuerung der großen Einkommen,

b) mittels Anleihen

c) wenn nötig: durch Beanspruchung der Notenbank(auch wenn dies eine allgemeine Preissteigerung zur Folge hat, denn eine solche Preissteigerung wäre, nach Keynes, durch das Steigen der Einkommen kompensiert, solange die Investition die Rate nicht übersteigt, die gnügt, um Vollbeschäftigung zu garantieren — Kap. 10, 2).

Was den Teil der Mittel anbelangt, der in die private Investition eingesetzt werden soll, so ist es wichtig zu wissen, nicht so sehr wie der Staat ihn festsetzt, als wie er es fertig bringt, daß diese Mittel von ihren derzeitigen Besitzern (den privaten Kapitalisten und ihren Treuhändern: den Banken) den investitionslustigen Unternehmern ausgeliehen werden, namentlich wenn der kritische Moment kommt, da die Liquiditätsvorliebe ihre Falle öffnet. Darüber sagt aber Keynes nichts.

Weil es ihm unwahrscheinlich scheint, daß die Zinssenkungspolitik allein genüge, ergänzt sie Keynes durch die „Sozialisierung der Investition" und er glaubt, daß diese ohne Überführung der Produktionsmittel in Staatsbesitz möglich sei, gerade weil sie von der Zinssenkungspolitik begleitet ist. Aber wenn, wie Keynes befürchtet, diese Zinssenkungspolitik an sich nicht genügt, sondern nur bis zu einem gewissen Punkt wirksam ist, genügt sie dann, um die Sozialisierung der Investition zu ermöglichen, ohne daß dabei der Staat in die Produktion als Unternehmer und Eigentümer investiert? Ist nicht zu befürchten, daß in der kritischen Phase der Staat doch dazu gezwungen wird, selbst diejenige Investition vorzunehmen, die er dem privaten Sektor zugeteilt hatte? Es bedarf sehr der Untersuchung, ob dieser Weg nicht unweigerlich zur zunehmenden Verstaatlichung bis in den Produktionssektor hinein führt. Gerade das will aber Keynes vermeiden.

Die Begründungen Keynes' für seine Empfehlung der „Sozialisierung der Investition" sind nicht überzeugend.

Keynes führt einen weiteren Grund an, warum er die Sozialisierung der Investition als unumgänglich ansieht:

Wie wir früher schon sahen, bewirken Sparen und technischer Fortschritt ein Sinken der Rendite und der Aussichten auf Rendite (Grenzleistungsfähigkeit

des Kapitals). Im Konjunkturzyklus erfolgt letzteres aber plötzlich. So sagt Keynes im Kap. 22, 2:

„. . . eine typischere und oft vorherrschende Erklärung der Krise ist primär nicht eine Erhöhung des Zinsfußes, sondern ein plötzlicher Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals . . . Ein ernstliches Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hat leider die Neigung, den Hang zum Verbrauch zu dämpfen; denn es bringt einen starken Kursrückgang der Börsenpapiere mit sich. Eine „börsenbewußte" Bevölkerung, wie heute in den USA, wird in ihrer Bereitschaft zur Geldausgabe noch mehr durch das Steigen und Sinken im Wert ihrer Investitionen beeinflußt als durch die Höhe ihres Einkommens. Für sie kann ein steigender Wertpapiermarkt geradezu eine wesentliche Bedingung für einen befriedigenden Hang zum Verbrauch sein. Ein fallender Wertpapiermarkt hingegen übt natürlich auf sie einen sehr bedrückenden Einfluß aus und dämpft ihren Hang zum Verbrauch" (fallende Börsenkurse bedeuten steigenden Zins. Erwartung steigenden Zinses verstärkt die Liquiditätsvorliebe, wie wir sahen).

„Während der absteigenden Konjunkturphase, wenn sowohl festes Sachkapital als auch Warenvorräte überreichlich sind und das Betriebskapital vermindert wird, kann die Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so tief fallen, daß sie kaum durch irgendwelche durchführbare Senkung des Zinsfußes so korrigiert werden kann, daß eine befriedigende Rate neuer Investitionen gesichert wird. Mit Börsen wie sie gegenwärtig organisiert und beeinflußt sind, mag somit die Marktschätzung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so gewaltig schwanken, daß sie durch entsprechende Anpassungen des Zinsfußes nicht genügend stabilisiert werden kann. Wie wir oben gesehen haben, können die entsprechenden Bewegungen am Wertpapiermarkt überdies den Hang zum Verbrauch reduzieren, gerade wenn er am meisten benötigt wird. In Zuständen des Laissez-faire kann sich daher die Vermeidung großer Schwankungen in der Beschäftigung ohne eine weitgehende Änderung in der Psychologie der Investitionsmärkte — die zu erwarten wir keinen Grund haben — als unmöglich erweisen. Ich folgere, daß das Bestimmen des laufenden Investitionsvolumens nicht privaten Händen überlassen werden kann."

Keynes übersieht hier, daß, wenn die Zentralbank sich feierlich zu einer unwiderruflichen Zinssenkungspolitik bekannt und verpflichtet hat, der bisherige Zustand des Laissez-faire nicht mehr besteht. Wenn nämlich keine Aussicht besteht, daß der Zinsfuß je wieder nennenswert steigen wird, wird der Hauptgrund für die bisherigen großen Schwankungen an der Börse verschwunden sein, vor allem für die Kursstürze, die sowohl den Hang zum Verbrauch wie die Investitionsneigung reduzieren, d. h. die Liquiditätsvorliebe (Hang zum Geldhorten) steigern.

Die Begründung Keynes für seine Empfehlung der „Sozialisierung der Investition" sind also nicht überzeugend. Wie wir vorhin sahen, führt die Zinssenkungspolitik, wenn sie konsequent durchgeführt wird, für sich allein schon ein gutes Stück voran. Weiter kann ihr keine „Sozialisierung der Investition" helfen, sondern nur die angedeuteten Mittel.

Die weitere Maßnahme, die Keynes zur Unterstützung der Zinssenkungspolitik empfiehlt, ist: *die Stimulierung des Konsums.*

Vollbeschäftigung hängt davon ab, daß die Summe „Konsum + Investition" genügend hoch sei — und das ist sie, wenn sie gleich ist dem ganzen Volkseinkommen, aus dem beide in der Hauptsache bestritten werden, weil es auch Ausgaben vor allem für Investition gibt, die nicht vom Einkommen bestritten, sondern von der Kreditschröpfung der Banken finanziert werden. (1. Satz unserer Zusammenfassung der Allgemeinen Theorie). Nun sagt Keynes: Wenn die Investition ungenügend ist (Unterbeschäftigung) und man sie nicht genügend vergrößern kann, um Vollbeschäftigung zu sichern, muß man den Konsum entsprechend verstärken.

Die Zinssenkungspolitik, indem sie das Kapitaleinkommen zugunsten der Arbeitseinkommen, d. h. der großen Masse der kleinen und kleineren Einkommen senkt, trägt schon dazu bei, den Konsum zu heben (denn das Sparen und Investieren nimmt erst von einer gewissen Einkommenshöhe prozentual nennenswert zu). Keynes empfiehlt nun, diese Entwicklung noch dadurch zu verstärken, daß der Staat die großen Einkommen (aus denen ja der Investitionsausfall kommt) anzapft, um den Konsum der kleinen Einkommensbezüger zu steigern. Er empfiehlt, durch verstärkte Progression die Steuern auf die großen Einkommen zu erhöhen und den dadurch erzielten Steuermehrbetrag in Form von Sozial-Leistungen oder durch Steuerermäßigung für die kleinen Einkommen dem Konsum zugute kommen zu lassen.

Betrachtet Keynes diese „Stimulierung des Konsums" als notwendige, unumgängliche Ergänzung der Zinssenkungspolitik und der Sozialisierung der Investition? Wir zitieren aus Kapitel 24, 4:

„Es mag zweckmäßig sein, hier ein Wort über die wichtigen Gedankenrichtungen zu sagen, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus die Ansicht vertreten, daß die chronische Neigung zeitgenössischer Volkswirtschaften zur Unterbeschäftigung auf Unterkonsum zurückzuführen ist . . . Unter den bestehenden Voraussetzungen, da das Investitionsvolumen nicht geplant und nicht kontrolliert, sondern den Launen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals . . . und einem langfristigen Zinsfuß unterworfen ist, der selten oder nie unter ein konventionelles Niveau sinkt, haben diese Schulen als Wegweiser einer praktischen Politik ohne Zweifel recht. Denn unter solchen Voraussetzungen

gibt es kein anderes Mittel, das Durchschnittsniveau der Beschäftigung auf ein befriedigenderes zu heben, als den Verbrauch zu vergrößern. Wenn es materiell unmöglich ist, die Investition zu vergrößern, gibt es offensichtlich kein anderes Mittel zur Sicherung eines höheren Beschäftigungsniveaus . . . Mich selber beeindruckten die großen sozialen Vorteile einer Vermehrung des Sachkapitalbestandes, bis er aufhört, knapp zu sein. Dies ist aber ein vom praktischen Standpunkt aus gegebenes Urteil, keine theoretische Forderung.

„Überdies würde ich ohne weiteres zugeben, daß man am weisesten verfährt, wenn man auf beiden Fronten gleichzeitig vorgeht. Nebst der Zielsetzung einer sozial kontrollierten Investitionsrate, welche die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals allmählich zum Sinken bringen soll, würde ich gleichzeitig jede Politik zur Verstärkung des Hanges zum Konsum unterstützen. Denn es ist unwahrscheinlich, daß mit dem bestehenden Hang zum Konsum Vollbeschäftigung erhalten werden kann, was immer wir auch in Sachen Investition tun mögen."

Die im letzten Satz von Keynes ausgesprochene Ansicht ist falsch. Abgesehen davon, daß sie seine Vorschläge zur Sicherung der notwendigen Investition, den Hauptvorschlag der Zinssenkungspolitik und den Ergänzungsvorschlag der Sozialisierung der Investition bedenklich entwertet, widerspricht sie direkt seiner „Allgemeinen Theorie". Denn: wenn durch Verhinderung der Geldhortung (gleichgültig wie) das Investitionsvolumen gesichert ist, ist nicht einzusehen, warum es noch nötig sein sollte, den Hang zum Konsum zu verstärken. Diese Ansicht Keynes' ist sicher dadurch zu verstehen, daß sie unter dem Eindruck der Krisennot entstanden ist. Sie ist aber die Folge seines Fehlurteils über Gesells Geldhortungsgebühr und seines dadurch veranlaßten Verzichts, die Lösung „auf der richtigen Spur" weiter zu suchen. In ähnlichem Sinne äußert er sich in Kap. 24, 2:

„Wir müssen erkennen, daß nur die Erfahrung zeigen kann, inwieweit der in der Politik des Staates verkörperte allgemeine Wille auf die Stärkung und Unterstützung der Investitionsneigung gerichtet werden sollte, und inwieweit es zur Sicherheit nötig ist, den Durchschnittshang zum Konsum zu stimulieren, ohne auf unser Ziel zu verzichten, dem Kapital innerhalb einer oder zwei Generationen seinen Knappheitswert zu entziehen."

Bei Keynes' 1. Ergänzungsvorschlag: Sozialisierung der Investition, haben wir bereits gesehen, wie groß die Gefahr ist, daß dieser Vorschlag bis in die Verstaatlichung der Produktion führe. Beim 2. Ergänzungsvorschlag: Stimulierung des Konsums, sehen wir wiederum, wie groß die Gefahr ist, daß er in die Manipulierung des Menschen durch den Staat führe. Solange es sich um eine Stimulierung des Konsums durch die genannten steuerlichen Maß-

nahmen zwecks Umverteilung des Einkommens handelt, muß natürlich diese Gefahr noch nicht bestehen. Aber die Begründung „Stimulierung des Hangs zum Konsum" ist an sich falsch und klingt eindeutig dirigistisch. Die Aufgabe des Staates in der Wirtschaft besteht darin, dafür zu sorgen, daß das ganze Volkseinkommen wirksame Nachfrage werde, daß kein Teil desselben gehortet werde. Wenn er diese Aufgabe erfüllt, braucht er sich nicht darum zu kümmern, in welchem Verhältnis der private Sektor konsumieren und investieren soll. Es bleibt ihm nur, diejenigen für die Gemeinschaft nötigen Investitionen zu machen, welche vom privaten Sektor nicht gemacht werden oder nicht gemacht werden sollen.

Das weiß Keynes ganz genau, und es ist kein Lippenbekenntnis, sondern kommt aus tiefster, angeborener freiheitlicher Überzeugung, wenn er schreibt (Kapitel 24, 3):

„Ich stimme mit Gesell überein, daß das Ausfüllen der Lücken in der klassischen Theorie nicht dazu führen soll, das Manchester System zu verwerfen, sondern den Rahmen zu bestimmen, den das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Produktion verwirklichen soll", d. h. wenn Unterbeschäftigung und Kapitalknappheit beseitigt werden sollen, damit Tauschgerechtigkeit allen gleiche Möglichkeiten zu freier Betätigung und Entfaltung garantiere.

Das Stimulieren des Hangs zum Konsum hat aber mit der Bestimmung des genannten Freiheitsrahmens nichts mehr zu tun. Dieser 3. Vorschlag Keynes' ist daher in seiner Begründung eine schwer verständliche Entgleisung. Keynes meint, mit seinen drei skizzierten Vorschlägen jenen Rahmen gegeben zu haben und fährt fort:

„. . . Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus sich immer noch auswirken können. Halten wir einen Augenblick ein, um sie uns zurückzurufen. Sie sind teilweise Vorteile der Leistungsfähigkeit — die Vorteile der Dezentralisation und der Betätigung des Eigeninteresses. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit, die sich aus Dezentralisation der Entscheidungen und der persönlichen Verantwortung ergibt, ist vielleicht noch größer als das 19. Jahrhundert annahm . . . Vor allem aber ist der Individualismus, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit, in dem Sinne, daß er im Vergleich zu anderen Systemen das Feld der persönlichen Entscheidungs- und Wahlfreiheit stark erweitert. Er ist auch der beste Garant für die Mannigfaltigkeit des Lebens, die gerade aus diesem weiten Feld der persönlichen Wahlfreiheit hervorgeht

und deren Verlust der größte aller Verluste des Einheits- oder totalitären Staates ist . . . Diese Mannigfaltigkeit ist, als Magd sowohl der Erfahrung als auch der Tradition und der Phantasie, das mächtigste Mittel zu einer besseren Zukunft."

Wenn der Staat anfängt, den Hang zum Konsum mit fiskalischen Maßnahmen zu manipulieren, wie dies Keynes als unumgänglich ansieht, und in die Produktion zu investieren und zu wirtschaften, was Keynes zwar nicht will, wozu aber seine Sozialisierung der Investition zwangsläufig führen dürfte, dann ist der Schritt von der Markt- zur Zentralverwaltungswirtschaft bereits getan. Denn wenn der Staat am Manipulieren Gefallen gefunden hat, und das hat er bald, wird ihm nicht einfallen, die von Keynes als Hauptinstrument empfohlene Zinssenkungspolitik ernsthaft zu verfolgen und zu vervollkommnen, da sie doch sein Manipulieren immer mehr überflüssig machen würde. Dann ist es in diesem Rahmen nicht mehr gut bestellt mit dem Feld zur Betätigung der privaten Initiative und Verantwortung, dem Feld der persönlichen Wahlfreiheit, Garant der Mannigfaltigkeit des Lebens und der Möglichkeit einer besseren Zukunft. Diesbezüglich können wir heute klarer sehen, als Keynes vor 20 Jahren.

Nach dem wir Keynes Fehlurteil erkannt, und auch gesehen haben, wohin es führt, liegt es an uns, es richtigzustellen, indem wir diejenige praktische Schlußfolgerung aus seiner „Allgemeinen Theorie" ziehen, die er selber zu ziehen verfehlte. Denn „die keynesianische Botschaft ist nicht ein für allemal auf ein bestimmtes Instrumentarium fixiert" (Professor Schiller), sondern sie fordert auf, dieses Instrumentarium auf Grund der neuen Erkenntnisse und Erfahrungen immer wieder zu verbessern. Keynes versetzt uns „in die unbehagliche Zwangslage, selbst nachdenken zu müssen" (Joan Robinson). Er fordert uns auf, ihn fortzusetzen.

IV. Die keynesianische Revolution, wie sie fortgesetzt werden will

In jedem Land wachsen die Aufgaben öffentlichen Charakters, welche große Investitionen bedingen und deren Lösung immer dringender notwendig wird. Ein Teil dieser Aufgaben sollte den Unternehmungen aufgebürdet werden, welche sie heraufbeschwören, d. h. strengere als die gegenwärtigen Gesetze sollten sie zu diesen Investierungen zwingen, und der Staat müßte schärfer dafür sorgen, daß sie streng befolgt werden. Das betrifft z. B. den Schutz von Wasser, Luft und Natur gegen Verschmutzung, den Schutz gegen radioaktive Abfälle der Kernkraftwerke etc. Andererseits gibt es andere Investitionen, die der Staat selber in die Hand nehmen muß, einzeln oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z. B. solche zur Verhütung von Naturkatastrophen (Bau von Dämmen, Aufforstung von Bergen etc.). Jedes Land

sollte einen Katalog dieser notwendigen Investierungen, ein Programm für deren Verwirklichung aufstellen, und desgleichen die UNO oder UNESCO für die Investitionen, welche mehrere Staaten oder die ganze Welt betreffen. Damit wäre eine notwendige Voraussetzung für die allgemeine Abrüstung geschaffen, nämlich die Vorbereitung von Programmen zum Übergang von der rüstungs- und kriegsorientierten Wirtschaft zur friedensorientierten Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung. Solche Investitionsprogramme für den Frieden stellen die berechtigte und notwendige Seite der Keynes'chen Sozialisierung der Investition dar.

Man ist nun versucht zu denken, daß der Bedarf an solchen Investitionen so gewaltig und unerschöpflich sei, daß jeder Staat es noch lange nicht nötig habe, über dieses Stadium der Sozialisierung der Investition hinaus zu gehen und gar zur Stimulierung des Konsums zu greifen, so daß unsere Befürchtung, jene zwei Ergänzungsvorschläge Keynes' führten zur Zentralverwaltungswirtschaft, reichlich verfrüht sind. Dem ist leider nicht so:

1. braucht man nur nach den USA zu schauen, um festzustellen, daß dort die 2. Phase bereits angefangen hat. Die Rüstungs- und rüstungsorientierten Industrien, wie die elektronische, die Raketen- und Flugzeugindustrie, sind Staatsunternehmungen in allem außer dem Namen und der Gewinnverteilung.

2. Obwohl es sich um langfristige Programme handelt, die durch neue abzulösen sein werden, weil die Evolution neue Aufgaben bringen wird, welche neue Investitionen nötig machen werden, so ist doch damit zu rechnen, daß diese öffentlichen Investierungen und laufenden Ausgaben für den Frieden allmählich zurückgehen werden. Denn die Investitionen für den Frieden unterliegen keinem inneren Zwang zur Immerwiederkehr und gar Eskalation wie jene für Rüstung und Krieg im kapitalistischen System, weil sie selber nicht zerstört werden und nicht zerstören, sondern die Produktionskapazität und den Wohlstand vermehren. Berücksichtigt man noch dazu die fortlaufende Produktivitätssteigerung infolge technischen Fortschritts, so muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die friedliche Entwicklung trotz ihrer enormen Investitionen eine solche Vermehrung des Sachkapitals mit sich bringen wird, daß das Sinken seiner Rendite und seiner Grenzleistungsfähigkeit den Zinsfuß in relativ kurzer Zeit auf jenes kritische Niveau senken wird, wo die Liquiditätsvorliebe absolut wird, ihre Falle öffnet und die Vollbeschäftigung stoppt.

Dieser kritische Moment kommt schneller als man denkt. Die chronische Arbeitslosigkeit in den USA trotz der enormen Summen, die das Land für Rüstung, Krieg (Vietnam), Auslandshilfe etc. ausgibt, ist ein deutlicher Hin-

weis. Man mag diese Arbeitslosigkeit im führenden Land der kapitalistischen Welt zum Teil der zunehmenden Einführung der Automation zuschreiben und der Zeitspanne, welche die Umstellung der freiwerdenden Arbeitskräfte benötigt. Ihre chronische Hauptursache dürfte jedoch die ungenügende wirksame Nachfrage sein, das Zurückgehen der Inlandinvestition wegen des sinkenden Zinsfußes — trotz der chronischen Inflation. Einen ähnlichen Hinweis dürfte auch die Bundesrepublik Deutschland liefern, wo erstmals seit der großen Krise der 30er Jahre wieder Arbeitslosigkeit erscheint — ebenfalls trotz dosierter Inflation. Nach 20 Jahren Wiederaufbau seit dem Krieg hat der Sachkapitalbestand trotz Auslandshilfe etc., derart zugenommen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf den Zinsfuß drückt. Dieser, obwohl noch reichlich hoch, wird am Sinken verhindert durch die Politik der Bundesbank, welche angeblich die Inflation dämpfen will (wie bei uns). So wird es den Unternehmern immer schwieriger zu investieren und die Arbeitslosigkeit ist die Folge.

Neuerdings wartet das Kapital (als Träger der Liquiditätsvorliebe) nicht mehr, bis der Zins auf das kritische Niveau von 2—2,5 % (nach Schätzung Keynes') gesunken ist, um einzugreifen und seine Erholung einzuleiten (denn es kann aus politischen Gründen eine scharfe Krise wie die der 30er Jahre nicht mehr riskieren), sondern es sorgt vorher dafür, daß der Staat reichreichlich unproduktive Investitionen macht, und wenn das nicht genügt, um den Zins hochzuhalten, weiß es ihn zu veranlassen, dies durch andere Maßnahmen zu bewirken (Restriktionspolitik etc.). Es hat sich gezeigt, daß das Kapital es gut versteht, die Hilfsinstrumente Keynes', die Sozialisierung der Investition und die Stimulierung des Konsums, für seine Zwecke umzubiegen, natürlich unter möglichster Ausschaltung des Hauptinstrumentes Keynes': der Zinssenkungspolitik. Ein solchermaßen verfälschter und mißbrauchter Keynes ist aber kein Keynes mehr.

Diese Zwischenbetrachtung zeigt folgendes:

1. Die Investitionen für den Frieden lösen das Problem der Vollbeschäftigung nur anfänglich für kurze Zeit, bald aber nicht mehr.

2. Will man den Frieden, ohne auf laufend steigende Rüstungsinvestitionen und -Verschleiß angewiesen zu sein, so führt das bisherige, fehlerhafte Keynes'sche Rezept zur zweiten Phase der Sozialisierung der Investition und zur Stimulierung des Konsums, und damit auf die verhängnisvolle schiefe Ebene (soweit dies nicht schon geschehen ist).

3. Will man den Frieden unter Umgehung dieser Gefahr, d. h. unter möglichster Bewahrung der persönlichen Freiheit und Verantwortung vor dem

Staatszugriff, so muß das Keynes'sche Rezept verbessert d. h. richtiggestellt werden. Wie soll das geschehen?

Aus unserer bisherigen Untersuchung dürfte sich klar ergeben haben, daß es sich einfach darum handelt, Keynes' Hauptinstrument, die Zinssenkungspolitik, 1. konsequent und voll einzusetzen und 2. sobald sie aus den oben besprochenen oder aus sonstigen Gründen riskiert inflatorisch zu wirken oder andere Nachteile zu zeigen, sie soweit nötig zu ergänzen oder zu ersetzen durch ihr wesensverwandte Mittel, d. h. solche, die ihr helfen, „dem Geld die Liquiditätsprämie zu nehmen".

Keynes' Zinssenkungspolitik liegt folgende Überlegungen zugrunde, wie wir schon gesehen haben:

Vollbeschäftigung hängt davon ab, daß genügend investiert werde, d. h. daß soviel Einkommen zur Schaffung neuen Sachkapitals laufend verwendet werde, als laufend erspart (d. h. nicht konsumiert) wird. Da „die Schaffung neuen Sachkapitals ganz davon abhängt, daß sein voraussichtliches Erträgnis (seine Grenzleistungsfähigkeit) zumindest die Höhe des jeweiligen Geldzinsfußes erreicht", ist es am besten, dafür zu sorgen, daß die Liquiditätsvorliebe nie den Zins hindert, dem Druck der sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nachzugeben und unter ihr zu bleiben, wenn immer ein solcher Druck stattfindet, bis sie praktisch verschwunden ist. Damit die Liquiditätsvorliebe den Zins nicht hindere zu sinken, soll die Zentralbank (und das Bankensystem) der Wirtschaft neues Geld anbieten und bis langfristig ausleihen zu einem, dem Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals jeweils entsprechend gesenkten Zinsfuß. Das ist kurz die Begründung der Zinssenkungspolitik Keynes' aus seiner „Allgemeinen Theorie".

Nun: wie wir gesehen haben, kann man auch auf andere Art erreichen, daß die Liquiditätsvorliebe den Zins am Sinken nicht hindert. Da es das Geldhorten als Ausdrucksmittel der Liquiditätsvorliebe ist, welches die Zinssenkung verhindert, ist das Nächstliegende, das Geldhorten direkt zu verhindern, indem der Staat das Geld unhortbar macht (es sei nach dem Vorschlag Gesells, sei es auf andere Art).

Wenn also die Zinssenkungspolitik Keynes' zu einem Punkt angelangt, wo sie — trotzdem sie konsequent und richtig praktiziert wird, für sich allein nicht mehr genügt oder wo sich Nachteile zeigen, so ist das Nächstliegende, sie durch die direkte Verhinderung des Geldhortens zu ergänzen oder teilweise oder ganz zu ersetzen, wie es sich als zweckmäßig erweist.

Es gibt im Prinzip zwei Methoden, das Geld unhortbar zu machen:

1. die mathematische Methode, die darin besteht, daß das Geld einer Hortungsgebühr unterworfen wird, die in bekannten regelmäßigen, oder in unbekannten Abständen erhoben wird, aber so, daß sie durchschnittlich jährlich einen Prozentsatz erreicht, der „dem Geld die Liquiditätsprämie nimmt". Diese Gebühr wird entweder vom jeweiligen Besitzer des Geldes für die Dauer dieses Besitzes entrichtet (das ist z. B. bei Checkguthaben möglich), oder, wo dies nicht möglich ist, wird sie für eine bestimmte regelmäßige Periode von demjenigen entrichtet, der das Geld zufällig am Ende der Periode besitzt (Gesells Stempelgeld fällt unter letztere Kategorie).

2. die psychologische Methode, bestehend im gesetzlichen Verbot der Geldhortung, unterstrichen durch die Androhung einer in einem festen Verhältnis zur gehorteten Summe stehenden Buße, wie sie für Steuer- oder Zollbetrug etc. existiert.

Keynes ist offenbar nur die mathematische Methode bekannt gewesen, denn er setzt sich nur mit der von Gesell vorgeschlagenen Version derselben auseinander. Bei Prüfung des Einwandes, mit dem Keynes seine Ablehnung des Vorschlags Gesells begründet, haben wir gesehen, daß es durchaus möglich ist, diese Methode unfehlbar wirksam zu machen (entgegen Keynes' irrtümlichem Einwand). Nun, die *psychologische Methode* erreicht das beiden Methoden gemeinsame Ziel (verhindern, daß der Zins am Sinken verhindert werde) genau so unfehlbar. Indem der Staat das Geldhorten wirksam verbietet, werden nämlich die Geldbesitzer gezwungen, ihr Geld auf dem Kapitalmarkt zu den jeweiligen Bedingungen der Nachfrage (der Unternehmer) anzubieten. Da die ungehinderte Investition die Sachkapitalknappheit und damit die Grenzleistungsfähigkeit allmählich zum Verschwinden bringt, sind diese Bedingungen ein allmählich bis auf 0 sinkender Zinsfuß.

Es ist eigenartig, daß alle Vorschläge, die bisher gemacht wurden, um das Geld unhortbar zu machen, die mathematische Methode anwenden, mit einer einzigen Ausnahme: dem Vorschlag der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz in ihrer Eingabe zur Revision des Nationalbank-Gesetzes, eingereicht im Oktober 1948 durch die Nationalräte Hans Bernoulli und Werner Schmid. Und doch ist die psychologische Methode bei weitem die einfachste und bequemste. Dieser *Vorschlag der LSPS*, der eine erste Version dieser Methode darstellt, besteht in einem Gesetz folgenden Inhalts:

„Das nationale Geld ist reines Tauschmittel und gesetzliches Zahlungsmittel gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes . . ."

„Die Nationalbank ist ermächtigt, wenn sie Noten- oder Münzhortungen in einem Ausmaß feststellt, welches die feste Kaufkraft des Geldes gefährden

könnte, die Noten oder Münzen, die gehamstert werden, oder sämtliche Noten oder Münzen ungültig zu erklären und sie zum Umtausch innert einer Frist von 8 Tagen aufzurufen, wobei eine Umtauschgebühr von höchstens 10 % des Nennwertes erhoben werden kann. Die Regierung erläßt die näheren Vorschriften über Aufruf und Umtausch."

Dieser Vorschlag kann in verschiedener Hinsicht verbessert werden. In der Einleitung sollte der Zweck besser begründet werden, und es sollte nicht von einer Umtauschgebühr, sondern von einer Geldhortungsbuße gesprochen werden. Ferner ist es klar, daß diese Buße auch das Buchgeld (die Checkguthaben bei den Banken und dem P. C.) treffen müßte, sonst wäre Geldhorten in dieser Form möglich und, da diese Form der Geldhortung jetzt schon nicht unbedeutend ist und dann noch zunehmen würde, wäre auch die Wirksamkeit des Gesetzes in Frage gestellt, abgesehen davon, daß diese Schonung einer wesentlichen Kategorie von Geldhamsterern ungerecht wäre.

Wenn immer die Zentralbank also im Zuge einer Geldhortungsstrafaktion die Banknoten mit der Hortungsbuße belegen würde, müßten die Banken und der P. C. die entsprechende Buße auf den Checkkonten erheben und sie der Zentralbank abliefern. Die Kassen der Banken und des P. C. würden nur in dem Maße der Buße unterliegen, als sie die, um eine Spielraum-Marge erweiterte, gesetzliche Deckung für ihre Verpflichtungen übersteigen, wie sie das Gesetz für jede Kategorie Verpflichtungen bereits jetzt etwa bestimmt. Dafür könnte eventuell auf diesem Übermaß die Buße verstärkt werden.

Was die Banknoten anbelangt, müßten bei einer Umtauschaktion die neuen sich leicht von den verrufenen unterscheiden lassen (desgleichen die Münzen, was keine Schwierigkeit bereitet, speziell wenn man sie aus Kunststoff macht). Es dürfte ferner zweckmäßig sein, jeweils gleichzeitig mehrere (3 bis 6) gleiche parallele Serien Banknoten in Umlauf zu haben, die sich durch Serien-Nummer und Farbe (vor allem der Ränder) voneinander leicht unterscheiden. Im Bedarfsfall (d. h. wenn die Zentralbank Hortung feststellt) würde es dann genügen, eine einzige Serie zum Umtausch aufzurufen (durch das Los bestimmt). Dadurch würden Kosten und Arbeit erspart, ohne daß die Maßnahme an Wirksamkeit verliert. Bei diesem Seriensystem müßte aber die Buße auf der einen Serie Banknoten entsprechend der Anzahl Serien vervielfacht werden gegenüber der Buße auf den Checkguthaben (bei denen eine Umtauschaktion weder möglich noch nötig ist). Wenn also z. B. die Buße auf den gehorteten Checkguthaben 3 % beträgt und es sind 3 parallele Banknoten-Serien in Umlauf, müßte die Buße auf der verrufenen Banknoten-Série 9 % betragen; denn es ist anzunehmen, daß wer Banknoten hortet, seine Hortung gleichmäßig auf alle in Umlauf befindlichen Serien verteilt, um auch das Risiko zu verteilen. Um also einen solchen Horter mit 3 %

zu büßen wie den Horter von Checkguthaben, muß die Buße auf Banknoten in einem solchen Fall 9 % betragen.

Der Banknotendruck bei diesem Seriensystem würde kaum zusätzliche Kosten verursachen, da Banknoten ohnehin von Zeit zu Zeit ersetzt werden müssen, wenn sie zu abgenutzt sind. Er müßte zum voraus erfolgen, damit die Zentralbank für den Bedarfsfall immer bereit ist.

Das Charakteristische der psychologischen Methode ist, daß die Buße sozusagen ausnahmsweise, nämlich nur im Fall der Gesetzesübertretung, angewendet wird. Diese Methode kann aber noch dadurch verbessert werden, daß die Buße auch selektiv angewendet wird, indem sie nach Möglichkeit jeweils nur auf die gehorteten Geldbeträge erhoben wird, die also tatsächlich der Investition vorenthalten werden.

Ein Gesetz, das diese Verbesserungsmöglichkeiten (gegenüber dem 1948er Vorschlag der LSPS) berücksichtigen will, könnte also etwa so lauten:

Das nationale Geld ist reines Tauschmittel und gesetzliches Zahlungsmittel gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes. Es ist unhortbar. Während das Sparen die Voraussetzung zur Sachkapitalbildung und damit zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards ist, verhindert das Horten eines Teils des Volkseinkommens den vollen Absatz der Produktion und damit die Vollbeschäftigung. Das ersparte Geld soll daher nicht gehortet, sondern angelegt, d. h. direkt oder indirekt zur Schaffung neuen Sachkapitals verwendet werden. Um dies zu sichern wird Geldhortung, gleichgültig unter welcher Form (Banknoten, Münzen, Checkguthaben), verboten und mit Buße bestraft.
„Als gehortet im Sinne dieses Gesetzes gelten:

a) für Banken und Kreditinstitute: Beträge, welche ihre um einen Spielraum von ... % erweiterten gesetzlichen Pflichtreserven übersteigen,

b) für Unternehmungen, Geschäfte und juristische Personen: Beträge, welche den letzten Jahresdurchschnitt ihrer normalen Auslagen für 2 Monate + eine Reserve von ... % übersteigen,

c) für natürliche Personen: Beträge, welche . . . (z. B. 2) Monatseinkommen der betreffenden Person übersteigen."

„Geldhortung wird, wo immer sie festgestellt wird, mit einer Buße von max. 30 % des gehorteten Betrages bestraft.

1. Feststellung und Bestrafung der vorstehend unter a) und b) bezeichneten Hortung ergibt sich von selbst auf Grund der Pflicht der Betreffenden, ihre Bilanzen und Zwischenbilanzen (bzw. Hauptposten) der Zentralbank regel-

mäßig bekanntzugeben, d. h. in den von dieser je nach Art des Betriebes verlangten Zeitabständen.

2. Zur Feststellung und Bestrafung der vorstehend unter c) bezeichneten Hortung ist die Zentralbank ermächtigt, ohne Voranzeige

Notenserien ungültig zu erklären und zum Umtausch innert 8 Tagen aufzurufen, unter Abzug der erwähnten Hortungsbuße bei den gehorteten Beträgen,

Münzsorten ähnlich zu behandeln, wobei Münzbeträge über Fr. . . . . pro natürliche Person, bzw. pro Geschäft Münzbeträge über ... % ihrer Kasse unter Abzug der doppelten Buße (= Max. 60 %) umgetauscht werden.

Zu b) und c): Um zu verhindern, daß gehortete Banknoten in bußenfreien Teilbeträgen umgetauscht werden, müßte jeder einen Ausweis haben, in welchem eingetragen wird: 1. der bußenfreie Betrag, 2. der umgetauschte Noten- und Münzbetrag mit Datum des Umtauschs, 3. der Betrag des Checkguthabens am Stichtag, 4. der allfällig als Buße abgezogene Betrag. Es würde niemandem Banknoten oder Münzen umgetauscht, der nicht seinen Ausweis zur Eintragung vorlegt. So kann der Beamte den evtl. Buchgeldbetrag mitberücksichtigen.

Voraussetzung für das gute Funktionieren der psychologischen Methode ist, daß die Zentralbank ihre Aufgabe vom Gesetz genau um- und vorgeschrieben hat, etwa nach dem erwähnten Vorschlag 1948 der LSPS:

„Die Nationalbank hat die Aufgabe, zur Sicherung der Vollbeschäftigung den Geldumlauf des Landes so zu regeln, daß die Kaufkraft des Geldes, gemessen am amtlichen Lebenskostenindex fest bleibt. Der Lebenskostenindex enthält . . . "

Ein solches Gesetz zwingt im Falle von Noten- und Münzhortung die Zentralbank, von dem ihr für diesen Fall zur Verfügung gestellten Instrument (lt. Punkt 2) Gebrauch zu machen.

Die psychologische Methode (Androhung der Geldhortungsbuße), wie sie hier skizziert wurde, ist technisch leichter durchführbar als die mathematische (der laufenden Gebühr). Außerdem hat sie den Vorteil, daß sie psychologisch und politisch leichter einzuführen ist. Denn:

1. Sie erschwert oder behindert in keiner Weise den Geldverkehr, solange keine eigentliche Hortung vorliegt; und wenn sie einschreiten muß, kann dies so geschehen, daß dabei der Geldverkehr kaum gestört wird. Die Zentralbank braucht nämlich nicht abzuwarten, bis die Geldhortung alarmierende Aus-

maße angenommen hat, um auf die gesamte Geldmenge die Buße zu verhängen. Sie kann sie nur auf eine Geldform verhängen, bei der sie speziell Hortung feststellt, z. B. den Checkguthaben. Die Praxis wird zeigen, daß die Erhebung der Buße höchst selten nötig sein wird, weil die im Gesetz verankerte Androhung im allgemeinen genügen wird, nachdem sie ein erstes Mal zum Exempel in die Tat umgesetzt worden ist.

2. Weder belastet noch entwertet die psychologische Methode irgendwie das Geld. Die Buße im Fall der gesetzwidrigen Hortung ist keine laufende Gebühr oder Steuer, und auch kein Schwund. Wer Geld hortet, gefährdet die Vollbeschäftigung. Er begeht eine Gesetzesübertretung wie derjenige, der z. B. den Straßenverkehr gefährdet. Zur Bestrafung einer Gesetzesübertretung ist psychologisch und pädagogisch eine Buße richtig, nicht aber eine Gebühr oder Steuer. Durch Androhung und Bestrafung mit Buße zeigt das Gesetz, daß es einfach dem Recht Nachachtung verschaffen will, ohne fiskalische Hintergedanken. Eine solche Buße findet man gerecht, während Steuern oft als ungerecht betrachtet werden, und nicht immer ohne Grund. Dem einfachen Bürger leuchtet ein, daß Geldhortung verwerflich ist, weil sie Arbeitslosigkeit bewirkt, und er wird ein Gesetz als gerecht annehmen, das sie verbietet und mit Buße bestraft. Aber er hat nichts übrig für ein Schwundgeld, was man auch immer zu seiner Rechtfertigung vorbringen mag. Der Kampf vor der eidgen. Abstimmung über die Kaufkraftinitiative der LSPS 1951 und deren negativer Ausgang sind ein genügender Beweis dafür.

3. Auch vom sozialen Standpunkt aus ist die psychologische, selektiv angewandte Methode gerechter. Es handelt sich doch darum, die Hortung des für die Investition bestimmten Geldes zu verhindern. Eine Gebühr, welche gleichzeitig auch das Geld belastet, das zum Konsum ausgegeben wird, ist eigentlich ungerecht. Sie ist nur solange gerechtfertigt, als es technisch unmöglich ist, sie auf das effektiv gehortete Geld zu beschränken. Mit der psychologischen Methode ist aber diese Selektion möglich. Damit ist die mathematische Methode unvertretbar geworden.

Also: die Geldhortung so verhindern (den Geldumlauf so zu sichern), daß die nötige Investition und damit Vollbeschäftigung garantiert sind, das ist kein Probleme mehr. Das bietet nicht die geringste technische Schwierigkeit oder Umständlichkeit, weder für den Staat, noch für das Publikum. Und es ist politisch durchaus durchführbar. Das zeigt die soeben skizzierte Version der psychologischen Methode.

Diese Methode ist diejenige wesentliche praktische Schlußfolgerung, die Keynes aus seiner Allgemeinen Theorie leider zu ziehen verfehlte. Keynes hätte diese auf der Hand liegende Lösung gefunden, wenn er Zeit gehabt hätte, seinen irrtümlichen Einwand gegen den verwandten Vorschlag Gesells

(mathematische Methode) zu kontrollieren, der ihn zum Verlassen der „richtigen Spur" verleitete. Er hätte erkannt, daß diese psychologische Methode theoretisch seine „Zinssenkungspolitik der Zentralbank" überflüssig machen kann. Vorsichtig wie er war, hätte er diese nicht fallen lassen, sondern neben der, mit zum Hauptinstrument seines Rezepts gemachten psychologischen Methode beibehalten. Er hätte dann keine Veranlassung mehr gehabt, jene beiden anderen fragwürdigen Hilfsinstrumente zu Hilfe zu nehmen (die Sozialisierung der Investition und die Stimulierung des Konsums).

E. A. G. Robinson schreibt über den späteren Keynes (in der kurzen Biographie zu Beginn der „Politik und Wirtschaft" betitelten Sammlung ausgewählter Abhandlungen Keynes'):

„In den 6 Jahren vom Kriegsausbruch bis zum Ende hatte sich Maynard Keynes unmerklich gewandelt. Bei Kriegsausbruch war er vom Grunde aus noch der Akademiker und Philosoph, mit Wahrheit und Recht als seinen Zielen. Er war noch der Kritiker, der zu überreden versuchte, und war zufrieden, wenn der Vorgang der Überredung zuweilen die Überbetonung eines Bestandteiles nötig machte, der von anderen unterbewertet worden war. Der Krieg brachte ihn in eine Stelle voll Verantwortung, wo die Tat dicht auf den Rat folgte, und wo der Rat daher bemessen sein mußte. Und während ihn seine Delegiertenreisen von Platz zu Platz und von Aufgabe zu Aufgabe trugen, kam er fast unspürbar dazu, über die Fragen mehr wie der Staatsbeamte zu denken, in Begriffen dessen, was praktisch möglich war, was in einer gegebenen zwischenstaatlichen Sachlage gesichert werden konnte, und was nicht. Seine Liebe für die Wahrheit verließ ihn nie, aber er war bereiter, als er es als junge Kassandra gewesen war, zu glauben, daß gewünschte Bestimmungsorte auch durch langsames Fahren erreicht werden könnten."

1939 bei Kriegsausbruch war Keynes 56 Jahre alt. Seine von E. A. G. Robinson erwähnte weniger impulsive Einstellung hat sich aber schon eine gute Weile vorher angebahnt. In ihr dürfte die tiefere Erklärung seiner Ablehnung des Vorschlags Gesells zu suchen sein. Wie wir Seite 11 andeuteten, dürfte sie darin liegen, daß Keynes Gesells Vorschlag unpraktisch und umständlich fand und vor allem an der Möglichkeit seiner Einführung nicht glaubte. Die praktische Durchführbarkeit und die Möglichkeit der Einführung der psychologischen Methode hätten aber Keynes sofort eingeleuchtet; er hätte den Einwand, den er gegen den Vorschlag Gesells erhob, näher geprüft und ihn als nicht zutreffend befunden.

* * *

Die Verhinderung der Geldhortung ist die eine unumgängliche Voraussetzung, damit die Währungsbehörde (die Zentralbank) ihre Aufgabe erfüllen kann, darin bestehend, das gute Funktionieren des Geldes als Wertmaßstab *und* Tauschmittel zu gewährleisten, d. h. die Vollbeschäftigung bei stabiler Inlandkaufkraft der Geldeinheit zu sichern.

Die andere unerläßliche Voraussetzung ist:

die Befreiung der Geldeinheit von jeglicher Bindung an das Gold,
d. h. der flexible Wechselkurs. Wenn nämlich die Zentralbank die Aufgabe hat, die Inlandkaufkraft des Geldes zu stabilisieren, kann sie nicht weiterhin den Goldpreis (Dollarpreis) stabilisieren, wie sie es bisher zielbewußt tat und tut, sich stützend auf eine veraltete, mangelhafte Währungsgesetzgebung. Sie kann das auch nicht, wenn sie eine Zinssenkungspolitik verfolgen soll, wie sie zur Erhaltung der Vollbeschäftigung nötig ist (in der Form oder in Verbindung mit der psychologischen Methode). Keynes schreibt in Kapitel 23, 3:

„In einer Wirtschaft . . . , in der die Menge des inländischen Geldumlaufs und der inländische Zinsfuß primär durch die Zahlungsbilanz bestimmt werden . . . , steht den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Inland zur Verfügung, als das Ringen nach einem Ausfuhrüberschuß und nach einer Einfuhr der geldlichen Metalle auf Kosten ihrer Nachbarn. Nie in der Geschichte ist eine Methode erdacht worden, die den Vorteil jedes Landes wirksamer in Gegensatz zum Vorteil seiner Nachbarn gebracht hätte, als der internationale Gold- (oder früher Silber-) Standard . . ."

Die Rolle, die von den orthodoxen Ökonomen gespielt wurde, deren gesunder Menschenverstand nicht ausreichte, um ihre falsche Logik zu neutralisieren, ist bis zum letzten Akt verhängnisvoll gewesen. Denn wenn einige Länder in ihrem blinden Ringen nach einem Ausweg die Verpflichtungen (den Goldstandard) abgeworfen haben, die einen autonomen Zinsfuß verunmöglichten, so haben diese Ökonomen gelehrt, daß das Wiederanlegen der früheren Ketten ein notwendiger erster Schritt zur allgemeinen Erholung sei. In Wahrheit trifft das Gegenteil zu:

„Es ist die Politik eines autonomen Zinsfußes (d. h. die Zinssenkungspolitik zwecks Sicherung der Vollbeschäftigung), ungehemmt von internationalen Rücksichtnahmen, und eines auf ein Optimum inländischer Beschäftigung gerichteten nationalen Investitionsprogramms, das doppelt gesegnet ist in dem Sinne, daß es gleichzeitig uns selbst und unseren Nachbarn hilft."

Das wurde im Rückblick auf die Deflationskrise der 30er Jahre und die vorherigen gesagt. Es ist aber im Hinblick auf die gegenwärtigen importierten Inflationen heute ebensowahr und aktuell wie damals. Keynes ist sein Leben lang aktiver Gegner fester Wechselkurse gewesen. 1944 an der internationalen Konferenz von Bretton Woods hat er mit allen Kräften gegen den Amerikaner Harry White gekämpft, um die Bindung der Währungen an das Gold zu verhindern. Seine Mühe war nicht vergeblich: er erreichte, daß die Konvention den Mitgliedstaaten erlaubt, nach Bedarf die Goldparität ihrer Währungen der Kaufkraft anzupassen. Leider machen die Mitgliedstaaten (auch Nichtmitgliedstaaten, wie die Schweiz) von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, sei es um den USA zu gefallen, sei es aus Goldaberglaube. (Eine der wenigen Ausnahmen war die Bundesrepublik Deutschland, als sie um 5 % abwertete — was übrigens ungenügend war.) Wenn es aber die Staaten verschmähen, von der guten Möglichkeit Gebrauch zu machen, welche ihnen die Konvention von Bretton Woods bietet, um an ihren Grenzen die ausländische Inflation oder Deflation aufzuhalten, so ist es unlogisch und unbillig, die Schwierigkeiten, die sie sich dadurch selbst zuziehen, Bretton Woods zuzuschreiben. Dies nur nebenbei. Bretton Woods ist ein Kompromiß, den die keynesianische Revolution durch eine bessere Lösung ersetzen soll.

Daß ein autonomer Zinsfuß auch mit der internationalen Freizügigkeit des Kapitals unvereinbar ist, wußte natürlich Keynes. So schrieb er im „New Statesman" (Artikel vom 8. und 13. 7. 1933):

„Ich sympathisiere mit jenen, welche die wirtschaftliche Verquickung zwischen den Nationen auf ein Minimum reduzieren, nicht mit jenen, die sie auf ein Maximum vergrößern möchten. Ideen, Erkenntnisse, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen — das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollen. Aber Waren sollen im Inland erzeugt werden, wenn immer dies vernünftiger- oder passenderweise möglich ist; vor allem soll das Geld in erster Linie national sein" (d. h. Finanzierungen im Inland dienen).

Die keynesianische Revolution, wovon in den akademischen Kreisen die Rede ist, hat erst angefangen und steckt teils in der Sackgasse, teils steht sie auf schiefer Ebene. Sie will aber richtig fortgesetzt werden. Darum rufen diese akademischen Kreise nach einem „neuen Keynes". Diese Fortsetzung muß beginnen mit der Verwirklichung der zwei genannten Voraussetzungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung bei stabiler Inlandkaufkraft des Geldes, die da sind:

1. die Sicherung der nötigen Investition durch Zinssenkungspolitik der Zentralbank und direkte Verhinderung der Geldhortung,

2. flexible Wechselkurse, d. h. Befreiung der Währung von jeglicher Bindung ans Gold.

Eine weitere Voraussetzung ist auch nötig, die heute nur unbefriedigend erfüllt ist. Sie betrifft die Inflation. Es gibt natürlich nicht nur importierte Inflationen, wie wir sie soeben erwähnt haben, sondern auch selbstgemachte und importierte und selbstgemachte.

Wie selbstgemachte Deflationen durch Geldhortung gemacht werden, so werden selbstgemachte, oder wird die Verstärkung importierter Inflationen, durch die übermäßige Kreditschöpfung der Banken gemacht. Soll also die Zentralbank die Inlandkaufkraft des Geldes stabilisieren, so muß sie nicht nur durch flexible Wechselkurse die ausländischen Störungen abwehren, sondern auch die inländischen, die von der ungeregelten Kreditschöpfung der Banken kommen. Diese wirkt inflatorisch in dem Maß, wie sie nicht parallel mit der Zunahme der Produktion stattfindet, sondern diese übersteigt; und zwar ist es derjenige Teil der Kreditschöpfung, der zur Finanzierung von Investitionen erfolgt, der inflatorisch wirkt. Theoretisch handelt es sich also darum, im Prinzip nur die Kreditschöpfung zur Finanzierung von Produktionssteigerungen (oder neuer Produktion) zuzulassen, jene aber zur Finanzierung von Investitionen durch gesetzliche Vorschriften zu verhindern. Wieweit diese Forderung praktisch durchführbar ist, wird die Erfahrung zeigen müssen. Solange man aber nicht sicher ist, daß solche gesetzlichen Vorschriften genügen (um zu verhindern, daß die Kreditschöpfung inflatorisch wirke), dürfte es angezeigt sein, die Mindestguthaben-Vorschriften als Sicherheitssystem vorzusehen bzw. beizubehalten.

Die Fortsetzung der keynesianischen Revolution, wie sie hier skizziert wurde, reicht natürlich nicht aus, den Frieden herbeizuführen, obwohl sie eine seiner Hauptvoraussetzungen ist. Der Geldzins ist nicht das einzige Friedenshindernis. Sein Zwilling von jeher, der Bodenzins (Grundrente), ist der andere, große ewige Störenfried. Die keynesianische Revolution muß daher von einer Reform des Bodenrechts (das heute ein Bodenunrecht ist) begleitet werden, welche die Grundrente sozialisiert.

1945 (also kaum ein Jahr vor seinem Tod), bei einem vom Rat der Royal Economic Society offerierten Essen anläßlich seines Rücktritts aus der Redaktion des "Economic Journal" (nach 33 Jahren), brachte Keynes am Schluß seiner Ansprache „einen Toast auf das Wohl der Volkswirtschaft und der Volkswirtschafter, welche die Treuhänder sind . . . (er suchte seine Worte) . . . nicht etwa der Kultur, sondern der Möglichkeit zur Kultur". Er hatte gefunden, was er sagen wollte. Man erkennt in diesem Wort das Verantwortungsbewußtsein, das ihn sein Leben lang leitete, und das er so gut

verstand, seinen Schülern mitzuteilen. Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist für ihn, die Entfaltung des menschlichen Geistes zu ermöglichen, die materiellen Grundlagen der Kultur zu vermitteln. Er hat diese Verantwortung seinen Schülern und allen, die ihn verstehen, übertragen. Er hat diese damit aufgefordert, ihn fortzusetzen. Denn die Welt hat seine Fortsetzung, die keynesianische Revolution, die noch kommen will, dringend nötig.

J. N. Eberhard, Basel

Zitate zu Seite 3, Folge 59 „Fragen der Freiheit"

„John Maynard Keynes zählt zu den größten Volkswirtschaftern aller Zeiten; er ist der einflußreichste ökonomische Denker, den das 20. Jahrhundert bis heute hervorgebracht hat . . . Seine im Jahre 1936 veröffentlichte ‚Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes' hat in diesen 12 Jahren seit ihrem Erscheinen auf die Meinungen der Nationalökonomen und Wirtschaftspolitiker stärkeren Einfluß ausgeübt, als das im vergleichbaren Zeitraum je ein anderes Buch in der ganzen Geschichte des ökonomischen Denkens getan hat. Ähnlich wie im 18. Jahrhundert ‚The Wealth of Nations' von Adam Smith und im 19. Jahrhundert das ‚Kapital' von Karl Marx ist die Keynes'sche Theorie zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen sowohl der Fachleute als auch der anderen Autoren geworden . . . Seine Lehren haben aber der praktischen Wirtschaftspolitik ihren Stempel noch tiefer aufgedrückt als der Wirtschaftstheorie" (Prof. D. Dillard in „The Economics of J. M. Keynes").

„Nur wenige würden heute, 17 Jahre nach dem Erscheinen Keynes' ‚Allgemeine Theorie' bestreiten, daß selbst in dieser kurzen Zeitspanne von diesem Buch eine stärkere Wirkung auf Wirtschaftsanalyse und -Politik ausgegangen ist als von irgendeinem anderen Werk seit Ricardos ‚Political Economy'. Es mag noch etwas verfrüht sein zu behaupten, daß neben Darwins ‚Ursprung der Arten' und neben dem ‚Kapital' von Karl Marx, die ‚Allgemeine Theorie' eines der bedeutendsten Bücher ist, die in den letzten 100 Jahren erschienen sind . . . Aber . . . seine Bedeutung nimmt ständig zu" (Prof. H. Hansen in „Guide to Keynes").

Nach Erscheinen seiner „Allgemeine Theorie" schrieb Keynes: „Mir liegen die verhältnismäßig einfachen Grundideen, die meiner Theorie zugrundeliegen, mehr am Herzen, sind mir viel wichtiger, als die speziellen Formen, in welchen ich sie verkörpert habe . . ."

Zahlen aus der Volkswirtschaft

zusammengestellt von Diederich Römheld

aus „tip", Mitteilungen und Kommentare der FSU, 8501 Schwaig ü. Nbg, Parkstr. 56

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeldumlauf	Preisindices			Handelsbilanz	Arbeitsmarkt	
		Grundstoffe	Einzelhandelspreise	Lebenshaltung 1)	(+ Exportüberschuß)	offene Stellen	Arbeitslose
	ME/JE Mio. DM	MM/JD 1958=100	MM/JD 1958=100	MM/JD 1962=100	MS/JS Mio. DM	ME/JD Tsd.	ME/JD Tsd.
1962	25.760	100,1	107	100	+3477	573,9	154,5
1963	27.152	101,1	109	103,0	+6032	554,8	185,6
1964	29.545	103,4	112	105,4	+6081	609,2	169,1
1965	31.453	106,2	115	109,0	+1203	649,0	147,4
1966	32.906	107,7	119	112,8	+7952	528,5	169,1
4/66	32.547	108,6	119	112,7	+ 330	595,5	121,3
5/66	32.635	107,6	119	113,3	+ 640	607,5	107,7
6/66	32.978	108,0	119	113,3	+ 404	621,3	100,7
7/66	33.896	108,1	119	113,3	+ 921	618,7	101,5
8/66	32.980	107,3	119	112,8	+ 353	594,2	105,7
9/66	33.305	106,9	119	112,6	+ 983	536,1	112,7
10/66	32.707	106,5	119	112,8	+ 805	436,2	145,8
11/66	33.631	106,9	119	113,5	+ 757	318,9	216,4
12/66	32.906	107,1	119	113,8	+1914	251,8	371,6
1/67	31.594	106,3	120	114,1	+1429	255,1	621,2
2/67	32.263	106,4	120	114,2	+1411	275,5	673,6
3/67	32.458	– – 2)	120	114,3	+1495	302,5	576,0
4/67	33.137	– – –	120	114,5	+1844	295,7	501,3

Diskontsatz			
	ab 13. 8. 1965 4 %	ab 6. 1. 1967 4,5 %	ab 14. 4. 1967 3,5 %
	ab 27. 5. 1966 5 %	ab 17. 2. 1967 4 %	ab 12. 5. 1967 3 %

MA – Monatsanfang, MM -mitte, ME -ende, MS -summe, MD -durchschnitt
J – Jahresdurchschnitt

Anmerkungen: 1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt
2) Zahlen liegen noch nicht vor

Quellen: Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main) und des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

Berichte

Symposion auf Schloß Elmau

Schloß Elmau liegt weltfern in stillen Wäldern tausend Meter hoch am Fuße des Wettersteins. Dort erlebten rund dreihundert Teilnehmer vom 6. bis 15. April 1967 reiche Tage ernster Besinnung und erhebender Freude.

Dr. Stuckenschmidt war es gelungen, ein Dutzend Persönlichkeiten für Vorträge und Gespräche zu gewinnen: führende Akademiker (Gerlach, Heitler, Zoller), Biologen und Ärzte (Mommsen, Rusch, zur Linden), Theologen und Geisteswissenschaftler (Braunewell, Lauer, Schwabe). Einige Redner konnten nicht kommen. Für sie sprangen andere ein. Frau Birgitta Wolf aus Schweden erschütterte viele Herzen durch Berichte aus ihrer Arbeit für Strafgefangene. Haverbeck wirkt in Kreisen der Jugend, der Industrie.

Zwei Abende erlebten wir durch Farbfilme die gewaltigen Schönheiten japanischer Landschaft. Zwei Abende boten die Dartington-Stringers Quartette von Haydn, Dvorak, Mozart, Mendelssohn in hoher Vollendung. Zwei Abende beschwingte frohes Tanzen junge Herzen. Gekrönt wurde das Erleben durch gütige Mitwirkung von Elly Ney. Am 27. September wird sie 85! Wie ungebrochen ist immer noch ihre gewaltige Kraft und wie verklärt ihre Innigkeit: Von Beethoven spielte sie die letzte Sonate 111, die Appassionata, die Mondschein-Sonate, von Schubert die Wanderer-Fantasie — und zum Ausklang sein jubelndes trostvolles Lied „Die linden Lüfte sind erwacht. . . ."

Physik — Biologie — Anthroposophie — Göttlichkeit — es ist begreiflich, daß da oft Köpfe und Herzen sich erhitzten und Funken sprühten. Nur durch offenes mutiges Wort kann Klärung erreicht werden. In wenig Tagen kann sie nur angebahnt und nicht sogleich vollendet werden. Doch jeder Beginn bringt Gewinn und kann uns freier machen. Mit wachsendem Verständnis wird der Gegner zum Mitmenschen, der Feind zum Freund. Die Sonne bricht durch düsteres Gewölk, das Eis des Fremdseins schmilzt.

Hillringhaus hat überlegen und humorvoll die Aussprachen geleitet, Thesen klar formuliert und Gegensätze einer Mittellinie näher gebracht. Wahrheit liegt nicht in Einseitigkeiten, in Extremen. Sie versöhnt die schroffen Ja und Nein in übergeordneter Synthese, im befreienden Trotzdem! Lag in der Elmau der Schnee zuerst noch meterhoch ringsum, Sonne und eine wilde Föhnnacht haben doch viel Eis geschmolzen und erste Blumen zum Leben erweckt. Frühlingsahnen in Natur und Bergwelt — es war auch in manchen Herzen zu spüren.

Mein Vortrag war auf den zweitletzten Tag verlegt worden. Thema: Sinn und Gestaltung unseres Schicksals, menschlich und weltpolitisch. Es war nicht leicht, in diesem Kreise starker Gegensätze und Spannungen darüber zu sprechen. Menschliches Schicksal, schon von Geburt an, ist nur verständlich, wenn wir mit Re-Inkarnation rechnen. Was der Mensch sät, das wird er ernten. Diese Wahrheit ist nur erfaßbar, wenn unsere Schau über Geburt und Tod weit

hinausgreift. Als geistige Wesen stehen wir jenseits von Raum und Zeit. Doch wie soll das ein Nur-Naturwissenschaftler begreifen können? —

Schicksal weltpolitisch! Da galt es, die Probleme Geldwesen und Bodenrecht aufzurollen. Die bewußt erzwungene Deflation hat 1933 durch sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland Hitler in den Sattel gehoben und in den Auswirkungen den Zweiten Weltkrieg ausgelöst mit all seinen Folgen, die heute noch nicht bewältigt sind. Denken wir nur an die gefährliche feindselige Spaltung Deutschlands und der ganzen Welt. Eingehend legte ich die Fragen goldgebundener oder freier Wechselkurse dar. Wir wollen den Menschen und Völkern dienen und nicht das goldene Kalb anbeten. —

Bodenrecht! Es ist eine große Tragik, daß Amerika in Vietnam mehr die Freiheit der Großgrundbesitzer, der kapitalistischen Ausbeutung und nicht die Freiheit des arbeitenden Volkes verteidigt! Freiheit und Brüderlichkeit, soziale Gerechtigkeit sind zuerst bei uns im Westen zu verwirklichen! Das wäre der beste Schutz und das überzeugende Beispiel allen kommunistischen Ländern gegenüber!

Es war der zweitletzte Tag — die meisten waren von der Fülle all der Vorträge und Gespräche übermüdet. Dennoch fanden sich in knapper Freizeit nochmal 40 Frauen und Männer zu einer tiefgründigen Aussprache von fast zwei Stunden zusammen. Solche Saat fällt in dankbares Erdreich und wird freudig keimen und aufgehen.

Prof. Dr. Werner Zimmermann, Bern

Freiheit und Ordnung als unteilbares Ganzes

Bericht über das Seminar in Linz/Donau vom 29. April bis 1. Mai 1967

„Ein Spieß durch alle Frumbkeit stecken,
und nach den Häfen Krüg zerbrechen,
wann sie schon all zerbrochen sind,
mit Scherben spielen erst die Kind."

An dieses alte Sprichwort denkt man, wenn man als freiheitsliebender Mensch die heutige, das Freiheitsbewußtsein und das Freiheitsempfinden mehr und mehr zerstörende Entwicklung beobachtet; die „politischen Kinder" aller politischen Ideologien und aller Bildungsgrade spielen bald nur mehr mit den Scherben, die die zertrümmerte Freiheit ihnen hinterlassen hat.

Aus dieser Erkenntnis hat sich die Tagung das oben angegebene Leitthema gestellt. Obwohl ein hochpolitisches Thema, wurde es aber vom Seminar frei von jeder parteipolitischen Voreingenommenheit behandelt. „Eine kleine Hochschule, auf der man, wenn man von der Erwerbung eines akademischen Titels absieht, in 3 Tagen mehr lernen kann, als auf einer Hochschule in einem Jahr" meinte ein Hochschulstudent mit etwas Übertreibung zum Abschluß der Tagung.

DDDr. Karl Rössel-Majdan, einer der Initiatoren des Seminars, der den Eröffnungsvortrag halten wollte, mußte leider im letzten Augenblick wegen unaufschiebbarer dienstlicher Inanspruchnahme absagen. Volker Erbes, Tübingen, ein Student der Philosophie und Rechtswissenschaft hielt daher seinen ihm zugedachten Vortrag „Freiheit die ich nicht meine — vom falschen Traum der Gesellschaft" so glänzend als Einleitungsvortrag, daß er alle Teilnehmer faszinierte. Nach einer überzeugend dargelegten Untersuchung des Verhaltens des Einzelmenschen zum anderen Einzelmenschen, zur Gesellschaft und der Hinführung dieser Gesellschaft zur Kultur – und wie andererseits wieder die wirksamen Kräfte aus der gesunden Kultur zurückwirken auf den Staat und über diesen zur Wirtschaft bis hin zur Einzelpersönlichkeit, skizzierte er das ganze Bild der Entwicklung instruktiv auf der Tafel, und keiner der späteren Vortragenden, die durchweg wesentlich älter waren, löschte es wieder aus.

Eine schwere Aufgabe übernahm der Gastvortragende, Dozent Dr. Joachim Schacht vom Psychologischen Institut der Universität Salzburg. Der Titel seines Vortrages lautete: „Kulturanthropologie des Geldes". Dr. Schacht ging weit über den Rahmen des Themas hinaus. Er ging mit seinen Untersuchungen u. a. weit zurück ins Altertum und kam zu wichtigen etymologischen Ergebnissen, die oft antinomische Beziehungen zum Ausdruck bringen, so z. B. das Wort „Liquidität", das große Geldflüssigkeit bedeuten soll. Heute gebraucht man das Wort jedoch im Sinne von stilliegendem Geld. Dr. Schacht kam zu völlig neuen wissenschaftlichen Gesichtspunkten, die er auch in seinem soeben erscheinenden Buch „Die Totenmaske Gottes", das im Otto Müller-Verlag, Salzburg herauskommen wird, dargestellt hat.

Prof. Dr. Ernst Winkler, München, behandelte das Thema „Das idealtypische Bild einer natürlichen Wirtschaftsordnung". Er untersuchte die Verhaltensweise des Menschen in der Wirtschaft und analysierte aus dieser Sicht heraus die Wirtschaftsordnung, die nur deshalb eine „natürliche" genannt werden kann, weil sie der Natur des Menschen entspricht – eine Wirtschaftsordnung, die noch lange nicht ist, sondern noch erarbeitet werden muß. Wir verweisen deshalb auf sein Buch: „Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung" erschienen im Martin Hoch-Verlag, Ludwigsburg.

Nach diesen bedeutsamen Vorträgen packte der junge Student der Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Frankfurt, Gawan Vogel mit seinem Thema „Die unvollständige Wirtschaft" Probleme an, die man in Österreich bisher kaum auszusprechen wagte – so unter anderem das Schul- und Erziehungswesen, von dem letztlich die freie individuelle Meinungs- und Bewußtseinsbildung abhängt. Beglückend war der Ernst, mit dem dieser junge Mensch diese heiklen Fragen behandelte. Gawan Vogel will uns seinen Vortrag zum Abdruck zur Verfügung stellen, so daß wir hier nicht näher darauf einzugehen brauchen.

Der Vortrag von Direktor Dipl.-Ing. Karl Leitl war ein Höhepunkt der Tagung. Direktor Leitl bewies, daß sich beides vereinen läßt: Ein Mann der Wissenschaft (auch der sozialpolitischen) zu sein und die gewonnenen Erkenntnisse gleichzeitig zu praktizieren. Daß Leitls Werk von hohem ethischen Geist inspiriert ist, ging aus seinem Vortrag hervor. Den Arbeitsvertrag sieht er noch immer als einen Mietvertrag an und solche Verträge erinnern an das „Herren-Sklaven-Verhältnis". So weist die Bezeichnung „Arbeitsmarkt" auf die alten „Sklavenmärkte" hin. Man kann nicht im Staate von Demokratie reden, wenn im Betrieb immer noch Diktatur oder zumindest Monokratie herrscht. Direktor Leitl beantwortete in der Diskussion sehr freimütig die Anfragen, die andere Betriebschefs als Betriebsgeheimnis betrachten würden. Bescheiden bezeichnete Direktor Leitl seinen Partnerschaftsbetrieb als kleinen Schritt vorwärts beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Dieser Vortrag wurde von den Teilnehmern besonders herzlich bedankt.

Der Tagungsleiter Dipl.-Ing. Ernst Dorfner faßte das Ergebnis der Tagung kurz zusammen, indem er sagte, daß es nicht darum ging, mit Schlagworten Herzen zu erweichen, sondern das Bewußtsein und das Erkenntnisvermögen zu steigern. Der Wunsch der österreichischen Tagungsteilnehmer war es, die Zeit bis zum nächsten Seminar durch kleinere Zusammenkünfte zu nutzen. – Die Zeitschrift „Neue Ordnung" fand, als Bindeglied der Freunde des Seminars in Österreich, besondere Anerkennung. Sie will weiterhin undogmatisch bleiben und sich für Diskussionen bereit halten.

DAL

Buchbesprechung

Joachim Schacht · Die Totenmaske Gottes

Zur Kulturanthropologie des Geldes

Band 6 der Reihe „Das Bild des Menschen in der Wissenschaft", 216 S., Ln., ca. S 132,–, DM 22,–, sfr 23,20

Daß das Geld aus der sakralen Sphäre stammt, ist lange bekannt, nicht aber, daß sich dieser Ursprung an seiner Janusgestalt als Tausch- und Schatzmittel erkennen läßt. Der Verfasser unternimmt mit dem Rüstzeug der Völkerkunde, der klassischen Altertumswissenschaft, der Religionsgeschichte und der Tiefenpsychologie Freuds und Jungs eine Analyse der Geldstruktur und zeigt, daß unter seiner säkularisierten Oberfläche das „profane" Geld — angefangen vom antiken Münzgeld bis zu den modernen Kreditformen — auch heute noch Träger des unbewußten Gottesbildes ist. Dieses helldunkle Urbild der Gottheit ist seit jeher und von allen Völkern in einer toten Materie — dem Golde — erlebt und in das frühe griechische Edelmetallgeld übertragen worden, um schließlich auf den absoluten Nenn„wert" überzugehen. Daher läßt sich heute das inzwischen völlig zahlhaft-abstrakt gewordene Geld sozusagen als „Abzieh"-Bild eines toten Gottes, also als dessen Totenmaske bezeichnen — „ewig" wie einst die der Pharaonen. Hierin liegt der unbewußte Gehalt der sogenannten „Geld-Illusion" und deren Folgeerscheinungen.
In der Umschreitung des Themas wird zum ersten Mal eine tiefenseelische Analyse einer Kulturinstitution überhaupt versucht, womit sowohl ein neuer Zweig kulturanthropologischer Grundlagenforschung als auch der Ausblick auf eine zwar noch sehr ferne, aber an der Schwelle eines Jahrtausends beachtenswerte neue Möglichkeit zur Gestaltung menschlichen Zusammenlebens im Sinne einer „Konjunktur" der Gegensätze eröffnet wird.

In der Reihe „Das Bild des Menschen in der Wissenschaft" liegen vor:

Band 1 Victor Emil von Gebsattel · Imago Hominis. Beiträge zu einer personalen Anthropologie. 338 S., Ln., S 207,–, DM 28,–, sfr 29,20

Band 2 Frederik Adama von Scheltema · Antike—Abendland. Parallelen und Gegensätze. 176 S., mit 16 Bildtafeln auf Kunstdruck, Ln., S 147,–, DM 19,80, sfr 20,80

Band 3 Hans Burkhardt · Dimensionen menschlicher Wirklichkeit. Der offene Mensch in der offenen Welt. 212 S., Ln., S 147,–, DM 19,80, sfr 20,80

Band 4 Frederik J. J. Buytendijk · Psychologie des Romans. Aus dem Niederländischen übertragen von Friedrich van der Sander. 132 S., Ln., S 88,–, DM 14,70, sfr 15,50

Band 5 Hans Drexler · Die Entdeckung des Individuums. 260 S., Ln., S 166,–, DM 26,–, sfr 27,30

OTTO MÜLLER VERLAG SALZBURG

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit" seither behandelten Themen:

Folge 1: (vergriffen)	Die Krisis des Erziehungswesens – Freiheit der Kultur, eine dringende Forderung der Gegenwart – Gedanken zur freien Erwachsenenbildung
Folge 2: (vergriffen)	Schule und Staat – Die Schule als Politikum – „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur"
Folge 3:	Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern – Bewußtseinsstufen des Menschen
Folge 4:	An der Schwelle des Atomzeitalters – Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen – Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; „Forderungen an unser Bildungssystem" – An die sich verantwortlich Fühlenden
Folge 5:	Staatliche oder freie Erziehung – Denkmethode und Sozialpolitik
Folge 6:	„Die Würde des Menschen ist unantastbar . . ." – Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung – Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars
Folge 7:	Freiheit – Illusion oder Wirklichkeit – Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung – Die neue Weltmacht
Folge 8:	Grundgesetz und Schulrecht – Aperçus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes – Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar – „Freiheit, Bindung und Organisation im Deutschen Bildungswesen" – Brief aus USA
Folge 9:	Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode – Die freie Welt in einer Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg – Alexis de Tocqueville, zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) – Brief aus USA
Folge 10:	Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem – II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? – III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit – IV. Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung – Pierre Joseph Proudhon, Zu seinem 150. Geburtsjahr
Folge 11:	Die funktionsfähige Währung – Die Goldwährung – Der Ursprung des Geldes im Mythos – Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung – Schulrechtsdiskussion – In memoriam Hans Bernoulli
Folge 12:	Friedrich Schiller, zu seinem 200. Geburtstag – Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens – Bildungsplan oder freie Erziehung? – Die Schulrechtsdiskussion
Folge 13:	Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles – Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur – Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? – Demokratie und Wirtschaftsordnung
Folge 14: (vergriffen)	Grundgesetz und Schule – Schulpflicht – Das Elternrecht und die Freiheit der Lehrer – Die Schulrechtsdiskussion – Kolloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung in Heidenheim/Brenz – über das Bodenproblem
Folge 15:	Staat – Wirtschaft – Erziehung: Das Wesen des Staates – Die Urformen der Wirtschaft – Das Ziel der Erziehung
Folge 16:	Gedanken zum Tag der deutschen Einheit 1960 – Demokratie und Sozialversicherung – Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie – Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Alexander Rüstow – Gedanken aus Österreich – Die Schulrechtsdiskussion – Pfingsttagung 1960 in Stuttgart – Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 16. bis 19. Juni 1960 in Dorweiler/Hunsrück

Folge 17: Das Systemprogramm des deutschen Idealismus (Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Frühjahr 1796) – Die Freiheitsfrage – Goethes Kunstanschauung – Schulrechtsdiskussion – Neue Schulgesetzentwürfe in Hessen – Arbeitstagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 2. und 3. Juli 1960 in München

Folge 18/19: Die Idee des Abendlandes; vom Hellenentum zum Goetheanismus – Sozialismus – Schulrechtsdiskussion – Bericht über die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 28. 10. bis 1. 11. 1960 in Wuppertal

Folge 20: Individualität und Sozialerkenntnis – Der Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde – Berichte über die neunte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 6. bis 8. Januar 1961 in Heidenheim/Brenz

Folge 21: Der 6. März 1961, Gedanken zur Aufwertungsdebatte – Über die Goetheanistische Erkenntnismethode – In memoriam Alexander Meier-Lenoir – Elternrecht und staatliche Subventionierung der Erziehung an freien Schulen – Der funktionsfähige soziale Organismus – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde – Die Wirtschaft

Folge 22: Merits and pitfalls in „Foreign aid", Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe – Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode – Zur Finanzierung freier Schulen – Der funktionsfähige soziale Organismus – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde - Das Geld

Folge 23: Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen – Der Föderalismus und das deutsche Bildungswesen – Das Primat der Kultur im sozialen Organismus – Wer erzieht unsere Kinder?

Folge 24: Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe – Utopie oder Wirklichkeit – Beitrag zur Bodenrechts-Diskussion – Staatliches Bildungswesen – „Die Sozialordnung als Organ der Freiheit", 10. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 1. bis 9. August 1961 in Hard/Vorarlberg

Folge 25: (vergriffen) Vom Wesen der Arbeit. Eine sozialpädagogische Studie – Neue Wege freiheitlicher Politik. Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance – Grundrechte und Naturrecht – Über Partnerschaft in der Wirtschaft – Freiheit der Erziehung und Kultureinheit. Brief an einen Soziologen – Die Grundsätze des freien Kulturlebens – Die Kulturpolitik in den Wahlprogrammen

Folge 26: Was verstehen wir unter „freiheitlicher Ordnung" von Wirtschaft, Staat und Kultur und wodurch ist diese freiheitliche Ordnung funktionsfähig? – Über die sittliche Haltung im Wirtschaftsprozeß – Die Einführung der Reifeprüfung – Bericht über die Wintertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. 12. 1961 bis 1. 1. 1962 in Heidenheim/Brenz

Folge 27: Zur Biographie eines Freiheitssuchers – Zehn Millionen Schulprogramme. Über die Notwendigkeit der Freiheit des Erziehungswesens – Ein Individualist – Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?

Folge 28: Veni creator spiritus – Gedanken zum fünfjährigen Bestehen der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" – Konjunkturpolitik am Scheidewege – Partnerschaft. Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses – Der Schwarze Dienstag

Folge 29: Die Idee der Gerechtigkeit bei Thomas von Aquino – Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem – Aus einem Brief, betreffend Schulpolitik – Die Quadratur des Kreises. Betrachtungen zur konjunkturpolitischen Lage – Die politische Gemeinschaftskunde – Berichte über die 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 10. August 1962 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem"

Folge 30: (vergriffen) Von der Grundrente und ihrer Heimholung – Inflation oder Krise? – Starre und Offenheit im deutschen Bildungssystem – Koexistenz bis aufs Messer – Die politische Gemeinschaftskunde: Der Staat

Folge 31: Was verstehen wir unter Freiheit? – Erkenntnisfrage – Schicksalsfrage – Stufen der Goethe'schen Erkenntnisart – Die politische Gemeinschaftskunde

Folge 32: Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem – Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart – Wo bleibt die Krise? – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Wirtschaft – Bericht über die 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 3. bis 6. Januar 1963 in Bad Boll, Thema: „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart"

Folge 33: Grundgesetz und freiheitliche Ordnung von Wirtschaft, Staat und Kultur – Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart – Wie soll es weitergehen? – Europas politisches Gewicht – Der Preis ist zu hoch – Bilanz der Bundesbank – Die politische Gemeinschaftskunde

Folge 34: Die Privatschulfreiheit im Bonner Grundgesetz – Versuch über einige theoretische Grundfragen der Schulpolitik

Folge 35: Mitbeteiligung der Eltern im Schulwesen – Jenseits von Macht und Anarchie – Die Sozialordnung der Freiheit – Zur politischen Lage im Sommer 1963 – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Kultur

Folge 36: Hoffnung auf die Erhaltung der Freiheit – Die Erhaltung der Freiheit, Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe – Arbeitsgemeinschaft für Verfassungsrecht – Die politische Gemeinschaftskunde: Wissenschaft, Kunst, Religion – Bericht über die 14. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 11. August 1963 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Erhaltung der Freiheit – Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe"

Folge 37: Die zentrale Idee der abendländischen Kultur – Phänomenologie der Erkenntnis – Soziologische Fragen – Über Verfassung und demokratische Volksvertretung – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Entwicklung der Sozialordnung in der Geschichte, Der Gottesstaat – Colloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung am 4. und 5. Januar 1964 in Heidenheim/Brenz (Novelle zum Arzneimittelgesetz, Baden-Württembergisches Schulverwaltungsgesetz)

Folge 38: Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der Sozialen Marktwirtschaft – Zur Konjunkturpolitik – Die politische Gemeinschaftskunde: Griechenland – Rom

Folge 39: In memoriam Otto Lautenbach – Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit – Zur Frage der Geldwertstabilität – Zur Währungspolitik

Folge 40: Nicolaus von Cues – Individualismus, Kollektivismus und freie Gemeinschaftsbildung – Die Erziehung zur Menschenwürde – Naturrecht des Kindes – Politische Gemeinschaftskunde: Die Kultur der germanischen Völker – Berichte über die 16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. Juni bis 7. August 1964 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Kollektivismus – Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung"

Folge 41: Thomas von Aquino und der Kampf um die Wirklichkeit der Ideen – Was heißt Philosophieren? Was Philosophie nach Thomas von Aquino zu leisten imstande, und inwieweit die Ordnung der Gesellschaft auf dieses Leistung angewiesen ist? – Haben wir das Problem der wirtschaftlichen Dauerkonjunktur gelöst? – Politische Gemeinschaftskunde: Das Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation – „Die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates im sozialen Ganzen als Voraussetzung der Erhaltung der Freiheit", Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Verbindung mit dem Seminar „Die freie Meinung" vom 27. bis 30. Dezember 1964 in Steinach am Brenner

Folge 42: Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Erwin Stein: Über die Verantwortung des Gesetzgebers. Wie sollten Gesetze aussehen? – Problematik der staatlichen Anerkennung von Privatschulen vor dem Bundesverfassungsgericht. Zum Anspruch der freien Schulen auf eigene Prüfungen – Das Menschenbild als Inhalt der naturrechtlichen Forderung nach kultureller Freiheit – Politische Gemeinschaftskunde: Das Zeitalter des Fürstenabsolutismus und der Französischen Revolution

Folge 43: Aristoteles und der Kampf um das Denken des Seins – Grundsätze freiheitlicher Politik – Professor Dr. Dr. h. c. Hans Carl Nipperdey 70 Jahre – Der Genossenschaftsgedanke in Israel – Fixe oder flexible Wechselkurse? – In memoriam Senatspräsident a. D. Dr. Ernst Knoll, Berlin

Folge 44: Der Stil der freiheitlichen Gemeinschaftsordnung – Forumgespräch – Politische Gemeinschaftskunde: Das Zeitalter des Wirtschaftsimperialismus und des Kapitalismus – Sozialer Eintopf

Folge 45/46: Die Unteilbarkeit der Freiheit – Bundesverfassungsrichter Anton Henneka: Wesen und Organisation der Verfassungsgerichtsbarkeit im Bunde – anschließendes Forumgespräch – Jenseits von Macht und Anarchie – Politische Ortsbestimmung im Jahre 1965 – Berichte über die 18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 31. Juli bis 9. August 1965 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Unteilbarkeit der Freiheit"

Folge 47/48: Die Freiheit ist unteilbar – Die Gegenstandsprobleme im Lichte der neueren Geschichte – Grundgesetz und Politik – Die Zukunft der Demokratie – Das Menschenbild des dialektischen Materialismus – Das richterliche Prüfungsrecht

Folge 49: Grundgesetz und Politik, 2. Teil – 15 Jahre Streit um die Wirtschaftsverfassung, eine Analyse – Die Dringlichkeit der Bodenordnung – Rechtsphilosophie in neuer Sicht – Colloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 27. bis 30. Dezember 1965 in Heidenheim/Brenz: „Noch ungelöste Probleme der freiheitlichen Ordnung" (Konjunkturlehre, Bodenrecht, die Produktionsfaktoren Boden – Arbeit – Kapital)

Folge 50: Zum 50. Erscheinen von „Fragen der Freiheit" – Freiheit, die ich meine . . ., Glückwunsch aus Österreich – Zukunftsglaube – Die unteilbare Freiheit – Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft als Konsequenz der abendländischen Geistesströmung – Professor Dr. Paul Heinrich Diehl 80 Jahre alt – „Was ist Wahrheit?"

Folge 51: Das Bodenproblem einst und jetzt – Aperçu zum Schulproblem – Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Folge 52/53: Grundgesetz und Wirtschaftsordnung – John Maynard Keynes – Die Frage nach dem optimalen Wirtschaftssystem – Das Bodenproblem einst und jetzt, Fortsetzung – Versöhnung mit dem Kommunismus?

Folge 54/55: Das Wesen der Verfassung – Das Bodenproblem einst und jetzt, Fortsetzung und Schluß von Folge 52/53 – Verfassung und Wirtschaft – Bericht über die 20. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung – Herrsching 1966

Folge 56/57: Wieviel Freiheit steht dem Bürger zu? – Grundgesetz und Politik – Phänomenologie der Erkenntnis – Ohne Erkenntnissicherheit keine menschenwürdige soziale Ordnung – Die Krisis der Demokratie, Ankündigung der 21. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching/Ammersee – Nach Kiesingers Regierungserklärung

Folge 58: Das Wesen des Naturrechts – Der neue Kurs – Gerechtigkeit im Arbeitsverhältnis – Echo auf die Schrift „Beiträge zur Lösung der Bodenfrage" – SAG, ein neues Zahlungssystem

Folge 59: Die keynesianische Revolution – Sicherung der monetären Stabilität in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik – Konkurrenz hinwegdefinieren?

Beim Sammelbezug aller bis jetzt erschienenen noch lieferbaren Folgen „Fragen der Freiheit" wird der Druckkostenpreis pro Einzelheft auf 1,70 DM ermäßigt.

Von dem Aufsatz „John Maynard Keynes" (mit Übersetzungen aus dessen Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes") aus „Fragen der Freiheit", Folge 52/53, Juli 1966, stehen noch einige Sonderdrucke zur Verfügung. Zu beziehen bei:

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur 6554 Meisenheim (Glan), Herzog-Wolfgang-Str. 13b, Telefon (0 67 53) 6 69

zum Einzelpreis von DM 0,65.

Der richtige tip

tip nimmt aus freisozialer Sicht klärend zu brennenden politischen Tagesfragen Stellung.
tip bringt regelmäßig die wichtigsten Zahlen aus der Volkswirtschaft (siehe S. 68 dieses Heftes).

tip ist richtig

Sie erhalten tip monatlich gegen Voreinsendung von nur DM 6,— pro Jahr auf das Postscheckkonto München Nr. 158 34
tip-Redaktion Diederich Römheld, 8501 Schwaig, Parkstraße 56, Telefon 574141

Diesem Heft (60/61) liegt ein Prospekt über kosmetische Erzeugnisse der Firma

Wala-Heilmittel-Laboratorium
Dr. R. Hauschka oHG
7321 Eckwälten bei Bad Boll

bei, das Ihrer Aufmerksamkeit bestens empfohlen wird.

Druckkostenbeitrag: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit" gebeten, wenn möglich, den Druckkostenbeitrag jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

Die Fortsetzung der Politischen Gemeinschaftskunde muß auch diesmal verschoben werden.

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" erscheint als privater Manuskriptdruck sechsmal im Jahr, und zwar alle zwei Monate. Sie verbindet die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur" (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Römerstraße 97

Druckkostenbeitrag: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,—

Bezug: „Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13b, Tel. (0 67 53) 6 69

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, Bad Kreuznach, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.

Banken: Volksbank Meisenheim Konto „Fragen der Freiheit" Nr. 5611 – SAG-Konto 7474 bei SAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit), 8228 Freilassing, Vredestraße 7

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt